Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6487

15. 02. 90

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union

über die Tagung der Versammlung vom 4. bis 7. Dezember 1989

Während des zweiten Teils ihrer 35. ordentlichen Sitzungsperiode erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und faßte Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

Politische Fragen

- Die WEU im europäischen Binnenmarkt — Antwort auf den Halbjahresbericht des Rates *(Empfehlung 474 — S. 10)*

  Hierzu sprachen die Abg. Antretter (S. 7) und Prof. Dr. Soell (S. 9)

- Die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa *(Richtlinie 73 — S. 31)*

  Hierzu sprachen die Abg. Niegel (S. 32) und Frau Luuk (S. 33)

- Die Sicherheit Europas und Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten *(Empfehlung 475 — S. 21)*

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 19) und Bindig (S. 20)

- Ansprache von Außenminister Marc Eyskens (Belgien)

  Hierzu sprach Abg. Prof. Dr. Soell (S. 12)

- Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer

  Hierzu sprachen die Abg. Kittelmann (S. 15), Frau Dr. Timm (S. 15) und Dr. Klejdzinski (S. 16)

- Ansprache von Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement (Frankreich)

  Hierzu sprachen die Abg. Dr. Scheer (S. 19), Dr. Müller (S. 19) und Niegel (S. 19)

— Ansprache von Verteidigungsminister Guy Coëme (Belgien)

— Ansprache des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Claudio Vitalone (Italien)

— Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen

Hierzu sprach Abg. Büchner (Speyer) (S. 7)

Verteidigungsfragen

— Streitkräftevergleich (die militärischen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt) — Antwort auf den Jahresbericht des Rates *(Empfehlung 476 — S. 34)*

Hierzu sprachen die Abg. Steiner (S. 28) und Dr. Klejdzinski (S. 30)

— Die Sicherheit Westeuropas: die Entwicklung der geopolitischen Situation in der Volksrepublik China und ihre Auswirkungen im Verteidigungsbereich *(Empfehlung 478 — S. 37)*

Wissenschaft und Technik

— Die Zukunft des Koordinierungsausschusses für multilaterale Exportkontrolle (COCOM) *(Empfehlung 477 — S. 36)*

Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 36)

Haushalts- und Verwaltungsfragen

— Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1990

Hierzu sprachen die Abg. Dr. Klejdzinski (S. 24) und Niegel (S. 26)

— Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1988 — Bericht des Rechnungsprüfers und Antrag auf Entlastung

Hierzu sprach Abg. Dr. Klejdzinski (S. 32)

Geschäftsordnungsfragen

— Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung der Versammlung

Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit

— Die Informationspolitik der Westeuropäischen Union *(Richtlinie 74 — S. 38)*

— Der Entwurf einer neuen Informationsbroschüre über die WEU *(Richtlinie 75 — S. 39)*

Zum Ablauf der Tagung

Die Reden und Fragen der deutschen Mitglieder der Versammlung sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt, die Antworten zusammengefaßt wiedergegeben.

Der Bericht des Rates der WEU trug der amtierende Vorsitzende, der belgische Außenminister Marc Eyskens vor.

Zu der Versammlung sprachen weiterhin der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement, der belgische Verteidigungsminister Guy Coëme, der italienische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Claudio Vitalone und der Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer und der Generalsekretär der WEU, Willem van Eekelen.

Auf Initiative des Abg. Dr. Karl Ahrens im politischen Ausschuß befaßte sich die Versammlung im Rahmen einer Dringlichkeitsdebatte mit dem Thema: „Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa".

Die Versammlung faßte den Beschluß, dem Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit den Status eines ständigen Ausschusses zu verleihen. Bei der konstituierenden Sitzung des Ausschusses wurde Abg. Frau Leni Fischer als stellvertretende Vorsitzende bestätigt. Bereits in der Oktobersitzung des Haushaltsausschusses war Abg. Dr. Karl-Heinz Klejdzinski zum neuen Vorsitzenden des Haushaltsausschusses gewählt worden.

An der Tagung nahmen parlamentarische Beobachter aus Dänemark, Griechenland, Norwegen, Portugal, Spanien und der Türkei teil.

Die nachstehend aufgeführten Beschlüsse nebst den dazugehörigen Berichten wurden den Parlamentspräsidenten gesondert zugeleitet zur Berücksichtigung bei den Beratungen in den nationalen Parlamenten:

— Die WEU im europäischen Binnenmarkt — Antwort auf den Halbjahresbericht des Rates *(Empfehlung 474 — S. 10)*

— Die Sicherheit Europas und Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten *(Empfehlung 475 — S. 21)*

— Streitkräftevergleiche (die militärischen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt) — Antwort auf den Jahresbericht des Rates *(Empfehlung 476 — S. 34)*

— Die Zukunft des Koordinierungsausschusses für multilaterale Exportkontrolle (COCOM) *(Empfehlung 477 — S. 36)*

— Der Entwurf einer neuen Informationsbroschüre über die WEU *(Richtlinie 75 — S. 39)*

Schwerpunkte der Beratungen

Während die Ereignisse in China und die abrüstungspolitischen Perspektiven den ersten Teil der 35. Sitzungsperiode der Versammlung im Juni beherrscht hatten, stand im zweiten Teil die rasche Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa im Vordergrund. In ihren eröffnenden Ansprachen umrissen der Präsident der Versammlung, Charles Goerens, und der Generalsekretär der Westeuropäischen Union, Willem van Eekelen, die drei ineinandergreifenden Problemkreise, die sich hierdurch auftun: die Frage nach der zukünftigen Rolle der Bündnisse im Rahmen der sich wandelnden Ost-West-Beziehungen; die neu gestellte deutsche Frage; die neuen Perspektiven für die europäische Einigung und die bestehenden europäischen Institutionen, vor allem für die WEU selbst.

Hinsichtlich des **Ost-West-Verhältnisses** hob Präsident Charles Goerens die **Bündnisse** als bedeutende Stabilitätsfaktoren gerade in der gegenwärtigen Phase der Umwälzungen hervor. Generalsekretär Willem van Eekelen warnte allerdings vor der Gleichstellung des frei geschlossenen Atlantischen Bündnisses und des oktroyierten Warschauer Paktes, der sich hoffentlich zu einem echten Bündnis souveräner Partner wandeln werde. Auch der von Abg. Steiner vorgelegte Bericht über den **Streitkräftevergleich** zwischen NATO und Warschauer Pakt, der allgemeine Anerkennung fand, erinnerte die Versammlung an die noch bestehenden, beträchtlichen Ungleichgewichte. Die Abgeordneten sprachen sich übereinstimmend dafür aus, bei den Wiener Verhandlungen verstärkt auf den Abbau dieses Mißverhältnisses und die Festigung defensiver Strukturen hinzuwirken.

Angesichts der bisherigen Rüstungsanteile am Bruttosozialprodukt der Staaten Mittel- und Osteuropas äußerten sich einige Delegierte skeptisch zu materiellen **Hilfeleistungen** an diese Staaten. Eine breite Mehrheit unter den Abgeordneten sprach sich jedoch für eine konzertierte Unterstützung der jungen Demokratien, aber auch der Sowjetunion, durch den Westen aus. Für den bereits begonnenen, intensiven Dialog sei der Europarat das gegebene Forum, während sich die Wirtschaftshilfe am sinnvollsten durch die Europäische Gemeinschaft koordinieren ließe. Einigkeit bestand auch darüber, daß ein Hindernis für die erforderliche Hilfe bei der technologischen Modernisierung in den **COCOM-Exportkontrollen** liegt. Vor allem angesichts der nachlassenden ideologischen Gegensätze und des verringerten technologischen Abstandes zwischen dem westlichen Bündnis und dem Ostblock im Bereich der hochentwickelten Rüstung sei eine Überprüfung der geltenden Listen dringend angezeigt, um insbesondere den betroffenen Volkswirtschaften der bisherigen Satellitenstaaten die benötigte Unterstützung gewähren zu können.

Die **Deutsche Frage** stand mit im Zentrum der Diskussionen um die jüngsten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und insbesondere der auf Initiative von Abg. Dr. Karl Ahrens zustande gekommenen Dringlichkeitsdebatte zum Thema „Schaffung einer europäischen Friedensordnung". Die konkrete Perspektive einer Einigung Deutschlands wurde in der Versammlung nicht nur positiv

bewertet. Besonders die britischen Vertreter äußerten jedoch für dieses Ziel deutscher Politik Verständnis. Daß es nur Schritt für Schritt und in enger Abstimmung mit den Nachbarn und Partnern, nicht aber durch deutsche Alleingänge zu erreichen sei, wurde im Plenum mehrfach hervorgehoben und von der Delegation des Deutschen Bundestages immer wieder klargestellt. In der einstimmig angenommenen Richtlinie Nr. 73 (s. S. . . .) begrüßte die Versammlung ausdrücklich die Öffnung der Mauer und beschloß, im ersten Halbjahr 1990 eine Sondersitzung abzuhalten, zu welcher der Politische Ausschuß einen Bericht über die Aussichten für eine gerechte Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa vorlegen soll. Die Sondersitzung ist für den 22./23. März 1990 in Luxemburg vorgesehen.

Der Bericht des französischen Abgeordneten Jean-Marie Caro über „Die WEU im europäischen Binnenmarkt" und die sich anschließende Debatte machten deutlich, daß auch die fortschreitende **europäische Einigung** vom sich wandelnden Ost-West-Verhältnis nicht unberührt bleibt. Westeuropa sehe sich vor die doppelte Aufgabe gestellt, in der sich abzeichnenden Umbruchphase Sicherheit und Stabilität zu wahren und die Umsetzung der zu erwartenden Abrüstungsvereinbarungen zu koordinieren und zu überprüfen. Einige Delegierte vertraten die Ansicht, daß die wirtschaftlich und politisch angelegte Europäische Gemeinschaft auch deshalb auf Dauer nicht ohne Kompetenzen im militärischen Bereich auskommen werde. Zumindest mittelfristig jedoch, so der Berichterstatter, sei von den Nationalstaaten nicht zu erwarten, daß sie nach Abtretung von Teilen ihres wirtschaftspolitischen Instrumentariums an das Europäische Währungssystem auch auf die Instrumente einer souveränen Außen- und Sicherheitspolitik verzichteten. Der WEU stelle sich somit mehr denn je die Aufgabe, das Prinzip der Kollegialität in Fragen der Sicherheit, d. h. insbesondere der Verteidigungsplanung und Abrüstung, in der Politik ihrer Mitgliedsländer fest zu etablieren. Daher sei es dringend notwendig, zwischen diesen beiden **Organisationen mit einander ergänzenden Zuständigkeiten** eine **effektive Koordinierung der Tätigkeiten** herzustellen. Der Berichterstatter machte die Versammlung insbesondere auf das drängende Problem der Wettbewerbslage von Rüstungsbetrieben im geplanten Binnenmarkt aufmerksam, das nur im Wege der Zusammenarbeit gelöst werden könne.

Auch die Ansprachen der Regierungsvertreter standen ganz im Zeichen der Ost-West-Politik. Der amtierende Vorsitzende des Ministerrates, der belgische Außenminister Marc Eyskens, berichtete der Versammlung von dem auf die sowjetisch-amerikanischen Spitzengespräche vor Malta folgenden NATO-Gipfel. Er hob den deutlichen, beiderseitigen Willen zum Abschluß signifikanter Abrüstungsvereinbarungen hervor und betonte die Notwendigkeit einer Beibehaltung der beiden Bündnisse in dynamischer Perspektive, wie sie im Wort Präsident Bushs von einem „New Atlanticism" für die NATO zum Ausdruck komme. Zugleich rief er dazu auf, nunmehr die Einigung Europas voranzutreiben, um die Möglichkeit eines „de-facto-Kondominiums" der beiden Supermächte endgültig auszuschließen.

Der französische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement und der Staatsminister im Auswärtigen Amt Helmut Schäfer, mußten sich vor allem Fragen zu den Ost-West-Beziehungen und zur Deutschen Frage stellen. Zu Frankreichs Position hinsichtlich der nuklearen Abschreckung befragt, legte Verteidigungsminister Chevènement dar, daß aus französischer Sicht keine Vergleichbarkeit des eigenen Arsenals mit denen der Supermächte gegeben sei: Erst wenn deren „nukleare Himalayas" auf eine Höhe abgetragen wären, die jener der „bescheidenen Wehrtürme" Frankreichs und Großbritanniens annähernd entspräche, könne über das Konzept der Hinlänglichkeit neu nachgedacht werden (S. . . .).

Der belgische Verteidigungsminister Guy Coëme forderte von den politischen Führern Europas militärische Vorsicht gepaart mit politischem Mut, um zugleich die europäische Integration und den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation zwischen Ost und West zu bewerkstelligen. Solange die Übernahme von Verteidigungskompetenzen durch die EG nicht auf der Tagesordnung stehe, blieben die WEU innerhalb Europas und die Versammlung innerhalb der WEU gefordert, die Identität Europas in Fragen der Sicherheit zu behaupten. Die vom Abschluß der Wiener Gespräche über die konventionellen Streitkräfte in Europa erwartete Parität der Truppenstärken — infolge weiterer Verhandlungen auf immer niedrigerem Niveau — werde die Frage nach der Rolle der Nuklearwaffen erneut aufwerfen und auch den Zwang zu stärkerer Integration und Spezialisierung innerhalb des Nordatlantischen Bündnisses verstärken. Die Definition der neuen Stabilität in Europa könne jedoch nur durch Ost und West gemeinsam erfolgen, in bilateralen Kontakten wie im Rahmen der Teilnehmerstaaten des Helsinki-Prozesses.

Der Staatssekretär im italienischen Außenministerium Claudio Vitalone betonte in seiner Ansprache die Dringlichkeit wirtschaftlicher Hilfe für die Länder Osteuropas, auch für die UdSSR, um den Öffnungsprozeß zu unterstützen. Zugleich dürften sich die Veränderungen im Ost-West-Verhältnis nicht in destabilisierender Weise, sondern nur schrittweise vollziehen. Hierfür sei in erster Linie der baldige Abschluß eines Abrüstungsvertrages notwendig, um dann in einem Zustand des Gleichgewichts der Kräfte ein neues Beziehungsgeflecht auf der Grundlage der Vereinbarungen von Helsinki aufzubauen. Auf eine Frage des italienischen Abgeordneten Bruno Stegagnini hob der Staatssekretär die Bedeutung des Mittelmeerraumes für Italiens sicherheitspolitische Perzeption hervor und äußerte die Hoffnung, daß die WEU nach dem Beitritt Spaniens und Portugals diesem Raum ihre verstärkte Aufmerksamkeit widmen werde.

Bonn, den 25. Januar 1990

Dr. Karl Ahrens	**Wilfried Böhm** (Melsungen)
Sprecher der Delegation	Stellvertretender Sprecher

Montag, 4. Dezember 1989

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Präsidenten der Versammlung, Charles Goerens (Luxemburg)

(Themen: Entwicklung in Osteuropa — 10 Punkte Programm von Bundeskanzler Kohl — deutsche Wiedervereinigung in einem gesamteuropäischen Prozeß — Notwendigkeiten der Militärbündnisse zur Herstellung einer neuen europäischen Friedensordnung — Rolle der WEU im Ausbau der Kontakte zur sowjetischen Regierung und zum Obersten Sowjet)

Tagesordnungspunkt

Bericht des Präsidialausschusses der Versammlung

(Drucksache 1208)

Berichterstatter:
Abg. Frau Staels-Dompas (Belgien)

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Generalsekretärs der WEU, Willem van Eekelen (Niederlande)

(Themen: Anpassung der europäischen Verteidigungsstrukturen an die neuen Realitäten — Politische Öffnung nach Osteuropa — Wiener KSE-Verhandlungen — Notwendigkeit des Weiterbestehens der NATO — Zurückhaltung gegenüber einseitigen Abrüstungsschritten — Vertragsgemeinschaft der beiden deutschen Staaten)

Büchner (Speyer) (SPD): Ich kann direkt an das anschließen, was Sie eben gesagt haben. Sie haben in Ihrer Rede die Bedeutung der Militärblöcke unterstrichen und zusammen mit dem Herrn Präsidenten vor einer Destabilisierung gewarnt. Ich teile diese Auffassung grundsätzlich, möchte Sie aber fragen, ob Sie sich vorstellen können, daß die jetzt in Gang befindliche Entwicklung eine große Chance zur **Schaffung einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung** bietet, die die derzeitigen Blöcke eines Tages überwindet. Wenn dies ein Weg sein könnte, so möchte ich Sie fragen, wie Sie in diesem Zusammenhang Stimmen aus den USA und auch aus Europa beurteilen, daß eine sich eventuell herausbildende Verbindung beider deutscher Staaten nur im Rahmen der NATO vorstellbar sei.

Generalsekretär **van Eekelen:** Für mich persönlich ist es nur im Rahmen der NATO vorstellbar, aber dies ist nur eine kurzfristige Betrachtung. Die Engländer sagen: First things first. Wir müssen also zuerst einen politischen Dialog führen können, wir müssen zuerst **Selbstbestimmung in den osteuropäischen Ländern** haben, dann, so kann ich mir vorstellen, erreichen wir langfristig wirklich eine europäische Friedensordnung. Aber ich glaube, daß die **amerikanische Rolle in Europa** auch dann eine ganz wichtige bleiben wird. Deshalb glaube ich, wie auch Herr de Decker sagte, daß über den Helsinki-Prozeß und damit das Eingehen nicht nur Moskaus, sondern auch Washingtons auf europäische Interessen in Europa nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Amerika eine Rolle spielt. Das scheint mir die beste Vorleistung für unsere künftige Sicherheit zu sein.

Ich begrüße nicht immer alles, was man in Washington darüber sagt, und vielleicht ist es auch ein wenig zu scharf über die Bühne gegangen. Ich hoffe, daß, wenn die Russen alle ihre Truppen aus Osteuropa zurückziehen — was sie noch nicht machen —, wir eine Verbindung mit den Amerikanern durch eine kleinere Präsenz amerikanischer Truppen auf unserem Kontinent beibehalten können, denn die Verbindung der Interessen Europas mit denen Amerikas ist für unsere Bevölkerung ganz wichtig. Man kann dies von seiten der Amerikaner natürlich nicht als Bedingung stellen. Im allgemeinen bin ich aber damit einverstanden, daß die NATO in der Zukunft eine ganz große Rolle spielt und spielen muß.

Tagesordnungspunkt

Änderung der Satzung und der Geschäftsordnung der Versammlung

(Drucksache 1199 und Korrigendum)

Berichterstatter:
Abg. Finsberg (Großbritannien)

Tagesordnungspunkt

Die WEU im europäischen Binnenmarkt — Antwort auf den Halbjahresbericht des Rates

(Drucksache 1201)

Berichterstatter:
Abg. Caro (Frankreich)

Antretter (SPD): Herr Präsident! „Die WEU im europäischen Binnenmarkt", dieser sehr nüchterne Titel des von Herrn Caro vorgelegten Berichts läßt kaum etwas von der politischen Aktualität und Tragweite erkennen, die in dieser Thematik und mehr noch in seinem außerordentlich interessanten Inhalt enthalten ist. Hierzu möchte ich den Berichterstatter und den gesamten Ausschuß beglückwünschen.

Dieser Bericht wurde ja zu einer Zeit konzipiert, als es so aussah, als werde die **Verwirklichung der Einheitlichen Europäischen Akte** und die **Einrichtung eines echten europäischen Binnenmarkts zum 1. Januar 1993** ein so weitgehender Schritt auf dem Weg zur Europäischen Politischen Union sein, daß es nur noch

eine Frage absehbarer Zeit sein würde, daß die WEU mit ihren sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen darin aufgehen würde. Die Argumente, die in dem Bericht entwickelt werden, waren schon damals nicht von der Hand zu weisen. Dies gilt auch für die Überlegungen im Hinblick auf die sicherheitspolitischen Konsequenzen der unbeschränkten Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Gemeinschaft, im Hinblick auf die zukünftige Zusammenarbeit in der Rüstungsindustrie und nicht zuletzt im Hinblick auf die Rüstungsexportpolitik. Die in dem Empfehlungsentwurf enthaltenen Vorschläge, diese Probleme gemeinsam mit den Organen der Gemeinschaft zu erörtern und zu regeln, verdienen nicht nur unsere ungeteilte Zustimmung, sondern sollten auch von den Mitgliedern des WEU-Rates beherzigt werden.

Noch vor wenigen Monaten wäre dieser Bericht trotz seiner stichhaltigen Argumentation von interessierter Seite als durchsichtiges Manöver qualifiziert worden, das in erster Linie zum Ziel habe, die Existenzberechtigung der WEU gegenüber der übermächtigen Sogwirkung der EG zu begründen. Die politischen Ereignisse der letzten Wochen und Monate haben einer solchen Sichtweise den Boden entzogen. Niemand hätte aber voraussehen können, wie schnell **die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa** die Berechtigung der Analyse und Schlußfolgerungen dieses Berichts bestätigen würden.

Die Freude, die wir über den Erfolg der Freiheitsbewegungen in Ungarn, Polen, in der DDR und der Tschechoslowakei empfinden, wird von einer Vielzahl neuer Fragen begleitet, auf die wir bald überzeugende Antworten finden müssen. Es hätte unserer Versammlung z. B. sicher gut angestanden, einen gemeinsamen Appell an die Europäische Gemeinschaft zu richten, für rasche und koordinierte Hilfe für die notleidenden Volkswirtschaften der betroffenen Länder und für die dringlichsten Versorgungsprobleme der Menschen ohne Vorbedingungen Sorge zu tragen.

Weitaus schwieriger zu beantworten sein wird die Frage nach den **Auswirkungen,** die die Veränderungen in Mittel- und Osteuropa **auf die europäische Sicherheit und das Ost-West-Verhältnis** insgesamt haben werden. Dies wird sicher ein zentrales Thema eines der nächsten Versammlungsberichte sein. Aber ich bin sicher, daß auch für diese Problematik der Caro-Bericht schon wichtige Elemente enthält, etwa wenn er davon ausgeht, daß die Atlantische Allianz die Grundlage der europäischen Sicherheit bleibt. Wenn wir von Sicherheit sprechen, sollten wir immer die Sicherheitsbedürfnisse aller Beteiligten im Auge haben; dies gilt auch für die **legitimen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion.** Es sollte uns zu denken geben, daß sowjetische Politiker nicht mehr wie noch im Sommer für die baldige Auflösung der Militärallianzen eintreten, sondern angefangen haben, vor Versuchen zu warnen, den Warschauer Pakt aufzulösen. Es gibt offensichtlich ein gemeinsames Interesse in Ost und West dahin gehend, daß die Verhältnisse überall in Europa stabil bleiben, denn dies ist die erste Voraussetzung für die Sicherheit aller. Daß die **bestehenden Allianzen,** einschließlich der amerikanischen Präsenz in Europa, **stabilisierend** wirken, sollte allgemein anerkannt und politisch genutzt werden. Zu dem System dieser Allianzen gehört auch die WEU. Vielleicht wird sich der überwiegend militärische Charakter der Allianzen in Richtung eines mehr politischen Instrumentariums wandeln, das für wechselseitige Kontakte und für weitere Fortschritte bei den Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung einschließlich der Verifikation genutzt wird.

Der Caro-Bericht stellt zutreffend fest, daß die neue Lage uns zu einer Entscheidung zwingt, vor die wir bisher nicht gestellt waren. Wir müssen wählen zwischen der konkreten Aussicht, die getrennten Teile Europas wieder zusammenzuführen und dem raschen Fortschreiten der Vereinigten Staaten von Europa. Es gibt viele Stimmen, die damit argumentieren, daß es ein solches Entweder-Oder gar nicht geben müsse, weil es ja jedem europäischen Staat freistehe, einer Europäischen Union mit allen Konsequenzen beizutreten oder andere, schwächere Formen der Assoziation oder Zusammenarbeit zu wählen. Diese Argumentation läßt jedoch einen entscheidenden Aspekt außer acht: den der Sicherheit. Sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch die WEU haben ihren Willen bekräftigt, an der Schaffung der Europäischen Union mitzuwirken, und deutlich gemacht, daß diese Union so lange für unvollständig gehalten werden muß, solange sie nicht auch Kompetenzen in Sicherheits- und Verteidigungsfragen hat. Dies ist ein politisches Ziel, für das es aber noch keinen Zeitplan gibt, und wir sollten froh darüber sein. Einen Zeitplan haben wir nur im Hinblick auf die Verwirklichung des Binnenmarktes entsprechend der Einheitlichen Europäischen Akte. Es gibt keinerlei Gründe dafür, diesen Prozeß jetzt zu verlangsamen oder den Zeitplan zu verändern. Gerade wir Deutsche sind hier nicht die Bremser, sondern die Treibenden. Wir sehen nämlich in der fortschreitenden Integration und steigenden Attraktivität der Gemeinschaft eine Chance, von der nicht nur die Völker Osteuropas, sondern auch unsere Landsleute in der DDR profitieren können. **Die Gemeinschaft,** fortentwickelt nach der Einheitlichen Europäischen Akte, stellt sich geradezu **als ideales Instrument für eine Ost-West-Zusammenarbeit** in Europa dar, mit der Möglichkeit, weitere interessierte neutrale und sogar Staaten wie Ungarn zu integrieren, ohne daß dies den sowjetischen Sicherheitsinteressen schaden würde. Eine solche Entwicklung setzt allerdings voraus, daß diese Gemeinschaft sich nicht abschließt, sondern offenbleibt für weitere europäische Staaten, die sich ihr voll anschließen oder in anderer Form assoziieren wollen. Die Einheitliche Europäische Akte hat die Möglichkeit des Beitritts eines jeden europäischen Staates ausdrücklich bekräftigt. Diese Möglichkeit würde aber nur noch auf dem Papier stehen, wenn man die Gemeinschaft als eine bereits so weitgehende Vorstufe zur Europäischen Politischen Union betrachten würde, daß es nur noch darauf ankäme, ihr so bald wie möglich auch die Funktionen der WEU zu übertragen. Ein solches Vorgehen würde nicht nur das System der Allianzen zur Unzeit verändern, sondern auch die Gemeinschaft als Forum für die Ost-West-Kooperation weitgehend untauglich machen.

In der gegenwärtigen Lage sollten die vorhandenen europäischen Institutionen innerhalb ihrer vertraglichen Zuständigkeiten an der Vervollkommnung der europäischen Zusammenarbeit weiterarbeiten. Mit Recht hat die **Haager WEU-Plattform** auf die Bedeutung des WEU-Vertrages für die Erreichung des Ziels der Schaffung einer Europäischen Union hingewiesen. Dieser Vertrag mit seinen weitreichenden Verpflichtungen auf dem Gebiet der kollektiven Verteidigung war in der Tat einer der ersten Schritte auf dem Weg zur europäischen Einigung. Er kann und sollte aber noch besser genutzt werden, als dies bisher der Fall ist. Trotz mancher positiver und erfreulicher Ansätze hat man immer wieder den Eindruck, daß nicht alle Mitgliedsregierungen wirklich gewillt sind, den geänderten Brüsseler Vertrag mit Leben zu erfüllen und die Ziele der Haager Plattform zu verwirklichen. So macht der derzeitige Ratspräsident kein Hehl daraus, daß er es eigentlich lieber sähe, wenn bald aus der Gemeinschaft die Europäische Union mit Verteidigungszuständigkeiten würde. Die spanische Regierung hat sich Anfang dieses Jahres in ähnlicher Richtung geäußert, und auch unser Generalsekretär scheint in diese Richtung zu tendieren, wenn es stimmt, daß er sich laut Presseberichten gegen den Beitritt Österreichs zur Gemeinschaft ausgesprochen hat. Es ist zu hoffen, daß dieser Bericht im Lichte der jüngsten Ereignisse dazu beiträgt, daß hier ein Umdenken stattfindet.

Dadurch allerdings, daß die WEU als Institution nicht an Verhandlungen beteiligt ist und im Gegensatz zur NATO und zur Gemeinschaft, von ganz seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht öffentlich zu aktuellen Fragen ihrer Zuständigkeit Stellung nimmt, geraten ihre halbjährlichen Ministertreffen leicht zu einer Routine, bei denen informelle Meinungen ausgetauscht werden, ohne daß der Zwang zum konkreten Konsens empfunden wird. Es ist besonders bedauerlich, daß die Minister sich nicht einmal nach der letzten Ratssitzung, die doch ganz unmittelbar unter dem Eindruck der bewegenden Ereignisse in Berlin stattfand, zu einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung aufraffen konnten. Hier ist eine vielleicht einmalige Gelegenheit für die WEU verpaßt worden. Es scheint auch nicht so zu sein, daß die Minister die neue Situation in Mittel- und Osteuropa zum Anlaß genommen hätten, die WEU-Organe zu beauftragen, deren Auswirkungen auf die Schaffung einer neuen europäischen Sicherheits- und Friedensordnung mit Vorrang zu untersuchen. Dies ist um so erstaunlicher, als die Minister in der WEU ein besonders geeignetes Instrument zur Ausarbeitung von Berichten und Studien sehen. Dies beweist die **Errichtung eines WEU-Forschungsinstituts für Sicherheitsfragen** als konkretes Ergebnis der Ministertagung. Es bleibt abzuwarten, was ein solches Institut bewirken kann, insbesondere, ob es gelingt, daß es auch der Versammlung zur Verfügung steht und nicht nach wenigen Jahren das Schicksal der drei Agenturen für Sicherheitsfragen teilen muß, von deren Arbeitsergebnissen die Versammlung praktisch ausgeschlossen war. Es scheint mir sicher zu sein: Die WEU wird nur überleben können, wenn der Rat über die Erteilung von internen Berichts- und Studienaufträgen hinaus die Öffentlichkeit durch politische Initiativen und Information über seine Politik von der Existenzberechtigung und Notwendigkeit dieser Organisation besser überzeugt.

Vielen Dank, Herr Präsident.

Prof. Dr. Soell (SPD): Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen! Sehr verehrte Kollegen! Ich möchte mich dem Dank meiner Vorredner an den Berichterstatter anschließen. Hier wird ein Problem angesprochen, das uns seit Jahren beschäftigt, teilweise mit etwas kleinkarierten Eifersüchteleien von seiten des Europäischen Parlaments. Die Entwicklung der letzten Zeit zeigt, daß dieser Bericht in der Anlage seiner Bemerkungen wie in der der Empfehlungen tatsächlich in die richtige Richtung weist.

Ein zentraler Satz in Punkt 8 des Berichts ist besonders bedeutsam, nämlich daß wir im Grunde erst durch die Entwicklung der letzten Jahre vor **die Option der Wiedervereinigung Gesamteuropas oder der Konzentration auf Westeuropa** gestellt worden sind und dort die intensive Organisation vorantreiben. Der Bericht macht auch deutlich, daß dies möglicherweise eine falsche Alternative ist, wenn wir sie so zugespitzt formulieren.

Wenn man überlegt — das sollten wir offen aussprechen —, daß es in den Hinterköpfen mancher politischer Gruppen und mancher politischer Klassen auch innerhalb Europas ein Gleichgewichtsdenken gibt, das sehr stark durch die traditionelle Machtpolitik des 19. Jahrhunderts bestimmt ist, dann spielt das natürlich auch bei der Erweiterung der Gemeinschaft eine große Rolle. Die Frage, ob ein neutraler Staat in die Europäische Gemeinschaft als Wirtschaftsgemeinschaft und als Binnenmarkt aufgenommen werden kann, ist entschieden: Irland ist seit Jahren dabei. Die Erweiterung der Gemeinschaft etwa durch Österreich, das in diesem Jahr seinen Beitrittsantrag gestellt hat, ist natürlich auch von der Frage abhängig, ob sich das Gleichgewicht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft stärker nach Mitteleuropa hin verschiebt. Hier sind bestimmte Ängste in einer bestimmten Denkschule vorhanden.

Es gibt andere Denkschulen die sagen: Es wäre wichtig, daß sich das Gleichgewicht, auch das ökonomische Gleichgewicht, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wieder stärker nach Mitteleuropa verlagert, weil durch die Süderweiterung eine gewisse Balanceverschiebung stattgefunden hat, die jetzt korrigiert würde, die noch besser korrigiert würde, wenn skandinavische Länder oder das eine oder andere Land aus Osteuropa, das bestimmte Voraussetzungen erfüllt, dazukämen. Wir sollten offen über solche Überlegungen reden. Sie sind legitim, aber sie gehören eigentlich nicht zu den Anfangsüberlegungen von Jean Monnet, der gesagt hat: Die traditionelle Machtpolitik muß dadurch überwunden werden, daß die realen, die kulturellen und die ökonomischen Interessen zusammengebunden werden und daß sich die Regierungen wie die Völker durch die gemeinsame Diskussion verändern und immer mehr Gemeinsamkeiten entdecken. Das ist das Konzept von Jean Monnet gewesen. Ich verstehe, daß die alten Probleme in den Köpfen fortbestehen. Aber wir sollten sie klar benennen; vielleicht können wir sie dadurch aus den Köpfen vertreiben.

Meine zweite Bemerkung. Der Bericht geht sehr intensiv auf die **Probleme der Wirtschaftskooperation** ein, soweit sie auch die Themen Rüstung, Waffenhandel und viele andere Dinge betreffen. Wir können hier Wirtschaft und Sicherheit nicht trennen, jedenfalls nicht in der Diskussion. Wir sollten dies auch nicht künstlich tun. Der Bericht hat dies nicht getan, sondern er sagt: Auch in der Westeuropäischen Union müssen eine Reihe von Problemen diskutiert werden, die eng mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, dem Zusammenführen der Europäischen Gemeinschaft, der Frage der Weltraumforschung und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sowie mit der Mobilität der Arbeitskräfte zusammenhängen. Dies alles muß hier mit diskutiert werden.

Wir müssen bei der Diskussion die Verzahnung der Probleme beachten. Wir müssen bei den Entscheidungen allerdings auch die unterschiedlichen Kompetenzen beachten. Ich glaube, die Westeuropäische Union und ihre Institutionen haben diese Unterscheidung immer sehr genau getroffen.

Ein Gesprächspartner der neuen Sozialdemokratischen Partei in Ost-Berlin hat mir neulich gesagt: „In Tagen vergehen Jahre." Die Ereignisse in der DDR, in der CSSR, in Ungarn, in der Sowjetunion zeigen dies. Trotzdem sollten wir die Erfahrungen unseres Jahrhunderts beachten, daß die Sicherheitsprobleme bleiben. Wir sind nur dann in der Lage, **übergreifende Sicherheitsstrukturen in Europa zu schaffen,** wenn wir nicht vergessen, daß die Bündnisse nach wie vor ihre Funktion haben. Sie verändern ihre Akzentsetzungen, ihre politische Funktion nimmt zu. Aber wir können nicht davon ausgehen, daß das eine Bündnis verschwindet und das andere noch bleibt.

Ich hoffe, ich habe den Generalsekretär bei seiner Antwort auf die Frage des Kollegen Büchner mißverstanden, als er sagte, ein engeres deutsch-deutsches Verhältnis, meinetwegen im Sinne einer Konföderation, würde dann so aussehen, daß das, was heute DDR ist, gewissermaßen zur NATO gehört. Ich halte das für eine Vorstellung, die außerhalb jeder Realität ist. Dafür sorgt nicht nur die Sowjetunion, dafür sorgen auch andere Nachbarn wie Polen oder die Tschechoslowakei.

Ich glaube, der Ministerrat sollte sich sehr viel stärker — und der Bericht fordert dazu auf — gerade dieser Problematik annehmen: Wie kann man die vorhandene Sicherheitsorganisation bei ihrer Beibehaltung so weiterentwickeln, daß sie dann auch zu übergreifenden Sicherheitsstrukturen kommt, die das, was wir auf dem Felde der Abrüstung, der Rüstungskontrolle, der vertrauensbildenden Maßnahmen gerade verhandeln, dann zusammenfaßt?

Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung machen. Ich war bis vor einigen Monaten wie viele andere der Meinung, daß eine engere deutsch-deutsche Zusammenarbeit, etwa im Sinne einer Konföderation, gewissermaßen der Schlußstein beim Bau des europäischen Hauses sein würde. Inzwischen komme ich immer mehr zu der Meinung, daß wir mehrere europäische Baustellen haben, an denen wir intensiv arbeiten müßten: an der Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft hin zum Binnenmarkt, um die Mitglieder der Gemeinschaft dafür fähig zu machen, ebenso wie an den Abrüstungsverhandlungen, an den Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen, aber auch an der Entwicklung übergreifender Formen der Wirtschaftskooperation, an Projekten der Europäischen Entwicklungsbank in Osteuropa, die eine schrittweise Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Währungspolitik ermöglichen, um z. B. osteuropäische Währungen konvertibel zu machen, und viele andere Dinge. Da gibt es auch keine Privilegierung einzelner Staaten.

Dabei muß man beachten, daß die Sowjetunion in einer besonders schwierigen Situation ist, weil sie im Unterschied zu Ländern wie Ungarn, Polen oder der DDR nicht offiziell um Hilfe bitten kann. Sie kann nicht wie etwa Ungarn und Polen in der vergangenen Woche den Status eines Entwicklungslandes beantragen, weil sie dadurch ihr Gesicht verlieren würde. Dies verstärkt natürlich die Probleme, das müssen wir ganz klar sehen. Dies wird ein sehr schwieriger Winter für Gorbatschow und seine Equipe.

Zum Schluß möchte ich sagen: Wenn die Regierungen — und auch dies mahnt der Bericht sehr deutlich an — nicht in der Lage sind — gerade die Regierungen der Mitgliedsländer der Westeuropäischen Union —, angesichts der Erwartungen der Völker, daß auch auf dem Gebiete der Sicherheit Weiterentwicklung stattfindet, mit überzeugenden Konzepten zu antworten, die es sowohl ermöglichen, daß sich die Bündnisse politisch fortentwickeln, als auch Vorschläge zu übergreifenden Sicherheitsstrukturen machen, werden nicht nur einfach Chancen versäumt, die nicht mehr wiederkehren, sondern es wird auch die Akzeptanz der Sicherheitspolitik insgesamt geschwächt, und daran können wir kein Interesse haben.

Ich bedanke mich sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Empfehlung 474

betr. die WEU im europäischen Binnenmarkt
— Antwort auf den Halbjahresbericht des Rates —

I

Die Versammlung

(i) ist der Ansicht, daß die Einheitliche Europäische Akte im Einklang steht mit den im geänderten Brüsseler Vertrag, insbesondere in seiner Präambel und den Artikeln I und II, erklärten Zielen, und vertritt die Auffassung, daß die jeweiligen Kompetenzen der WEU und der Europäischen Gemeinschaft einander ergänzen;

(ii) vertritt die Auffassung, daß die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes die Mitgliedstaaten der WEU vor Probleme im Sicherheitsbereich stellt, für die sie konkrete Lösungen finden müssen;

(iii) stellt fest, daß die EG-Kommission eine Dienststelle für Sicherheits- und Verteidigungsfragen eingerichtet hat, daß jedoch die Aussicht auf den Ausbau der Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und mehreren neutralen oder Nichtmitgliedstaaten des Atlantischen

Bündnisses die Gemeinschaft davon abbringen sollte, solche Fragen zu behandeln, die in jedem Fall aufgrund des weiterhin gültigen geänderten Brüsseler Vertrages in den Kompetenzbereich der WEU fallen und infolge der jüngsten politischen Entwicklungen in Europa eine verstärkte Bedeutung erfahren;

(iv) ist der Ansicht, daß das Atlantische Bündnis die Grundlage der europäischen Sicherheit bleibt, daß jedoch die Rolle Europas im Bündnis einer erneuten Prüfung unterzogen werden sollte;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. unter Hinzuziehung der EG-Kommission eine Arbeitsgruppe mit einer eingehenden Untersuchung derjenigen Fragen zu beauftragen, die infolge der Abschaffung der Grenzkontrollen im Hinblick auf die Sicherheit der Mitgliedstaaten entstehen werden, und der Versammlung einen Bericht über die Ergebnisse dieser Untersuchung zu übermitteln;

2. sorgfältig die Disparitäten zu untersuchen, die innerhalb des europäischen Binnenmarktes entstehen werden aufgrund der derzeit unterschiedlichen Belastungen der Mitgliedstaaten durch ihre Verteidigungspolitik, mit dem Ziel, hierfür Abhilfe zu schaffen;

3. mit der EG-Kommission eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, deren Aufgabe es ist, eine Liste von Produkten und Technologien zu erstellen, deren Überlassung an Drittländer den Frieden in der Welt gefährden könnte, mit dem Ziel, jede derartige Maßnahme durch einen Mitgliedstaat zu untersagen, und sich dafür einzusetzen, daß andere Exportländer dieselben Regelungen anwenden;

4. bessere Verfahren zu entwickeln, damit Spezifizierungen und Normen im Rahmen des Möglichen harmonisiert und in gemeinsame Programme aufgenommen werden können, und dadurch ein wirksames und koordiniertes europäisches Vorgehen zu erleichtern;

5. die Verfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten für die Vergabe von Aufträgen durch die Streitkräfte an Industrieunternehmen zu untersuchen, mit dem Ziel, ein einheitliches Vorgehen zu erreichen;

6. unter demselben Gesichtspunkt die Obliegenheiten des Personals von Industrieunternehmen, die teilweise oder ausschließlich für Verteidigungszwecke produzieren, zu untersuchen.

II

Die Versammlung

(i) stellt mit Bedauern fest, daß der Rat die ihm gemäß der Satzung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht ausreichend für die Aufrechterhaltung eines Dialogs mit der Versammlung nutzt;

(ii) stellt insbesondere die Verspätung fest, mit der auf die Empfehlung 467 geantwortet wurde;

(iii) nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß der Rat in seiner Antwort auf die Empfehlung 472 erneut seine Verpflichtung bekräftigt hat, der Versammlung über alle Aspekte der Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags Bericht zu erstatten, selbst wenn diese innerhalb anderer Gremien erfolgt, stellt jedoch fest, daß der Rat keine Informationen über die Aktivität der EG-Kommission im Verteidigungsbereich vorgelegt hat;

(iv) begrüßt die Tatsache, daß die vom Generalsekretär am 21. September 1989 in Brüssel gehaltene Ansprache interessante Informationen über den Stand der Reaktivierung der WEU enthielt, bedauert jedoch, daß die Versammlung bisher keine vergleichbare offizielle Mitteilung erhalten hat;

(v) ist der Ansicht, daß die vom Rat im Hinblick auf die Durchführung des Zusatzhaushalts der Versammlung gestellten Forderungen im Falle ihrer Verwirklichung das Prinzip der finanziellen Eigenständigkeit der Versammlung und die Kompetenzen ihres Präsidenten, so wie sie im Finanzstatut festgelegt sind, beeinträchtigen würden;

(vi) begrüßt die vom Rat im Jahre 1989 ergriffenen Initiativen, deren Ziel es ist zu ermöglichen, daß sich die Verwaltungen der Mitgliedstaaten verstärkt mit der Information der Öffentlichkeit und mit der künstlichen Intelligenz befassen und daß die europäischen Tagungen über Verteidigungsstudien fortgesetzt werden;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die ihm zur Verfügung stehenden satzungsgemäßen Möglichkeiten zu nutzen, um die Versammlung genau und umfassend über seine Strukturen, seine Aktivität und seine Pläne zu unterrichten, damit ein echter Dialog möglich wird;

2. der Versammlung Priorität einzuräumen bei der Übermittlung solcher Informationen;

3. der Versammlung die Möglichkeit zu verschaffen, sich an seinen Überlegungen im Hinblick auf die Aufgaben des zukünftigen Instituts zu beteiligen;

4. keine Maßnahmen zu ergreifen, die Beziehungen zwischen dem neuen Institut und der Versammlung beinhalten könnten, ohne sich der vorherigen Zustimmung der Versammlung vergewissert zu haben;

5. das Prinzip der finanziellen Eigenständigkeit der Versammlung gemäß den von ihm selbst im Jahre 1987 festgelegten Bedingungen zu achten;

6. die Versammlung über die im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ergriffenen Maßnahmen, die der EG-Kommission die Untersuchung von Sicherheits- und Verteidigungsfragen ermöglichen sollen, zu unterrichten;

7. die Versammlung weiterhin an den von ihm veranstalteten Seminaren und Kolloquien zu beteiligen;

8. zu untersuchen, unter welchen Bedingungen und in welchem Rahmen ein europäisches Zentrum zur Verhinderung militärischer Risiken gegründet werden könnte, und die Versammlung über die

Schlußfolgerungen seiner Untersuchung zu unterrichten.

Dienstag, 5. Dezember 1989

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Außenministers von Belgien, Marc Eyskens

(Themen: Ergebnisse des NATO-Gipfels nach Malta — Entwicklung zu einer Europäischen Politischen Union — Vorschlag eines Gipfels „KSE" zur Unterzeichnung der Wiener Vereinbarung über die Begrenzung konventioneller Streitkräfte — 10 Punkte-Plan von Kanzler Kohl)

Prof. Dr. Soell (SPD): Auch ich möchte eine Frage stellen, die sich auf die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft konzentriert, wenn auch in etwas anderer Weise als der Kollege, der vorhin sprach. Es trifft sicherlich zu, daß die Sowjetunion einen übergroßen Aufwand in die Rüstung investiert. Aber sie hat bei ihrem Umstrukturierungsprozeß jetzt unübersehbar riesige Probleme, weil praktisch vier Wirtschaftssysteme nebeneinander existieren: das alte, das neue, der schwarze Markt und der graue Markt.

War im Rahmen des NATO-Gipfels, der gestern stattfand, und ist bei dem bevorstehenden Europa-Gipfel auch über die Frage zu sprechen, inwieweit eine Art **Soforthilfe auch aus den Beständen der Europäischen Gemeinschaft** geleistet werden kann? Denn in der russischen Bevölkerung wird jetzt immer stärker die Frage gestellt: Was bringt die Westpolitik materiell ein? Ganz konkret bedeutet das, daß wir vor der Frage stehen, ob es nicht sinnvoll wäre, in den Shops, in den Läden westliche Waren zu zeigen, vor allen Dingen im Bereich der Grundversorgung, nicht im Bereich der hochwertigen Konsumgüter. Das sind jedenfalls Erwartungen, die auf sowjetischer Seit im Zwiegespräch ausgesprochen werden, allerdings nicht in der großen Runde. Denn die Sowjetunion ist ja ein Land, das nicht, wie es Polen und Ungarn in der letzten Woche getan haben, den Status eines Entwicklungslandes beantragen kann, weil es sonst sein Gesicht verlieren würde. Ich möchte das hier doch einmal auf diese Weise ansprechen.

Eine zweite kurze Frage, über die gestern schon mit dem Generalsekretär diskutiert worden ist: Wenn im Zuge der Revolution, der steigenden Erwartungen in der schweigenden Mehrheit der DDR-Bevölkerung Prozesse in Gang kommen, die vielleicht noch am besten durch föderative oder konföderative Strukturen unter Kontrolle gehalten werden können, sind Sie dann der Ansicht des amerikanischen Kollegen Baker, daß die DDR dann gewissermaßen NATO-Territorium würde — so hat er sich ausgedrückt —, oder sind Sie wie ich der Auffassung, daß dies bedeuten würde, daß die Bündnisse trotz konföderativer Strukturen, auch mit ihrer militärischen — wenn auch vielleicht geminderten — Präsenz jedenfalls für eine etliche Reihe von Jahren in beiden Teilen Deutschlands bleiben würden?

In seiner Antwort betonte **Außenminister Eyskens,** *daß eine westliche Wirtschaftshilfe an die Länder Mittel- und Osteuropas zwar deren wirtschaftliche Probleme lindern, sie aber nicht lösen könne. Die Hilfe müsse auf Wirtschaftsreformen abzielen und nicht nur finanzieller, sondern insbesondere technischer Art sein. Zu der Frage der Zukunft der militärischen Bündnisse in einem Europa mit konföderativen Strukturen führte Außenminister Eyskens aus, daß NATO und Warschauer Pakt als Garanten für Stabilität und Frieden auch weiterhin ihre Berechtigung hätten. Die Bündnisse müßten von der Konfrontation zu neuen Wegen der Kooperation finden.*

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schäfer

Staatsminister Schäfer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute erneut zu Ihnen zu sprechen. Als ich im Juni 1988 erstmals das Wort in diesem Forum ergreifen durfte, stellte ich nach dem damaligen erfolgreich verlaufenen Moskauer Gipfel die Frage: Welchen spezifischen Beitrag können wir Europäer in Zukunft zur Wahrung unserer Sicherheit und zum Ausbau der Beziehungen mit Mittel- und Osteuropa leisten, und welche Rolle spielt dabei die WEU?

Inzwischen sind wir alle **Zeugen eines großen Umbruchs in Europa** geworden. Im Westen Europas bereiten sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft aktiv auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts vor. Mit der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes, mit dem Einstieg in die Wirtschafts- und Währungsunion, mit dem Ausbau der sozialen Dimension treiben wir die Integration in der Europäischen Gemeinschaft voran.

Wir wappnen uns für die vor uns liegenden Aufgaben in Europa, um die Gemeinschaft zu einem Kernstück in der sich abzeichnenden europäischen Friedensordnung auszugestalten. Unser Ziel bleibt die **Schaffung einer Europäischen Union,** deren Gewicht in der internationalen Politik nicht in militärischer Stärke, sondern in ihrer Attraktion als Modell des friedlichen Zusammenlebens liegt — als Beispiel für die Geltung von Freiheit, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit in einem Zusammenschluß freier Völker.

Während dies die Leitlinie in unserem Teil Europas bleibt, vollziehen sich in der Mitte und im Osten unseres Kontinents in immer mehr Staaten mit atemberaubender Geschwindigkeit grundlegende Veränderungen des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems. Die Dynamik, welche die europäische Einigung durch die Integrationsfortschritte gewonnen hat, hat die Reformen in den Staaten Mittel- und Osteuropas stark beeinflußt. Die Ausstrahlungs- und Anziehungskraft der Gemeinschaft verfehlt ihre Wirkung nicht; dies beweist z. B. das Memorandum, das

die DDR am Tag vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs und der Außenminister in Paris am 18. November an die Gemeinschaft gerichtet hat.

Wir stehen kurz vor der **Tagung des Europäischen Rats in Straßburg.** Er findet statt angesichts der konkreten Perspektive einer Friedensordnung, wie sie bereits 1967 der Harmel-Bericht entworfen hatte. Mit dem Begriff des „Gemeinsamen Europäischen Hauses" hat Präsident Gorbatschow diese Konzeption aufgegriffen. Der tiefgreifende Wandel, der sich vor unseren Augen abspielt, eröffnet die historische Chance für eine friedliche und dauerhafte Überwindung der Trennung Europas.

Was in der Sowjetunion begann, als Gorbatschow **dem „Neuen Denken"** zum Durchbruch verhalf, setzte sich in Polen und Ungarn sowie nunmehr auch in der DDR und der Tschechoslowakei eindrucksvoll fort. Auch Bulgarien befindet sich im Aufbruch. Die Forderungen nach Freiheit und Selbstbestimmung, nach Demokratie, nach freier Entfaltung der Meinungen, der Ideen, aller schöpferischen Kräfte, dies sind die Gebote der Zeit. Sie sind Ausdruck und Anlaß europäischer Selbstbesinnung. Kein Land und keine Regierung wird sich ihnen auf Dauer verweigern können. Die reformbereiten Staaten Mittel- und Osteuropas sind dabei, ihre Einsicht, daß eine umfassende Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft unabdingbar ist, Schritt für Schritt in praktische Politik umzusetzen. Dies ist eine enorme Aufgabe.

Es liegt in unserem Interesse, daß dies gelingt. Diese Reformprozesse, die an unseren demokratischen und rechtsstaatlichen Idealen ausgerichtet sind, gefährden nicht unsere Sicherheit, sie bringen uns mehr Sicherheit. Unser Verständnis, unsere tatkräftige Hilfe sind vor allem gefragt. Wir wollen und wir werden keine einseitigen Vorteile aus dem Problem der Umwälzung in diesen Ländern ziehen oder sogar zu deren Lasten ausnutzen.

Die Zusammenkunft der Minister der 24 Staaten am 13. Dezember, die sich zur Hilfe für Polen und Ungarn verpflichtet haben, muß zu einem wichtigen Signal unserer Hilfsbereitschaft werden.

Wir müssen eine Entwicklung konsequent fortsetzen, die mit dem Abschluß der KSZE 1975 in Gang kam und die mit der Unterzeichnung der Gemeinsamen EWG/RGW-Erklärung im Juni 1988 eine beträchtliche Beschleunigung erfahren hat. Seitdem haben sich die Beziehungen der Gemeinschaft mit den mittel- und osteuropäischen Staaten in einem Maße verdichtet, daß wir von **einem neuen Niveau der Zusammenarbeit und des Dialogs,** von einer über die normalen Beziehungen hinausweisenden Perspektive sprechen können. Mit Ungarn und Polen sind Handels- und Kooperationsverträge abgeschlossen und umfangreiche Programme der Zusammenarbeit in Angriff genommen worden. Verhandlungen mit der DDR und anderen Staaten des RGW werden folgen. Der mit einigen dieser Staaten begonnene politische Dialog entwickelt sich rasch, er ist zu einem wertvollen Instrument des Meinungs- und Informationsaustauschs geworden und kann bei weiterer günstiger Entwicklung zu einer die Reformprozesse stabilisierenden politischen Abstimmung genutzt werden.

Die Bürger in Polen, in Ungarn, in der DDR und in der ČSSR haben ein Maß an Verantwortungsbewußtsein und demokratischer Reife bewiesen, das zeigt, daß sie willens und fähig sind, ihr Geschick in die eigenen Hände zu nehmen. An uns liegt es jetzt, durch Zusammenarbeit die für den Fortgang der Reformen erforderlichen stabilen Rahmenbedingungen zu schaffen und zu verbessern. Hier kommt dem Europarat eine hervorragende Bedeutung zu. Als Hüter des gemeinsamen Erbes der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Menschenrechte wächst die Rolle dieser größten und ältesten Staatenorganisation unseres Kontinents. Am 16. November 1989 hat Ungarn als erster Mitgliedstaat des Warschauer Pakts seinen Beitritt beantragt. Wir haben diesen Antrag ausdrücklich begrüßt, ebenso wie die ersten konkreten Ergebnisse der Zusammenarbeit des Europarats mit Ungarn, Polen und der Sowjetunion. Der **Prozeß der Annäherung zwischen den Staaten mit Hilfe des Europarats** muß energisch weitergeführt und auf eine die Trennung überwindende Entwicklung ausgerichtet werden. Das Ziel unserer Politik ist es, das Potential des Europarats, seine Ausstrahlungskraft und die Erfahrung seiner Institutionen für den **Brückenschlag nach Mittel- und Osteuropa** zu nutzen.

In dieser, wie man sicher sagen kann, historischen Phase kommt dem **Fortschritt bei den Abrüstungsverhandlungen** besondere Bedeutung zu. Sie müssen Schritt halten mit den politischen und mit den menschlichen Entwicklungen. Eine europäische Friedensordnung der Zukunft verlangt neue Strukturen kooperativer Sicherheit in Europa. Erste wichtige Schritte sind getan: die im Stockholmer Dokument vereinbarten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen und der INF-Vertrag vom Dezember 1987. Weitere Abkommen müssen folgen: im konventionellen und nuklearen Bereich ebenso wie bei den chemischen Waffen. Wir haben auch nach dem Treffen von Präsident Bush mit Präsident Gorbatschow Anlaß zu der Hoffnung, daß die in Wien stattfindenden Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte schon im nächsten Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Dies wird die militärische Landschaft in Europa wesentlich verändern.

Die Atlantische Allianz hat bereits 1967 im Harmel-Konzept die **Gleichrangigkeit von militärischer Abschreckung, politischem Dialog und Zusammenarbeit** betont. Sie ist in eigenem Selbstverständnis niemals nur ein Militärbündnis, sondern immer auch eine politische Gemeinschaft freier Nationen gewesen. Dieser Wesenszug gewinnt jetzt, in Zeiten abnehmender militärischer Konfrontation, noch mehr an Bedeutung. Die Allianz hat mit der Brüsseler Gipfelerklärung vom Mai dieses Jahres nicht nur ein Gesamtkonzept für Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern auch ein breit angelegtes Programm für die Zusammenarbeit mit den Staaten Mittel- und Osteuropas vorgelegt. Sie hat damit deutlich gemacht, daß sie auch Motor einer künftigen stabilen Friedensordnung in Europa sein wird. Für uns gibt es keinen Zweifel: Diese Allianz erfüllt auch gerade in einer Zeit des Wandels ihre wichtige Aufgabe. Über die zukünftige Rolle in einem neuen Europa müssen wir alle noch sehr gründlich nachdenken.

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, wir stehen mitten in einer beispiellosen Entwicklung, die historische Chancen birgt, aber auch nicht frei von Risiken ist. Wir sollten uns vergegenwärtigen, daß wir die jetzt stattfindenden Umwälzungen nicht zuletzt der Festigkeit verdanken, mit der wir über Jahrzehnte hinweg beharrlich unsere Bündnispolitik sowie den Aufbau Europas betrieben haben.

Auch die WEU spielt hierbei eine bedeutende Rolle: Seit ihrer Wiederbelebung wächst sie immer mehr in die ihr zugewiesene Aufgabe hinein, der europäischen Zusammenarbeit eine sicherheitspolitische Dimension zu verleihen. Die Beschlüsse von Rom sowie die Bestimmungen der **„Plattform — Europäische Sicherheitsinteressen"** werden nach und nach umgesetzt. Der Beitritt Spaniens und Portugals, deren aktive Mitwirkung sich in der laufenden Arbeit der WEU bereits positiv ausgewirkt hat, erweitert ihre Basis und verdeutlicht den Anspruch der Plattform, Grundlinien einer gemeinsamen Sicherheitspolitik in Europa zu definieren.

Die Plattform bekräftigt, daß wir es unseren Völkern schulden, die Teilung unseres Kontinents zu überwinden und im Interesse aller Europäer die sich eröffnenden Möglichkeiten für weitere Verbesserungen auszuschöpfen. Nicht zuletzt deshalb begrüße ich es besonders, daß die Kontakte mit dem Obersten Sowjet, die bereits zum Zeitpunkt meiner letzten Teilnahme an dieser Versammlung im Juni 1988 geknüpft worden waren, weiter ausgebaut und vertieft worden sind. Auch Vertreter der anderen im Umbruch befindlichen Staaten Mittel- und Osteuropas informieren sich regelmäßig über die Entwicklungen in der WEU.

Es wird dort nicht ohne Resonanz bleiben, daß auf der Ministertagung am 13. November Beschlüsse gefaßt wurden, mit denen sich die WEU mittel- und längerfristig ihrer Aufgabe in einem sich wandelnden europäischen Sicherheitsumfeld stellt:

- Ich darf hier zunächst an die **Gründung eines Europäischen Instituts der WEU für Sicherheitsfragen in Paris** erinnern, das nicht zuletzt durch Kontakte mit vergleichbaren Institutionen in Mittel- und Osteuropa zur Entwicklung von Konzepten für ein neues europäisches Sicherheitsdenken beitragen soll;

- die **Studien für ein raumgestütztes Erdbeobachtungssystem,** das zur Verifikation eines KSE-Abkommens eingesetzt werden könnte, und zum militärischen Training mit seinen Möglichkeiten der umweltbezogenen Nutzung von Simulatoren sind gleichermaßen bedeutsam.

- Darüber hinaus befaßt sich die WEU — auch dies ist in Beschlüssen der letzten Ministertagung zum Ausdruck gekommen — mit **Verifikationsfragen** im Zusammenhang mit dem zu erwartenden VKSE-Abkommen. Konzeptionelle Überlegungen über die Zeit nach 1991 werden ebenfalls im Rahmen der WEU-Arbeitsgruppen erörtert.

Meine Damen und Herren, in diesen Tagen wird uns Deutschen oft die Frage gestellt: Was wollen die Deutschen? Wir haben Verständnis für die Sympathie, aber auch für ein gewisses Maß an Besorgnis, welche in diesen Fragen zum Ausdruck kommen. Wir können nur immer wieder sagen: Es wird **keinen deutschen Alleingang** geben. Unser Schicksal ist eingebettet in das Schicksal Europas. Zu den Realitäten, die es in Europa gibt, gehört aber auch die Realität einer deutschen Nation, die derzeit in zwei Staaten lebt. Wer die Überwindung der Trennung Europas will, kann logischerweise nicht für die Trennung der Deutschen sein. Nun gibt es natürlich Stimmen, auch prominente Stimmen, die befürchten, ein möglicherweise vereinigtes Deutschland werde ein destabilisierender Faktor werden.

Meine Damen und Herren, Bundesminister Genscher hat in den letzten Wochen wiederholt darauf hingewiesen, daß von einem demokratischen Deutschland noch nie eine Gefahr für den Frieden in der Welt ausgegangen ist. Und ich meine, wir sollten auch daran denken, daß die Menschen in der DDR heute zum erstenmal seit 1933, d. h. seit mehr als einem halben Jahrhundert, die Chance haben, ihre Freiheit wiederzugewinnen und demokratische Strukturen aufzubauen. Sie haben dafür in einer beeindruckenden, friedlichen Weise demonstriert. Wenn die Bevölkerung der DDR nun auf ihrem Selbstbestimmungsrecht besteht — dazu gehört schließlich auch möglicherweise eine Entscheidung für die Einheit Deutschlands —, dann wird das die Demokratie und die westlichen Werte in Europa nur stärken. Wer meint, hiervon gehe eine Gefahr für Europa aus, der verkennt, daß diese Entwicklung auf den Werten der westlichen Welt, auf Pluralismus, Meinungsfreiheit, Beachtung der Menschenrechte und enger internationaler Kooperation, beruht. Für uns gilt fort: Die Europäische Gemeinschaft wird Modell und Motor der Einigung Europas bleiben.

Meine Damen und Herren, im übrigen kann ich in diesem Zusammenhang nur wiederholen, was Bundesaußenminister Genscher vor den Vereinten Nationen und der **Deutsche Bundestag** mit überwältigender Mehrheit in seiner **Resolution vom 8. November** erklärt haben:

> „Das polnische Volk ist vor 50 Jahren das erste Opfer des von Hitler-Deutschland vom Zaune gebrochenen Krieges geworden. Es soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird. Das Rad der Geschichte wird nicht zurückgedreht. Wir wollen mit Polen für ein besseres Europa der Zukunft arbeiten. Die **Unverletzlichkeit der Grenzen** ist Grundlage des freiheitlichen Zusammenlebens in Europa."

Bereits 1967 hat das Atlantische Bündnis im Harmel-Bericht folgende wichtige Aussage gemacht:

> „Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist ... nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren."

Auf dieser gemeinsamen Grundlage, meine Damen und Herren, und auf nichts anderem basiert das **Zehn-Punkte-Programm des Bundeskanzlers.**

Der Bundeskanzler hat in seiner Erklärung vor dem Deutschen Bundestag unterstrichen, daß wir nur gemeinsam und in einem Klima des wechselseitigen Vertrauens die Trennung Europas, die immer auch die Trennung Deutschlands ist, friedlich überwinden können. Europäische Gemeinschaft, Atlantisches Bündnis, Europarat und nicht zuletzt auch die WEU werden in diesem Prozeß, der Besonnenheit und politisches Geschick verlangt, mehr denn je gefordert sein.

Die historische Aufgabe, die nun gestellt ist, ist der Aufbau eines friedlichen, freien und demokratischen Europas. Wenn West und Ost dies als gemeinsame Aufgabe begreifen und ihre Kräfte darauf ausrichten, werden wir unser Ziel erreichen, nämlich eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung auf unserem Kontinent, in der die Deutschen wie alle anderen Völker ihren Platz haben.

Vielen Dank.

Kittelmann (CDU/CSU): Herr Minister, Sie werden aus der Frage des Kollegen Jessel gesehen haben, daß wir in der Westeuropäischen Union schon bereit sind, uns über unsere Grenzen hinweg neue Gedanken zur Abnahme der Konfliktsituation in Europa, soweit das in unserer Zuständigkeit liegt, zu machen. Herr Minister, ich habe mit Hochachtung Ihren Beitrag gehört, der — ohne Absprache — mit dem vorherigen Vortrag des Ratspräsidenten hervorragend koordiniert war. Kann ich nun nach diesen beiden Reden als deutscher Parlamentarier mit Beruhigung zur Kenntnis nehmen, daß sich nach dem **10-Punkte-Plan von Bundeskanzler Kohl** und den Ausführungen des Außenministers Genscher die Diskussion innerhalb des Bündnisses im Rahmen von Artikel 7 des Deutschlandvertrages und auch der sonstigen Zusagen an Deutschland halten wird, daß bei einer Überwindung der Teilung Europas auch die Aufhebung der deutschen Teilung, die Lösung der deutschen Frage im Mittelpunkt der Politik steht und daß Verdächtigung, Emotionalisierung und Nationalismen in dieser Frage glücklicherweise keine Rolle spielen?

Staatsminister Schäfer: Herr Kollege, ich kann nur sagen, daß ich davon ausgehe, daß sich die Wogen glätten werden, die vielleicht dadurch entstanden sind, daß man in einigen Hauptstädten von dem 10-Punkte-Plan überrascht war. Man hat ja auch bei den ersten Pressemeldungen eine Art der Zusammenfassung gelesen, die nicht ganz dem entsprochen hat, was eigentlich gesagt worden ist. Es wäre sicher wichtig, zu erkennen, daß die Deutschen im Begriff sind, sich langsam dem selbstverständlichen Nationalgefühl unserer engsten Freunde in Europa anzunähern, und daß es keine Sensation zu sein braucht, daß wir vielleicht etwas wegkommen von der eigenen Unsicherheit, die uns in der Nachkriegszeit bei vielen politischen Entscheidungen begleitet hat, und hinkommen zu einer größeren Selbstverständlichkeit der Erwartung, daß auch unsere Anliegen von unseren Freunden verstanden werden.

Wir erwarten, daß durch eine Frage, die uns alle in Europa beschäftigen müßte, jetzt nicht wieder ein Deutschlandbild hervorgerufen wird, das nun wirklich der Vergangenheit angehört und das man besser nicht mehr hervorrufen sollte. Auch ich war mit einigen solchen Äußerungen nicht zufrieden, aber ich meine, damit müssen wir leben. Ich glaube auch, wir haben inzwischen verständlich gemacht, was unser Weg ist: die Fortsetzung einer **Lösung der deutschen Frage in einem europäischen Kontext,** und zwar ausschließlich in einem solchen Kontext. Auch haben wir, glaube ich, verständlich gemacht, daß wir in bezug auf die europäische Union beispielsweise jetzt nicht ein langsameres Tempo einschlagen wollen, sondern daß wir unsere Politik fortsetzen, uns aber natürlich mit unseren Freunden um die Lösung dieser Frage bemühen müssen.

Frau Dr. Timm (SPD): Herr Minister, Sie haben in Ihrem Vortrag davon gesprochen, daß Sie Verständnis haben für Sorgen auch unserer Verbündeten in bezug auf die deutsche Entwicklung, die da so beschleunigt vor sich geht, daß es Destabilisierungen in Europa geben könnte. Sie haben dann betont, daß es keinen deutschen Alleingang geben werde und die Trennung Europas im Zusammenhang mit der Überwindung auch der deutschen Teilung gesehen werden müsse. Können Sie mir sagen, ob sich unsere westlichen Verbündeten wirklich klar darüber sind, daß sie uns auch jetzt natürlich nicht allein lassen dürfen, daß sie eine Garantie für die Überwindung ihrer Sorgen nur haben können, wenn sie sich selbst mit uns voll engagieren, auch wirtschaftlich, damit der Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa einschließlich der DDR erfolgreich verlaufen kann? Sie dürfen uns jetzt nicht allein lassen, sondern müssen sich mit uns engagieren. Ich würde sagen: Wer Angst vor Deutschland hat, der sollte jetzt die Vorgänge in Mittel- und Osteuropa zu seiner eigenen Sache machen.

Staatsminister Schäfer: Frau Timm, ich stimme Ihnen voll zu. Ich glaube, es wäre das verhängnisvollste Rezept, uns jetzt allein zu lassen. Das beste Rezept zur Wiederkehr eines deutschen Nationalismus wäre es für meine Begriffe, Deutschland jetzt in einer Art Isolierung zu bringen. Das würde allerdings die Ängste, die man zum Teil gelegentlich lesen oder hören kann, in eine böse Richtung entwickeln. Wenn man jetzt gemeinsam an die Lösungen der vor uns stehenden Fragen herangeht, so sollte man nicht sagen, Deutschland stellt die größte Wirtschaftsmacht dar, die dieses Europa erdrückt, sondern man sollte sagen: Wir in Frankreich und in Großbritannien, in allen Staaten der EG erhoffen uns einen neuen, beachtlichen Markt. Denn dort in der DDR ist ja noch nichts vorhanden von all den Produkten, die auch unsere Nachbarländer erzeugen und dann dort absetzen können.

Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Ich habe gerade in Afrika auf die Frage, ob die westlichen Staaten wie die Bundesrepublik jetzt nicht die Dritte Welt vergäßen, indem sie sich nur auf die Länder des Ostens konzentrierten, geantwortet: Es ist ja überraschend, daß sich Polen bereits zum Entwicklungsland erklärt hat, was ich nicht ganz verstanden habe; aber wir müssen mit den Fakten leben. Ich habe denen, die mir diese Frage

stellten, gesagt: Als die Bevölkerung der DDR in die Bundesrepublik strömte, waren innerhalb weniger Stunden die Bananen ausverkauft; Sie haben also einen neuen Markt für Ihre tropischen Produkte auch in der DDR.

Ich meine, das gleiche gilt für unsere westlichen Nachbarstaaten. Sehen wir die Entwicklung doch bitte positiv! Sehen wir nicht immer die Gefahren, die man vielleicht im 19. Jahrhundert oder in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu Recht gesehen hat! Man kann nicht 40 Jahre lang ein demokratisches Deutschland feiern und dann, wenn sich die Frage stellt, wie der Rest Deutschlands demokratisch wird, sagen, das sei jetzt eine Gefahr. Diese Logik ist mir nicht ganz einleuchtend.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben soeben zu Recht auf die wirtschaftliche Macht verwiesen, die sich hier in Europa zeigt, aber Sie haben gleichzeitig auch gesagt, wie wichtig die Entwicklung insgesamt für Europa ist. Ist meine Auffassung richtig, daß der Demokratisierungsprozeß, den wir alle wollen und positiv begleiten, der sogenannten wirtschaftlichen Unterstützung bedarf? Darf ich Sie in diesem Zusammenhang weiter fragen, wie Sie beispielsweise die **COCOM-Liste** so verändern wollen, daß dieser positive Beitrag von uns wirklich geleistet werden kann?

Staatsminister Schäfer: Herr Kollege, Sie wissen, daß wir, und zwar nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch unsere westeuropäischen Freunde, mit den Vereinigten Staaten über die Frage diskutieren und weiterhin diskutieren müssen, was auf dieser COCOM-Liste noch Sinn macht und was keinen Sinn mehr macht. Ich glaube, daß auf Grund der Annäherung die bereits jetzt, auch durch das Treffen zwischen den beiden Präsidenten, erfolgt ist, und die weitere sehr schnelle Entwicklung in Osteuropa manches in bezug auf die COCOM-Liste nicht mehr so dramatisch erscheint in dem Sinne, daß wir eventuell die Rüstungsindustrie der Tschechoslowakei oder Ungarn fördern und uns dadurch möglicherweise militärischen Schaden zufügen, wie das bisher der Fall war. Unsere Hoffnung ist, daß Befürchtungen und die große Angst, jedes kleinere Computerprodukt könnte der anderen Seite in einem Krieg bereits entscheidende Vorteile bringen, sehr bald revidiert werden können. Es wird einige Güter geben, die auf dieser Liste bleiben. Das wissen wir. Aber ein Großteil der Güter muß doch im Lichte der Entwicklung neu gesehen und von dieser Liste gestrichen werden.

Tagesordnungspunkt

Ansprache von Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement (Frankreich)

Verteidigungsminister Chevènement: Mit dem Gefühl, daß wir außergewöhnliche Zeiten erleben, spreche ich heute zu Ihnen. Wer von uns hätte noch vor ein paar Monaten geglaubt, daß, um den Ausdruck von Michail Gorbatschow in seiner Rede auf dem Kapitol zu gebrauchen, die Länder des Ostens „den Weg radikaler Reformen beschritten (haben) und . . . nun dabei (sind), eine Linie zu überschreiten, hinter der es kein Zurück zur Vergangenheit geben wird", wobei natürlich der Zukunft nicht vorgegriffen wird? Eine Epoche geht zu Ende, in der wir durch unsere beständige Entschlossenheit unseren Willen deutlich machen mußten, einer eindrucksvollen militärischen Bedrohung in Verbindung mit einem totalitären politischen System durch Abschreckung zu begegnen. Nun bricht eine neue Epoche an, in der wir aufgerufen sind, in Europa auf der Grundlage eines festgefügten Sicherheitsgleichgewichts im Wohlstand eine **demokratische Friedensordnung zu errichten.**

Jeder spürt es: die westeuropäischen Länder sind aufgerufen, durch Anbahnung eines ständigen Dialogs mit ihren Brüdern in Osteuropa in dieser neuen Phase die Hauptrolle zu übernehmen. Der Schraubstock der militärischen und politischen Konfrontation löst sich, und Europa muß diese Gelegenheit nutzen, sein Geschick wieder in eigene Hände zu nehmen. Wir haben zu zeigen, daß es dazu fähig ist, die Rivalitäten zu meiden weiß, die seine Vergangenheit befleckten und der Versuchung der Maßlosigkeit zu widerstehen vermag, die in ihm aufkam und es zweimal in den Abgrund trieb. Die WEU kann bei dieser Erneuerung der Ideen eine bedeutende Rolle spielen, denn hier können die wichtigsten Teilnehmer am europäischen Aufbauwerk zusammenkommen, um in diesem Kreise die Kernfrage ihrer Sicherheit zu erörtern. Von unseren gemeinsamen Entscheidungen wird weitgehend der Erfolg des Übergangs zu einem neuen europäischen Gleichgewicht abhängen, das die Stabilität und die Sicherheit unseres Kontinents zu gewährleisten vermag.

Wir stehen heute vor zwei unvollendeten Bauwerken, die im Falle ihrer Fertigstellung zwei Tragpfeiler eines künftigen europäischen Gleichgewichts bilden werden.

Im Osten eine Demokratisierungsbewegung, die ihresgleichen nur in den großen Umwälzungen findet, die die wichtigsten Etappen der europäischen Geschichte prägten: den Revolutionen des ausgehenden 18. Jahrhunderts und den Revolutionen von 1848, die zum Aufkommen demokratischer Regierungsformen in Westeuropa führten. Wie in jener Zeit erlaubt es das Zusammenfallen der Bestrebungen der Völker mit dem Willen einiger Staatsmänner nun der Geschichte, sich in Bewegung zu setzen. Zwar haben es 40 Jahre der Arbeit und der Festigkeit Westeuropa ermöglicht, den Weg zu weisen und den Hegemoniebestrebungen einer Supermacht mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten die Stirn zu bieten, doch wäre es unangebracht, wollten wir uns die Vaterschaft an dieser Entwicklung zuschreiben oder darin einen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus sehen.

Wir sind Zeugen des Sieges der Völker Osteuropas über Unabwendbarkeit und Selbstaufgabe angesichts von Regimen, deren schneller Zusammenbruch ihre innere Brüchigkeit nur allzu deutlich macht. Erkennen wir auch das Wirken eines Mannes, Präsident Gorbatschows, an, der den Mut besaß, der Wirklichkeit in die Augen zu sehen und die notwendigen Ent-

wicklungen hinzunehmen, statt sich auf Gewißheiten und ausweglose Konzepte zu versteifen. Diese Entwicklung trägt für die Völker, die sie erleben, gewaltige Hoffnungen in sich.

Diesen großen Bewegungen haben wir zuerst einmal unsere Achtung zu zollen: Jedem Volk steht das Recht zu, seinen Weg selber zu bestimmen. Wir sind diesen Bewegungen auch zur Solidarität verpflichtet. Der **Wandlungsprozeß hin zu einer offeneren und dezentralisierten Wirtschaftsordnung** dürfte teuer und schwierig werden. Doch auch uns bietet sich hier eine Chance: Endlich kann ein versöhnter Kontinent wiederaufgebaut werden, auf dem Zusammenarbeit und vielfältige Verbindungen an die Stelle der erstarrten Konfrontation zwischen zwei ideologischen Blöcken treten könnten und auf dem sich somit die verschiedenen Bestandteile der deutschen Nation einander nähern und zu normalen Beziehungen finden könnten, ohne daß das erforderliche Sicherheitsgleichgewicht oder die Errungenschaften der großen westeuropäischen Institutionen tiefgreifend gestört würden.

In Helsinki konnten wir vor zehn Jahren die zehn Grundsätze verkünden, die die Beziehungen zwischen den 35 bestimmen sollen. Heute sind wir in der Lage, diesen Rahmen auszufüllen. Wir sollten uns auch daran erinnern, daß die **Unverletzlichkeit der Grenzen** einer dieser Grundsätze ist.

Das andere Bauwerk, das wir im Westen errichten wollen, ist der **Aufbau Europas.** Wir haben seit der Unterzeichnung des Brüsseler Vertrages und der Römischen Verträge, deren Ziele zuerst unsere Versöhnung und dann ein immer engerer Zusammenschluß waren, schon einen weiten Weg gemeinsam zurückgelegt. Heute müssen wir noch einige weitere Etappen hinter uns bringen, die Wirtschafts- und Währungsunion und die Festlegung einer gemeinsamen Politik. Behalten wir in einer Zeit, in der unsere gemeinsamen Gesten außergewöhnlichen Widerhall finden, im Auge, was dabei auf dem Spiel steht.

Das europäische Aufbauwerk setzt voraus, daß unsere Völker durch ein umfassendes Geflecht solidarischer, wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und menschlicher Beziehungen miteinander verwoben werden, das weitaus tragfähiger als ein bloßes Zweckbündnis ist. Bis 1993 wollen wir dies unter Beweis stellen, indem wir die Wohlstandszone, die wir zwischen den Ländern der Gemeinschaft gebildet haben, vollenden und durch eine gemeinsame Politik flankieren, die ihre Vorzüge jedermann vor Augen führt.

Die **Sowjetunion** ist ungeachtet ihrer heutigen Schwierigkeiten aufgrund ihrer Ressourcen, ihrer Bevölkerungszahl und der Größe ihres Staatsgebiets auch weiterhin eine **Großmacht** mit einem Militärpotential, das ihr praktisch die Beherrschung der westeuropäischen Länder ermöglicht, wenn das Sicherheitsgleichgewicht nicht erhalten bleibt. Darum ist der **Aufbau eines Verteidigungsbollwerks auf der Grundlage einer ausreichenden Abschreckung** nötiger denn je und bietet die beste Gewähr für die Freiheit unserer Nationen.

Diese beiden unvollendeten Entwicklungsprozesse müssen sich gegenseitig ergänzen. Die Demokratisierung der Länder Osteuropas wird einen Beitrag zur europäischen Sicherheit leisten und die Schaffung eines gemeinsamen Kooperationsraums ermöglichen. Das europäische Aufbauwerk wird durch Schaffung der strukturellen Grundlagen eines politischen und strategischen Gleichgewichts auf dem Kontinent zur Stabilität und zum Frieden in Europa und zur Festigung der Zusammenarbeit beitragen.

Für die Verwirklichung dieser großen Vorhaben, die Zeit brauchen, müssen wir einen Gesamtrahmen der Stabilität, des Friedens und der Rüstungskonstrolle aufrechterhalten. Damit nähern wir uns der Eigenzuständigkeit der WEU.

Wir werden in den nächsten Jahren eine Reihe von Grundvoraussetzungen schaffen müssen, die allein für diesen großen Wandel jedoch noch nicht ausreichen. Die erste Voraussetzung ist die **Stabilität des strategischen Gesamtrahmens,** damit sich die Länder Osteuropas und insbesondere die Sowjetunion ganz dem inneren Umbau ihrer Volkswirtschaften und Gesellschaften widmen können. Das Fortbestehen von zwei Bündnissen kann diese Übergangsprozesse erleichtern und sicherstellen, daß in jeder Etappe ein Sicherheitsgleichgewicht auf einem jeweils niedrigeren Niveau erreicht werden kann. Wir sind uns durchaus darüber im klaren, daß das gewaltige sowjetische Militärpotential nicht von heute auf morgen verschwinden und noch für viele Jahre einen beträchtlichen Machtfaktor darstellen wird. Die Vernichtung einer großen Menge militärischer Ausrüstungen bei den Streitkräften des Warschauer Paktes wird ein langwieriger Prozeß sein, für den diese Länder noch recht schlecht gerüstet sind. Das gilt auch für den Abbau der Truppenstärken und die Umschulung des militärischen Führungspersonals, die besonders schwierig werden dürfte. Angesichts der wahrhaft revolutionären Prozesse, von denen Osteuropa und die Sowjetunion geschüttelt werden, erscheint Vorsicht im übrigen als besonders ratsam. Wir sind es uns schuldig, den urplötzlichen und unvorhersehbaren Reaktionen gewachsen zu sein, zu denen es kommen könnte, sollte die Verkettung der Ereignisse von manchen als Infragestellung der sowjetischen Sicherheitsinteressen empfunden werden. Wir müssen fähig sein, durch Abschreckung eine Umkehrung dieses Prozesses zu verhindern.

Wir schulden den Völkern Osteuropas Augenmaß und Umsicht. Eine positive Entwicklung hat begonnen. Tun wir nichts, was sie gefährden könnte. Konzentrieren wir vielmehr alle unsere Anstrengungen darauf, sie zu fördern und zu unterstützen. In dieser Hinsicht besteht unsere Hauptverantwortung darin, dafür zu sorgen, daß jede politische und militärische Entwicklung mit der Zustimmung aller Betroffenen ausgehandelt wird.

Wir müssen — und das ist die zweite Voraussetzung — alle Errungenschaften der Zusammenarbeit, die uns im Atlantischen Bündnis vereinigt, die wir in der WEU zwischen den europäischen Ländern aufgebaut haben, bewahren und eine der Entwicklung der Bedrohung angemessene militärische Position beibehalten. Der politische Wandel in Osteuropa verändert die herkömmliche Bedrohung und verringert sie in gewissem Maße, doch gleichzeitig geht diese positive

Entwicklung mit Ungewißheit über die Zukunft und **neuen Gefahren einer Instabilität** einher.

Nichts deutet heute darauf hin, daß die Sowjetunion beabsichtigt, auf die Hauptkomponenten ihres Militärpotentials, insbesondere auf die Nuklearstreitkräfte, die Westeuropa treffen können, zu verzichten. Der Prozeß der konventionellen Abrüstung, mit dem wir begonnen haben, erfaßt keineswegs alle Waffen und wird nicht verhindern können, daß auf den nicht erfaßten Sektoren ein neuer Rüstungswettlauf beginnt. In der Zeit schneller Entwicklungen und wahrer Umwälzungen, die wir jetzt erleben, nimmt die **Gefahr von Krisenszenarien** ganz im Gegenteil noch zu. Angesichts dieser neuartigen Bedrohung ist die **Erhaltung eines militärischen Gleichgewichts** auf der Grundlage eines soliden Abschreckungspotentials in Europa für die weitere Sicherung der strategischen Stabilität, das heißt die **Friedenssicherung,** nötiger denn je. Unsere Aufgabe ist es nun, innerhalb dieses neuen Gesamtzusammenhangs die Grundzüge einer europäischen Verteidigungsidentität immer deutlicher zu skizzieren.

Wir müssen also auch in einem dynamischen Prozeß über die Formen nachdenken und forschen, die unsere Verteidigungssolidarität künftig annehmen soll.

Die dritte Voraussetzung schließlich ist die **Fortführung des Abrüstungsprozesses** innerhalb eines Verhandlungsrahmens. Durch ausgewogene und nachprüfbare Reduzierungen sollen nämlich die Schaffung eines militärischen Gleichgewichts auf einem niedrigeren Rüstungsniveau und die Festigung stabiler Beziehungen zwischen den beiden Bündnissen möglich werden. Doch auch dabei heißt es methodisch vorgehen: Arbeiten wir auf fester Grundlage, vermeiden wir überstürzte Beschlüsse und geben wir der Ausarbeitung reiflich überlegter und ausgehandelter Maßnahmen den Vorzug, die — und das sollten wir nicht vergessen — zu einem großen Teil die Grundlagen unserer zukünftigen Sicherheit sein werden. Ich freue mich darum darüber, daß in Wien noch in diesem Jahr ein erstes Abkommen über die konventionelle Abrüstung angestrebt wird. Wir hoffen alle, daß die **START-Verhandlungen** bis zum Jahresende zu einer effektiven Verminderung der Zahl der Kernsprengköpfe führen werden, über die die Supermächte verfügen, d. h. ein Abbau um 50% und nicht nur eine leichte Kappung um 15%, wie sie nach den ersten Verhandlungsergebnissen zu erwarten ist. Anschließend werden wir die so zustande gekommenen Abkommen umzusetzen und die folgenden Etappen ernsthaft zu prüfen haben.

Wenn ich meine Überlegungen zu der Übergangsphase zusammenfassen soll, die wir heute erleben, so würde ich sagen, daß die beste Garantie für eine zugleich friedliche und ehrgeizige politische Entwicklung Europas hin zu einem versöhnten Kontinent im Vertrauen aller auf der Grundlage der Zurückhaltung aller zu sehen ist. Jede verfrühte und allzu plötzliche Infragestellung dieses Gesamtrahmens, jede Flucht nach vorn, bei der die erforderlichen Einzeletappen übersprungen werden, birgt die Gefahr in sich, daß diese Entwicklung Schaden nimmt und wir die historischen Gelegenheiten verpassen, die uns diese Zeit bietet oder gar erneut die Tragik der Geschichte erfahren müssen.

Frankreich sieht in den gegenwärtigen Verhältnissen eine Bestätigung seines Eintretens für eine **unabhängige Verteidigung** auf der Grundlage einer ihrem Wesen nach defensiven Abschreckung und ausreichender, beständiger Anstrengungen, die es ihm ermöglichen, sein Potential an der Seite seiner Verbündeten beizubehalten. Es will auch weiterhin über Mittel verfügen, um zum Gleichgewicht der Kräfte und zur Sicherheit in Europa beitragen zu können und wird die tatsächlichen Ergebnisse der Wiener Gespräche abwarten, bevor es sich auf den Prozeß einer Überprüfung seiner Anstrengungen einläßt, der zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwangsläufig verfrüht und kontraproduktiv wäre. Es wird sich bemühen, seine Streitkräfte zur Bewältigung sehr unterschiedlicher Situationen zu befähigen, damit sein Abschreckungspotential nicht umgangen werden kann. Dazu wird Frankreich seine Haushaltsanstrengungen fortführen, die es gemäß den im Parlament zur Verabschiedung anstehenden Orientierungen eingeleitet hat. Es wird sehr aktiv zur Stärkung der Solidarität zwischen den Westeuropäern beitragen.

Mit der Entwicklung, die wir zur Zeit erleben, stellt sich uns in der Tat eine neue Herausforderung. Wir müssen darum unablässig über den Horizont hinausblicken und uns auf die Zukunft einstellen. Auch wenn die Erhaltung der derzeitigen Sicherheitsbedingungen unsere Priorität sein muß, hat ganz offensichtlich eine Entwicklung begonnen. Wir müssen sie entschlossen begleiten und uns in klarer Vorausschau auf ihre Folgen vorbereiten. Das Gleichgewicht des europäischen Kontinents beruht seit dem Krieg zu einem großen Teil auf dem Gleichgewicht zwischen den beiden Bündnissen, die von den zwei Supermächten Sowjetunion und Vereinigte Staaten dominiert werden. Die bereits eingeleitete Entwicklung wird ihre Rolle, deren Fortbestand gut möglich erscheint, verändern. Bisher war die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit und der Rolle der Europäer bei der Organisation ihrer eigenen Sicherheit zumindest für einige eine recht akademische Frage. Diese Einstellung ist heute nicht mehr aufrechtzuerhalten, denn wir sind Teil einer Entwicklung, die uns, ob wir dies wollen oder nicht, zur Übernahme einer größeren Verantwortung für die Sicherheit des Kontinents führen wird. Angesichts dieser Herausforderung ist die Frage nach einem möglichen Gegensatz zwischen dem europäischen Weg und dem atlantischen Weg ebenso anachronistisch wie unergiebig, wenn sie nicht sogar zum Alibi wird, um die Ablehnung dieser neuen Verantwortung, die durch die internationale Entwicklung erforderlich geworden ist, zu rechtfertigen. Heute könnte der **Prozeß des allmählichen Abzugs der amerikanischen Streitkräfte aus Europa** eingeleitet werden, und wir können uns eine Zukunft vorstellen, in der die Sicherheit Westeuropas in erster Linie von den Europäern selbst gewährleistet werden muß. Es ist an der Zeit, über die allmähliche **Schaffung einer europäischen Identität auf dem Gebiet der Sicherheit** nachzudenken, damit nicht zwischen den beiden Supermächten ein Leerraum für Einflußkämpfe oder Rivalitäten wie einst entsteht. Zu dieser Identität muß ein **eigenes Abschreckungspotential** gehören, das der

Bedrohung entspricht, die die Existenz einer kontinentalen Supermacht vor unseren Toren immer sein wird. Neue Formen des politischen und militärischen Gleichgewichts werden entstehen. Sorgen wir dafür, daß Europa darin seinen Platz findet, einen Platz, der seiner reichen Geschichte, seiner Wirtschaft und seiner Kultur entspricht und seinem hochgesteckten Ehrgeiz gerecht wird.

Dr. Scheer (SPD): Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Sie haben davon gesprochen, daß der **Prozeß des Abrüstens des Waffenmaterials** sehr lange dauern wird, weil es bei der Umsetzung ökonomische Schwierigkeiten gibt. Es gibt keine entsprechenden Fabrikanlagen im Warschauer Pakt für die Menge des Potentials, das abgerüstet werden soll. Was würden Sie von der Möglichkeit halten, die man in Wien anbieten könnte, daß vielleicht der Westen mit seinem industriellen Potential östliche Panzer industriell abrüstet, womit gleichzeitig das Kontrollproblem gelöst wäre.

Der Prozeß könnte beschleunigt werden, um in eine nächste Phase zu kommen. Es könnte also schneller gehen, wenn man sich das Material wechselseitig zur Demontage zur Verfügung stellt. Meine zweite Frage bezieht sich auf Ihre Bemerkung zur Abschreckung. Wann gibt es auch seitens Ihrer Regierung die Bereitschaft, einen **Prozeß der atomaren Abrüstung zu beschleunigen;** denn bei all dem, was passiert, kann doch die atomare Abrüstung nicht immer weiter auf die lange Bank geschoben werden. Es wird auch die Frage immer offenkundiger, wie es sich verträgt, einen neuen Geist in Europa zu schaffen und sich gleichzeitig weiter mit der totalen Vernichtung wechselseitig zu bedrohen. Wie kann zusätzliches Vertrauen geschaffen werden angesichts der Besonderheit atomarer Waffen, die wegen ihrer hohen Geschwindigkeit in Verbindung mit ihrer Zerstörungskraft ständig mehr die Instabilität verursachen, und angesichts der Tatsache, daß die konventionelle Überlegenheit im Zusammenhang mit der offenkundigen Auflösung des Warschauer Paktes, die demnächst vielleicht sogar formell stattfinden kann, nicht mehr gegeben ist — spätestens nach einem Wiener Abkommen nicht mehr — und damit die Hauptbegründung für die Abschreckung des Westens entfällt? Warum wird gegenwärtig nicht über einen atomaren Abrüstungsprozeß auch unter Beteiligung Ihrer Regierung gesprochen? Dies ist meines Erachtens die große offene Frage, deren Beantwortung Sie auch schuldig geblieben sind.

In seiner Antwort wies **Verteidigungsminister Chevènement** *erneut auf den langen Zeitraum des Abrüstungsprozesses hin. Solange eine Asymmetrie zwischen den Waffenpotentialen des Warschauer Paktes und der NATO bestünde, müsse an dem Prinzip der nuklearen Abschreckung festgehalten werden. Der Besitz an Nuklearwaffen dürfe aber das Niveau, das notwendig sei, um einen konventionellen Angriff zu verhindern, nicht überschreiten. Der Verteidigungsminister unterstrich die stabilisierende Rolle der Nuklearwaffen, welche nicht als Angriffswaffen, sondern als Abschreckungswaffen ihre Berechtigung hätten.*

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Minister, niemand hat geahnt, was in den letzten Wochen passiert ist. Niemand war darauf vorbereitet. Sie haben gerade selber gesagt: Niemand weiß, was die Zukunft bringt. Wir haben dieser Tage gesehen, daß die Völker ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Die Äußerung „Wir sind das Volk" reicht aus, daß selbst imperiale Mächte nicht mehr eingreifen.

Im Zusammenhang mit einem Interview, das Sie am 30. November dem „Figaro" gegeben haben, möchte ich Sie fragen: Welche Chancen sehen Sie, Gewaltanwendungen gegenüber einem Volk zu verhindern, dessen **Wunsch nach Wiedervereinigung** sich vielleicht anarchisch äußert?

Verteidigungsminister Chevènement *betonte, daß das Recht auf Selbstbestimmung jedem Volk zukomme. Dieses Recht dürfe jedoch nicht gegen den Frieden und gegen die Sicherheitsinteressen anderer Völker ausgeübt werden. Der Reformprozeß müsse mit Vorsicht geführt werden, um brutale Rückschritte zu vermeiden.*

Niegel (CDU/CSU): Herr Minister, ich habe hier ein Dokument („Western European Union, Brussels Treaty"), das draußen auf dem Tisch zu finden ist. Darin sind alle Verträge, die zur Gründung der Westeuropäischen Union beigetragen haben — praktisch die Grundlage unserer Versammlung —, dargestellt. In diesen Verträgen ist auch eine Erklärung vorhanden, die die Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und insbesondere auch — aus bestimmten Gründen — die Regierung der Französischen Republik abgegeben haben, und zwar am 3. Oktober 1954 (S. 107 und 109). Die drei besagten Regierungen erklären — ich darf zitieren —, daß „ein durch friedliche Mittel geschaffenes, völlig freies und vereintes Deutschland weiterhin ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt."

Ich möchte Sie fragen, ob das auch heute, nachdem die Entwicklung im Osten und in Mitteldeutschland vorangegangen ist, noch volle Gültigkeit hat.

An seine vorherigen Ausführungen anknüpfend führte **Verteidigungsminister Chevènement** *aus, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands nur unter der Bedingung, daß Frieden und Sicherheit in Europa nicht gefährdet sind, denkbar sei. Hierzu gehöre die Anerkennung der Grenzen zu den Nachbarstaaten, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegt worden seien.*

Tagesordnungspunkt

Die Sicherheit Europas und Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten

(Drucksache 1202 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Pieralli (Italien)

Dr. Scheer (SPD): Ich glaube, den Forderungen und Gedanken zu dem **Friedensprozeß im Nahen Osten** und zu den Friedensbemühungen einschließlich des damit verbundenen Selbstbestimmungsrecht der be-

teiligten Völker ist nichts hinzuzufügen. Ich unterstütze dies vollständig.

Ich möchte auf einen anderen Teil der Empfehlung Bezug nehmen, in dem generell über die Sicherheitsprobleme im Mittelmeerraum insbesondere im Zusammenhang mit den Rüstungsentwicklungen und den Spannungen im gesamten arabischen Raum gesprochen wird. In den Empfehlungen sind auch die Fragen der chemischen und der atomaren Waffen angesprochen worden. Ich denke, dieser Teil des Berichts und der Empfehlungen sollte auch in unserer Debatte nicht zu kurz kommen. Ich möchte dies aus meiner Sicht folgendermaßen begründen:

Wir erleben eine ständige Entspannung politischer Art und auch im Zusammenhang mit Abrüstungsverhandlungen in Mitteleuropa. Das gesamte Augenmerk war über Jahrzehnte vorwiegend auf diese Region, aus der ich selbst komme, gerichtet. Gleichzeitig ist festzustellen, daß neben dem Entspannungsprozeß in Zentraleuropa, der auch zu einer qualitativen und quantitativen Abrüstung führen soll und muß, **die Spannung im Mittelmeerraum zunimmt.** Es kann also sein, daß die Entspannung in einem Teil Europas durch Spannungen in anderen Teilen Europas abgelöst wird und daß der südliche Teil Europas und damit im Grunde genommen alle anderen sehr stark betroffen wären.

Es ist ein großer Fehler, wenn wir unser Augenmerk ausschließlich auf die zentraleuropäische Problematik fixieren und diese anderen Entwicklungen nicht im Auge haben, die einen Abrüstungsprozeß und politische Friedensregelungen, die über den Nahostkonflikt und die damit verbundenen Probleme hinausgehen, erforderlich machen. Dies wird — deswegen bin ich besonders dankbar dafür, daß die Problematik der chemischen und atomaren Waffen angesprochen wird — an dem, was dort unten geschieht, besonders deutlich.

Wir fordern generell den **baldigen Abschluß eines weltweiten Abkommens zur Ächtung chemischer Waffen.** Diese Forderung wird allenthalben auch in dieser Versammlung erhoben. Wir wissen aber, daß die vollständige Abrüstung der chemischen Waffen auch nach der Überwindung der Ost-West-Meinungsgegensätze in dieser Frage in erster Linie daran scheitern wird, daß es im arabischen Raum eine Reihe von Ländern gibt, die chemische Waffen haben oder sogar eingesetzt haben, wie es beim Irak der Fall war. Andererseits sagen die arabischen Staaten, die chemische Waffen haben: Wir sind zu einer vollständigen Abrüstung der chemischen Waffen erst dann bereit, wenn auch die atomaren Mächte bereit sind, auf Atomwaffen zu verzichten. Das heißt, es gibt einen unverkennbaren Zusammenhang zwischen chemischer Abrüstung und atomarer Abrüstung, zwischen der Proliferation chemischer Waffen und der Gefahr der Proliferation atomarer Waffen. Ich finde es sehr richtig und bemerkenswert, daß in dem Bericht auf die Problematik atomarer Proliferation verwiesen wird, die ja eine weltweite ist und in den neunziger Jahren droht. Das bedeutet — das geht bei der gesamten Abschreckungsdebatte viel zu sehr unter —: Solange der Westen oder auch der Osten, gegebenenfalls solange die jetzigen Atommächte prinzipiell — so wie wir es auch vom französischen Minister gehört haben — an atomarer Abschreckung festhalten, so lange gibt es im Klartext keine Chance für eine Verhinderung der Proliferation atomarer Waffen, und es gibt wahrscheinlich keine echte Chance für eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen.

Wenn wir als Verantwortliche diesen Zusammenhang dauernd ignorieren, wie das, auch von Regierungsseite, von Regierungen von NATO-Mitgliedstaaten, von Regierungen von WEU-Mitgliedstaaten, tagtäglich geschieht, dann darf man sich nicht wundern, wenn an anderer Stelle in Europa Entwicklungen eintreten, die in der Zukunft sehr viel spannungsträchtiger sein werden, als wir im Moment vielleicht erwarten können und erwarten wollen. Es ist also notwendig, daß wir diesen Zusammenhang sehr streng ins Auge fassen und eine strenge Politik der Nichtverbreitung atomarer Waffen mit dem Versuch einer weltweiten Ächtung der chemischen Waffen verknüpfen. Es ist überfällig, daß wir uns für Abrüstungsschritte im Mittelmeerraum engagieren, sowie sich z. B. die italienischen Freunde bei Abrüstungsbemühungen in Mitteleuropa immer mit engagiert haben. Darüber hinaus ist es notwendig, daß die bisherigen Haltungen überdacht werden, die z. B. besagen, daß bei den Verhandlungen die Seerüstung bis auf weiteres ausgeschlossen werden soll, auch wenn es um europäische Abrüstung geht. Dies gibt keinen Sinn, denn Verhandlungen über Abrüstung im Mittelmeerraum müssen die Seestreitkräfte, die amerikanische 6. Flotte und die sowjetische 5. Flotte, mit treffen. Es gibt entsprechende Vorschläge von Gorbatschow; sie sind bisher ohne jede offizielle gesamtwestliche Antwort geblieben. Dies ist ein Fehler.

Genauso ist es ein Fehler, die Entwicklung der atomaren Rüstung im Mittelmeerraum so weiterlaufen zu lassen wie bisher, denn sie ist prekärer geworden. Wenn ich an die Situation in Süditalien denke, das in den letzten Jahren zunehmend zu einem Flugzeugträger ausgebaut worden ist, sowie daran, daß die amerikanisch-libyschen Konflikte Europa unmittelbar betreffen; wenn ich an den potentiellen griechisch-türkischen Konflikt denke; wenn ich an alle Konflikte im Nahen Osten denke; wenn ich daran denke, wie schnell das Mittelmeer indirekt einbezogen war, als es zu den Konflikten im Golf kam, so zeigt all dies, wie prekär die Situation ist angesichts eines zunehmenden neuen ideologischen Gegensatzes zwischen einem **Wiedererwachen eines islamischen Selbstbewußtseins** bis hin zu fundamentalistischen Regungen einerseits und den europäischen Grundhaltungen zur Trennung von Politik und Religion aus dem Zeitalter der Aufklärung andererseits. Das heißt, hier gibt es politische, ideologische und militärische Spannungsfelder. Es ist sehr wichtig, daß dies mit den damit zusammenhängenden Abrüstungsschwerpunkten in dem Bericht des Kollegen Pieralli angesprochen worden ist. Ich glaube, wir sollten uns mit dieser Thematik in Zukunft noch sehr viel stärker beschäftigen.

Bindig (SPD): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht über die europäische Sicherheit und die Ereignisse im Nahen und Mittleren

Osten enthält eine Reihe wichtiger und interessanter Aspekte. Durch die beiden Wortmeldungen der türkischen Beobachter ist die Aufmerksamkeit auf eine Passage des Empfehlungsentwurfes gelenkt worden, nämlich auf den Punkt IIb. Dieser enthält einige Formulierungen zur Unterstützung der kurdischen Flüchtlinge sowie zur Achtung der Menschenrechte und der Anerkennung der kulturellen und verwaltungsmäßigen Autonomie des kurdischen Volkes in den verschiedenen Staaten, in denen die Kurden leben.

Ich glaube, daß den Ausführungen der türkischen Beobachter, die sie hier gemacht haben, entschieden entgegengetreten werden muß. Es ist zum einen der Bereich der **humanitären Hilfe für die irakischen Kurden in der Türkei** angesprochen worden. Die Türkei hat diese Flüchtlinge aufgenommen und hat für die irakischen Kurden Leistungen erbracht; dafür ist ihr zu danken. Es muß aber leider auch festgestellt werden, daß die Türkei bei der Organisation der Hilfe für die irakischen Flüchtlinge nicht die sonst üblichen internationalen Hilfsmaßnahmen zugelassen hat.

Weder hat der Weltflüchtlingskommissar ein Mandat, diese Flüchtlinge zu betreuen, gehabt oder bekommen, noch durften die anderen international anerkannten Nichtregierungsorganisationen, wie z. B. das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, in der sonst international üblichen Weise dort tätig werden. Dies hat die humanitären Hilfsmaßnahmen leider sehr erschwert. Es gab und gibt eine Bereitschaft, den Flüchtlingen zu helfen. Aber dafür ist es erforderlich, daß die Türkei dies auch möglich macht. Der Hintergrund ist, daß die Türkei nicht akzeptieren wollte, daß dort Kurden in den Lagern leben und diese Kurden mit anderen Kurden, die bereits in der Türkei leben, Kontakt haben wollten.

Der zweite Punkt betrifft die Empfehlung dieses Berichts, die Achtung der Menschenrechte und die **Anerkennung der kulturellen und verwaltungsmäßigen Autonomie des kurdischen Volkes** zu fordern und darauf zu bestehen. Die Westeuropäische Union ist eine Sicherheitsgemeinschaft; aber sie ist auch eine Gemeinschaft, die auf der Basis westlich-demokratischer Werte und der Menschenrechte beruht. Die Kurden werden in der Türkei einer harten Repression ausgesetzt. Der türkische Ministerpräsident hat erst neulich im Europarat die Existenz von Kurden innerhalb der Türkei geleugnet.

Ich meine deshalb, ohne das noch weiter ausführen zu wollen, daß die Passagen, die in diesem Bericht enthalten sind, das Minimum dessen sind, was diese Versammlung in einer Erklärung zur Kurdenfrage sagen sollte. Den Kurden werden elementare Menschenrechte in der Türkei nicht gewährt. Diese Diskriminierung ist sogar in der türkischen Verfassung niedergelegt.

Deshalb plädiere ich dafür, daß wir dem Votum der türkischen Beobachter, diese Passage zu verändern, nicht entsprechen, sondern daß wir diese Passage so in unsere Empfehlung übernehmen.

Empfehlung 475

betr. die Sicherheit Europas und Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten

Die Versammlung

(i) verweist auf ihre Empfehlungen 349 und 403;

(ii) ist der Ansicht, daß der Ministerrat der WEU aufgrund der Bestimmungen von Artikel VIII Absatz 3 des geänderten Brüsseler Vertrages befugt ist, die Gefährdung des internationalen Friedens im Nahen und Mittleren Osten zu untersuchen;

(iii) begrüßt die Antwort des Rates auf die Empfehlung 472, die eine Bekräftigung seiner Absicht ist, über die Anwendung des geänderten Brüsseler Vertrags zu berichten, selbst wenn diese in einem anderen Rahmen als dem der WEU erfolgt, in Übereinstimmung mit Artikel II des Vertrags;

(iv) verweist auf die von der WEU im Jahr 1988 ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der freien Schiffahrt im Golfgebiet;

(v) stellt mit Befriedigung fest:

a) die Fortdauer des Waffenstillstands zwischen Iran und Irak;

b) die Einstellung der Kämpfe in Beirut;

(vi) ist sich der wichtigen Folgen des Treffens der 62 Mitglieder des libanesischen Parlaments bewußt, das auf Initiative des von Marokko, Algerien und Saudi-Arabien eingerichteten Ausschusses zustandekam, um:

a) eine politische und institutionelle Lösung auszuarbeiten, die den verschiedenen Gemeinschaften ein friedliches Zusammenleben ermöglicht;

b) die territoriale Integrität, Souveränität und Unabhängigkeit des libanesischen Staates frei von jeder äußeren Einmischung und militärischen Präsenz fremder Mächte zu bekräftigen;

(vii) verurteilt auf das Schärfste die Ermordung des libanesischen Präsidenten René Moawad;

(viii) verurteilt die Ergreifung von Geiseln, ihr Festhalten und den Terrorismus in all seinen Formen;

(ix) ist äußerst besorgt darüber, daß noch immer kein genereller Friedensprozeß im Nahen Osten eingeleitet wurde, trotz der seit längerem durch die internationale Staatengemeinschaft ergriffenen Maßnahmen auf der Grundlage:

a) der Resolutionen der Vereinten Nationen;

b) der Empfehlungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates;

c) der Erklärungen der Europäischen Gemeinschaft;

d) der auf diplomatischer Ebene ergriffenen Maßnahmen der beiden Supermächte;

e) des von den arabischen Staaten auf ihrem letzten Gipfeltreffen in Casablanca gezeigten guten Willens;

(x) mißbilligt entschieden die von den Staaten der Region ausgegangenen neuen Anstöße für ein Wettrüsten, insbesondere in bezug auf Flugzeuge großer Reichweite, Flugkörper mittlerer Reichweite sowie chemische und nukleare Waffen,

a) durch Unternehmen, Banken und Fachleuten aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft;

b) durch Vereinbarungen, Waffenlieferungen und militärische Unterstützung aus bestimmten westeuropäischen Staaten, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten von Amerika und China,

was im krassen Widerspruch steht zu der Suche nach friedlichen Lösungen für die Konflikte, die ein Blutvergießen in der Region verursacht haben;

(xi) begrüßt es, daß der Europäische Rat eine bedeutende Maßnahme ergriffen hat, um zu verhindern, daß sich seine Mitglieder an der Herstellung chemischer Waffen durch Staaten in der Region beteiligen, bedauert aber, daß die westeuropäischen Staaten keine gemeinsamen Schritte eingeleitet haben, um die Verbreitung anderer Waffenarten, wie z. B. Boden/Boden-Flugkörper mittlerer und großer Reichweite und nuklearer Waffen zu verhindern;

(xii) unterstützt vorbehaltlos den Beschluß der Vereinten Nationen, eine internationale Nah-Ost-Friedenskonferenz einzuberufen;

(xiii) ist der Ansicht, daß es zur Gewährleistung von Frieden und Stabilität in der Region äußerst wichtig ist, eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt zu finden, welche die Sicherheit des Staates Israel und das Recht des palästinensischen Volkes auf Heimat und auf Selbstbestimmung im Gaza-Streifen und der West-Bank garantiert;

(xiv) erkennt die Willensäußerung des palästinensischen Volkes an, das nunmehr seit zwei Jahren mit der Bewegung der „Intifada" seine Ablehnung gegenüber einer Verlängerung der seit 1967 bestehenden militärischen Besetzung durch Israel zum Ausdruck bringt,

und verurteilt die Unterdrückung, die Anschläge sowie alle Aktionen, die eine Verletzung der Menschenrechte und der internationalen Übereinkommen darstellen;

(xv) ist der Ansicht, daß die Einleitung eines generellen Friedensprozesses und folglich die Einberufung einer internationalen Nah-Ost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen als ersten Schritt einen Dialog zwischen den beteiligten Parteien erfordern,

und bezeichnet in dieser Hinsicht als positiv:

a) die vom palästinensischen Nationalrat in Algier getroffenen Beschlüsse;

b) die Zurückweisung des Terrorismus durch die PLO;

c) die ausdrückliche Anerkennung des Staates Israel durch die PLO;

d) die auf dem Gipfeltreffen der arabischen Staaten in Casablanca getroffenen Beschlüsse;

(xvi) ist darüber hinaus der Ansicht, daß der Plan der israelischen Regierung, Wahlen in den besetzten Gebieten abzuhalten — sofern er die erforderlichen internationalen Garantien enthält und zwischen allen beteiligten Parteien ausgehandelt wird — eine Möglichkeit zur Einleitung eines Dialogs bieten könnte, von dem die PLO, die eindeutig die Sympathien und Unterstützung der Bevölkerung in der West-Bank und im Gaza-Streifen besitzt, nicht ausgeschlossen werden darf,

und äußert sich enttäuscht darüber, daß der den Shamir-Plan ergänzende Zehn-Punkte-Plan des ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak von der israelischen Regierung abgelehnt wurde;

(xvii) spricht sich dafür aus, unverzüglich konstruktive Verhandlungen zwischen einer repräsentativen und glaubwürdigen palästinensischen Delegation und der israelischen Regierung aufzunehmen;

EMPFIEHLT DEM RAT,

I

1. seine uneingeschränkte Bereitschaft zu bestätigen,

   a) auf alle Bestrebungen einzugehen, die der Konsolidierung des militärischen Waffenstillstands, der Wiederherstellung des Alltagslebens und der Normalisierung des Luft- und Schiffverkehrs im Libanon dienen;

   b) die von Marokko, Algerien und Saudi Arabien ergriffenen Maßnahmen zu unterstützen;

   c) die derzeitigen Anstrengungen im Libanon zur

      — Wiederaufnahme des friedlichen Zusammenlebens der Gemeinschaften,

      — Reform der Institutionen,

      — Wiederherstellung der staatlichen Autorität,

      — Ermöglichung des Rückzugs aller ausländischen Truppen,

      — Gewährleistung der territorialen Integrität und Souveränität des Libanon

   zu unterstützen;

2. unverzüglich Maßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens im Nahen Osten zu ergreifen, besonders in bezug auf die chemischen und nuklearen Waffen, Flugkörper und Langstreckenflugzeuge und zu diesem Zweck:

   a) die Durchführung von Waffenlieferungsabkommen einzustellen und verschiedene, zwischen den Regierungen abgestimmte Maßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, daß Unternehmen, Banken und Forschungszentren, wie bereits geschehen, sich jeglicher Kontrolle entziehen;

   b) vorzuschlagen, daß alle Staaten, insbesondere die Sowjetunion, China, die Vereinigten Staaten von Amerika, Südafrika und Brasilien eine ähnliche Haltung einnehmen;

   c) Druck auf die arabischen Staaten und Israel auszuüben, damit sie ein Einfrieren und die Verifikation ihres militärischen Potentials sowie die schrittweise Abschaffung der chemischen und nuklearen Waffen akzeptieren im Hinblick auf die internationale Nah-Ost-Friedenskonferenz, die in Folge der erzielten politischen Vereinbarungen und als unerläßliche Garantie für die Sicherheit aller Staaten in der Region Sonderverhandlungen über eine Rüstungsreduzierung anstreben muß;

3. eine Liste der Güter und Technologien aufzustellen, welche sich die Mitgliedstaaten verpflichten, nicht in Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zu liefern, und sich um Unterstützung der anderen waffenexportierenden Staaten für einen solchen Beschluß zu bemühen;

4. insbesondere sicherzustellen, daß die Mitgliedstaaten keine Exporte von

   a) chemischen Produkten, die in der Liste des Europäischen Rates vom 20. Februar 1989 aufgeführt sind,

   b) Technologien, die für die Entwicklung von Boden/Boden-Flugkörpern mittlerer und großer Reichweite erforderlich sind,

   in irgendeinen Staat der Region gestatten;

5. seine Entschlossenheit zu bekräftigen, die freie Schiffahrt auf allen Meeren zu erhalten;

6. schon jetzt zu erklären, daß die Mitgliedstaaten bereit sind, Aktionen ihrer Streitkräfte,

   a) im Rahmen humanitärer Operationen und internationaler Polizeiaufgaben auf Ersuchen der Vereinten Nationen,

   b) die mit Zustimmung der direkt beteiligten Parteien zur Gewährleistung der Durchführung bilateraler und multilateraler Vereinbarungen erfolgen, die auf der internationalen Nah-Ost-Friedenskonferenz oder sogar noch früher durch direkte Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien getroffen werden,

   untereinander abzustimmen;

II

ersucht die Mitgliedstaaten dringend, im Europäischen Rat Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, daß die Resolutionen der Vereinten Nationen in bezug auf Palästina und den Libanon angenommen werden und:

a) diplomatische Schritte zur Förderung von Friedensverhandlungen zwischen Iran und Irak auf der Grundlage einer uneingeschränkten Anwendung der Resolution 598 der Vereinten Nationen zu intensivieren;

b) der früheren Empfehlung der Versammlung hinsichtlich einer wesentlichen Unterstützung der kurdischen Flüchtlinge nachzukommen und auf der Achtung der Menschenrechte und der Anerkennung der kulturellen und verwaltungsmäßigen Autonomie des kurdischen Volkes in den verschiedenen Staaten, in denen es lebt, zu bestehen;

c) zu empfehlen, daß die Mitgliedstaaten, direkt oder im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, ihre humanitäre Hilfe für das palästinensische Volk im Gaza-Streifen und der West-Bank, dessen Lebensbedingungen tagtäglich schlechter werden, verstärken;

d) mit Nachdruck eingeleitete Maßnahmen bei allen Staaten zu verfolgen, die in der Lage sind, Einfluß zugunsten der Freilassung aller auf libanesischem Staatsgebiet gefangengehaltener Geiseln und der weltweiten Bekämpfung jeder Form von Terrorismus auszuüben;

e) unter allen Umständen das Zustandekommen der internationalen Nah-Ost-Friedenskonferenz zu fördern, die derzeit nur noch von Israel und dem Iran abgelehnt wird, und zu diesem Zweck:

   (i) die Sowjetunion aufzufordern, wieder normale diplomatische Beziehungen zu Israel aufzunehmen;

   (ii) die Vereinigten Staaten von Amerika aufzufordern, ihre Kontakte mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation auf einer höheren Ebene zu führen;

   (iii) die Generalversammlung der Vereinten Nationen aufzufordern, Zionismus nicht mehr mit Rassismus gleichzusetzen, wie in einer ihrer Resolutionen gebilligt;

   (iv) den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen aufzufordern, eine Resolution zugunsten des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung zu verabschieden;

f) die israelische Regierung aufzufordern:

   (i) ihre repressiven Maßnahmen im Gaza-Streifen und der West-Bank, die bereits Hunderten von Menschen das Leben gekostet haben, einzustellen;

   (ii) alle Praktiken einzustellen, die den Menschenrechten zuwiderlaufen;

(iii) den Besitz der Bevölkerung der besetzten Gebiete zu respektieren;

(iv) die Wiedereröffnung der palästinensischen Universitäten zu gestatten;

g) die israelische Regierung aufzufordern, im Hinblick auf die Abhaltung freier Wahlen in den besetzten Gebieten, einem Dialog mit der PLO und Verhandlungen mit einer glaubwürdigen und repräsentativen palästinensischen Delegation zuzustimmen;

h) die benachbarten arabischen Staaten Israels und die PLO aufzufordern, ihren Einfluß und ihre Wachsamkeit dafür einzusetzen, daß das Einsikkern bewaffneter Gruppen auf israelisches Territorium ein Ende findet;

i) gemeinsam mit dem Europarat und mit der Europäischen Gemeinschaft — die ihr großes wirtschaftliches Potential und den reichen Schatz ihrer supranationalen Erfahrungen in den Dienst des Friedens im Nahen Osten stellen kann — die notwendigen Schritte zu ergreifen, um eine wirkliche westeuropäische Friedensinitiative auszuarbeiten, mit dem Ziel:

(i) die diplomatischen Bemühungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu unterstützen;

(ii) dazu beizutragen, den derzeitigen gefährlichen Status quo zu beenden;

(iii) die Einberufung einer internationalen Nah-Ost-Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nation zu fördern.

Mittwoch, 6. Dezember 1989

Tagesordnungspunkt

Haushaltsentwurf betr. die Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1990

(Drucksache 1198 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Dr. Klejdzinski (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem nationalen Parlament zum Haushalt reden zu dürfen ist eine große Ehre. Dort ist die Haushaltsdebatte die Stunde des Parlaments. An dieser Stelle möchte ich, bevor ich mich zu den einzelnen Positionen inhaltlich äußere, meinem Vorgänger, Herrn Linster, danken, der den Haushaltsausschuß sehr sachkundig geleitet hat und leider nicht mehr Mitglied dieser Versammlung ist. Insofern ist das, was ich heute hier vortrage, von denen erarbeitet worden, die teilweise nicht mehr da sind, aus Gründen, die sie persönlich nicht zu vertreten haben. Aber ich finde, es ist notwendig, ihnen Dank zu sagen.

Ich meine, es ist notwendig, gleichzeitig denen Dank zu sagen, die sich intensiv bemüht haben, die notwendigen infrastrukturellen Voraussetzungen zu schaffen, die sich durch den Beitritt der Länder Portugal und Spanien ergeben, und die gleichzeitig den Versuch unternommen haben, die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten zu verbessern. Hier erlaube ich mir, das starke Engagement unseres Präsidenten besonders zu erwähnen. — Er ist gegenwärtig sehr beschäftigt, er hört jetzt noch nicht einmal, wenn man ihn lobt. — Er hat die Sache der Versammlung zu seiner eigenen gemacht. Ohne seinen Erfolg schmälern zu wollen, muß ich doch sagen, daß er in diesem Punkt nicht so erfolgreich war, wie wir es für unsere Arbeitsbedingungen im einzelnen erwarten. Hier zeigt sich eben, daß wir haushaltsmäßig nicht voll parlamentarisch, so wie wir es gewohnt sind, wirksam sind, da das Ministerkomitee letztlich genehmigt oder nicht genehmigt, streicht oder kürzt. So schreibt der Generalsekretär der WEU am 20. September 1989 an den Präsidenten unserer Versammlung, Herrn Goerens:

> Der ständige Rat möchte den Haushalt auf seiner Sitzung am 25. Oktober prüfen, bevor der Haushaltsausschuß am 16. und am 17. November den detaillierten Entwurf beraten werde, da sie vorab eine formale Beschlußfassung über die Höhe des Haushalts fassen wollen.

Nun, die trockenen Zahlenwerke sind aus den vorgelegten Dokumenten im einzelnen zu entnehmen; ich will Sie mit den vielen Zahlen nicht langweilen. Entgegen dem Vorschlag des Ausschusses, einen Etatentwurf in Höhe von 27 667 500 FF vorzulegen und zu genehmigen, sind Einsparungen in Höhe von 2 208 000 FF vorgenommen worden, so daß der **Haushalt 1990 in einer Höhe von 25 459 500 FF** heute zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Eine Reihe von Einsparungen ergibt sich dadurch, daß die portugiesische und die spanische Delegation noch nicht bei uns sind, aber es sind auch andere Einschränkungen vorgenommen worden; ich werde mich nachher noch darüber äußern.

Ein altes deutsches Sprichwort heißt: „Ohne Moos nichts los", dieses kann ich nur unterstreichen; gleichzeitig bedeutet dies kurz zusammengefaßt, wie wir unsere Aktivitäten ordnen können und welche Aktivitäten wir unternehmen können.

Ich möchte dieses Handeln an zwei Beispielen belegen. Der ursprüngliche Ansatz für die **Sicherheit des Hauses und die Anlagen** ist gekürzt worden, und zwar mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige Sicherheitslage dies nicht erfordere. Zumindest vertritt dies der Rat in seinem Dokument vom 30. November 1989. Es ging hier um eine Summe von 428 000 FF. Ich kann — damit das sehr deutlich wird — für meine Person erklären —: Ich fühle mich als freier Abgeordneter nicht bedroht, doch diejenigen, die den ursprünglichen Vorschlag gemacht haben, sicherheitsmäßig an diesem Gebäude etwas zu tun, haben sich letztlich doch auch etwas dabei gedacht. Es kann doch nicht richtig sein, daß möglicherweise, je nach Lust und Laune, solch eine sicherlich ernstzunehmende Auffassung verändert wird. So wird in einem der Versamm-

lung vorliegenden Dokument insbesondere auf die prekäre Sicherheitslage hier in Paris hingewiesen. Wenn es also nicht so ist, dann muß es doch irgend jemanden geben, der dies inhaltlich im einzelnen ausgeführt hat. Wir haben im Haushaltsausschuß lange darüber geredet, und wir haben einen Beschluß gefaßt, den ich Ihnen nicht vorenthalten will. Wir sagen, daß sich grundsätzlich diejenigen, die im Gastland für Sicherheit zuständig sind, zu dieser Frage äußern sollen und eine Empfehlung abzugeben haben. Über diese Empfehlung sollten wir dann im einzelnen beraten. Wir möchten, daß wir darüber nachdenken, wie diese Empfehlung im einzelnen umgesetzt werden kann. Ich finde, diese Frage kann man nicht irgendwelchen Haushaltsreferenten irgendwelcher Zuständigkeiten überlassen, die ganz einfach sagen: Dies ist nicht notwendig, dies ist zu kürzen. — Wenn ich mich dann frei äußern darf: Daß ich als Abgeordneter morgens durch diesen „Pieper" am Eingang zu gehen habe, kann man sich dann auch sparen.

Eine zweite Bemerkung. Die schon lange begründete **Notwendigkeit der Erhöhung des personellen Unterbaus** ist mit dem Hinweis gekürzt worden: Es sollen erst einmal Managementstudien vorgelegt werden, die den Mehrbedarf begründen. Lediglich die notwendige Dolmetscher-Position wurde genehmigt. Wenn man jetzt den Etat betrachtet und inhaltlich in die Positionen geht: Wir haben keinen Titel für Managementstudien; in welchem Umfang es ihn geben soll, ist nirgendwo etatmäßig ausgedrückt. Der Hinweis, wir sollten dies aus den allgemeinen Mitteln aufbringen, heißt doch im Prinzip, daß wir die Mittel für andere Aufgaben, wo wir z. B. Experten hören oder Tagungen durchführen, kürzen müssen. Ansonsten meine ich — das ist klar —, daß die knappen Mittel für Konferenzen und Studien für die operative Arbeit durch Aufträge dieser Art nicht zusätzlich strapaziert werden sollten.

Wenn ich darüber so nachdenke, habe ich den Eindruck, daß dem Vorschlag der Versammlung, der sicherlich gründlich geprüft worden ist, auf diese Art und Weise ein Begräbnis erster Klasse bereitet werden soll. Wenn ich in meinem Parlament etwas nämlich nicht will, dann sage ich: Es müssen erst einmal Studien her. Und wenn die Studien nicht genügen, hole ich noch einmal eine Studie, und wenn das nicht genügt, bemühe ich noch einmal einen Experten. Aber daß die Experten Geld kosten, darüber denke ich im einzelnen nicht nach. Wenn in diesem Punkt Managementstudien gemacht werden sollen, dann müssen das Studien sein, die von Parlamentariern gemacht werden und nicht von denjenigen, die darüber befunden haben, daß die Managementstudien im einzelnen zu bestellen sind.

Eine letzte Bemerkung zu den **Infrastrukturmaßnahmen**. Dieses Thema hat uns schon über Gebühr beschäftigt und wird uns sicherlich auch noch weiter beschäftigen. Der Auftrag für den Architekten bewegte sich, bei begrenzten Mitteln, in folgenden Grenzen: Erstens. Die Delegationsräume aller neun Delegationen sollen eine vergleichbare Größe haben, wobei die Ist-Zustände Maßstab sein sollen. Zweitens. An Besprechungsräumen sollte es geben: je zwei Räume für 50 Mitglieder, 20 Mitglieder sowie 7 Übersetzerkabinen und je ein Raum für 32 Mitglieder, 40 Beobachter sowie 7 Übersetzerkabinen. Für die Verwaltung wurde der gleiche Raumbedarf wie bisher angesetzt, die einzelnen Agenturen werden generell mit gleichem Flächenbedarf angesetzt, mit Ausnahme von Teilbereichen der zweiten Etage. Ich würdige bei einem solchen Maßnahmenkatalog die Überlegungen der Verantwortlichen dieser Versammlung und erwähne das Engagement unseres Präsidenten in diesem Punkt noch einmal ganz besonders; ich habe mich an Hand der vorliegenden Dokumente davon überzeugen können, daß er sich für unsere Verbesserungen sehr intensiv eingesetzt hat. Aber anschließend zu sagen, wir wollen dies doch nicht genehmigen, mit der Begründung, es hätte früher vorgeschlagen werden sollen, halte ich nicht für gut. Ausgehend von diesen Vorgaben ist natürlich naheliegend, daß Arbeiten, die gleichzeitig eine wesentliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen zum Ziel haben — dies gilt insbesondere für die Vorgaben, die gemacht worden sind — von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Ich möchte der Vollständigkeit halber einmal darlegen, was von uns oder von den zuständigen Gremien als notwendig erachtet worden ist und was schließlich genehmigt wurde. Für den Nachtragshaushalt 1989 — das ist das Dokument 1174 — wurden folgende Baumaßnahmen und bauliche Veränderungen vorgeschlagen: a) Druckerei, Kantine, Toiletten und Fernsprechkabinen im Kellergeschoß. Entscheidung des Rates am 17. Juli: Druckerei gestrichen, Fernsprecherkabinen gestrichen. Wenn ich jetzt nur dies einmal zur Kenntnis nehme, so kann ich doch sagen, daß die Arbeitsbedingungen, was das Telefon, was die Vermittlung betrifft, durchaus als vorsintflutlich zu beschreiben sind. Anders ausgedrückt: Wenn man davon ausgeht, welche Industrienationen hier beteiligt sind, welche nationalen Anstrengungen sie gerade auf dem Kommunikationssektor durchsetzen, welche Angebote sie schaffen und welche Beschlüsse sie dazu fassen, so muß ich sagen, daß die Fernsprechanlage, die hier zur Verfügung steht, den Arbeitsbedingungen von Abgeordneten in keiner Weise adäquat ist. Ich kann noch nicht einmal mit meinem nationalen Büro ein Gespräch führen, ohne daß alle Parteien einschließlich der Verwaltung mithören. Daß wir insofern keine privaten Gespräche führen, ist richtig. Ich bin sicher, daß, wenn ich auf dem Flur ein Telefongespräch führe, ganz Europa mithören kann und mithört. Ich telefoniere deswegen gar nicht so viel, um es deutlich zu sagen. Aber man muß die Dinge einmal so beleuchten.

Als weitere Baumaßnahme war vorgeschlagen worden: neue Konferenzräume im Erdgeschoß an Stelle der gegenwärtigen Konferenzräume B und C und der Delegationsräume auf nationaler Basis. Entscheidung des Rates: zwei Konferenzräume, ansonsten gibt es nichts.

Der nächste Punkt war: Die erste Etage sollte gänzlich alle nationalen Delegationsräume aufnehmen. Entscheidung des Rates: Die nationalen Delegationsräume werden im zweiten Geschoß eingerichtet, wobei sich im zweiten Geschoß schon zehn Büroräume befinden. Ich finde es sehr gut, in ein solches Doku-

ment einmal hineinzuschreiben: Die Verwaltung hat schon zehn Räume, Parlamentarier, seht einmal bei der Verwaltung nach! — Dies bedeutet im Klartext allerdings weniger Räume für die Parlamentarier. Da der Vorschlag so gut war, einmal bei der Verwaltung nachzusehen, haben wir anschließend zusammengezählt. Ich komme noch im einzelnen darauf. Es liegt auch ein Dokument dazu vor, wie man das im einzelnen feststellen kann. Dabei habe ich beispielsweise festgestellt — man möge mir diese Bemerkung verzeichen —, daß für den Generalsekretär, der seinen Sitz nicht hier hat, ständig ein Büroraum von 27 m^2 vorgesehen ist; der ist nicht in Frage gestellt worden.

Vorgeschlagen war weiterhin, für die WEU-Versammlung die zweite Etage und die Hälfte der dritten Etage als Büroräume einzurichten. Entscheidung des Rates in diesem Punkt: Die dritte Etage steht für die WEU-Versammlung grundsätzlich nicht zur Verfügung. Sie ist für das Institut „Advanced Security Studies" vorzusehen. Die Entscheidung des Rates beinhaltet 620 m^2 weniger Raumfläche für die Belange der Versammlung, nämlich 390 m^2 auf den einzelnen Etagen und 230 m^2 im Kellergeschoß. Für die nationalen Delegationsräume bedeutet die Entscheidung des Rates, daß von 482 m^2, die ursprünglich geplant waren, 279 m^2 genehmigt worden sind, die auf die neuen Delegationsräume aufzuteilen sind. The Office of the Clerk hat für die gesamte Verwaltung 131 m^2 zur Verfügung, was nicht zuviel ist.

Ich habe im Auftrag des Ausschusses einmal ausrechnen lassen, wieviel Quadratmeter Bürofläche auf den einzelnen Abgeordneten kommen. Wenn man dem Vorschlag folgt, daß die großen Delegationen — ich rede jetzt nur von den großen, die kleineren sind noch schlechter dran — alle Räume, nämlich drei an der Zahl, dahin gehend aufteilen, daß zwei Räume für die nationalen Delegationen vorhanden sind und in einem Raum die Verwaltung unterzubringen ist, dann **kommen auf jeden Abgeordneten 0,5 m^2**. Das ist eine gute Arbeitsposition!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Situation, so wie sie sich uns darstellt. Das Argument, das gelegentlich vorgebracht wird, daß die räumliche Ausdehnung durch das Gebäude selbst bestimmt ist, ist sicherlich richtig. Die äußeren Wände stehen, auch das ist richtig. Aber wenn ich mit offenen Augen durch dieses Haus gehe, so kann ich mir durchaus vorstellen, daß hier und dort noch etwas verändert werden kann. Ich sehe überhaupt nicht ein, warum nicht möglicherweise unten im Keller etliche Fernsprechkabinen eingerichtet werden können. Ich sehe auch nicht ein, daß in der Riesenhalle links von uns keine Möglichkeiten vorgesehen sind, um sich einmal zu einer kurzen Besprechung hinzusetzen. Wenn wir der Ausstattung inhaltlich nachgehen und nachzählen, dann ist noch nicht einmal für jeden Abgeordneten ein Stuhl in diesem Hause vorhanden. Von Möglichkeiten der Kleiderablage usw. wollen wir nicht reden. Ich will auch nicht davon reden, daß wir im Vergleich zu den nationalen Parlamenten in diesem Hause nirgendwo ein Sozialraum vorhanden ist, wo beispielsweise eine Abgeordnete oder Dolmetscherin, die Mutter wird, sich kurzfristig hinlegen könnte. Ich finde, man sollte dies durchaus einmal anmerken dürfen.

Wenn Abstriche gemacht werden müssen, so bedeutet dies für mich natürlich, daß sie nicht nur den Parlamentariern zuzumuten sind. Ich weiß sehr wohl, daß nicht alle Forderungen erfüllt werden können, und ich weiß auch, daß sich einzelne auf ihre Vorstellungen zu sehr konzentrieren. Aber ich finde, es hätte in dieser Frage ein vernünftiger Kompromiß gefunden werden müssen, so daß ausreichende Arbeitsbedingungen für die Parlamentarier vorhanden sind.

Unter diesen Voraussetzungen und unter Berücksichtigung dessen, was ich dargelegt habe, haben wir im Haushaltsausschuß dem Haushalt 1990 und gleichzeitig dem Nachtrag für 1989 mit einigen Bauchschmerzen natürlich — ich sage: natürlich, das stimmt wirklich — zugestimmt, weil wir ganz einfach wissen, wir brauchen einen Haushalt, um weiterzukommen. Die Zustimmung bedeutet aber nicht, daß wir all das, was ich vorgetragen habe, nicht gesehen haben. Aus unserer Zustimmung kann man auch nicht ableiten, daß wir zufrieden sind, und uns irgendwann vorhalten: Ihr habt damals dem Haushalt zugestimmt, warum habt ihr euch dazu nicht geäußert? Die Zustimmung ist uns nicht leichtgefallen. Ich bitte die Versammlung um Verständnis, wollte in meinem Kurzbericht allerdings nicht versäumen, einmal facettenartig darzulegen, wo die Probleme liegen.

Ich meine, daß wir gemeinsam arbeiten müssen und daß sich das Selbstverständnis der WEU nicht in verbalen Erklärungen einzelner äußert, sondern daß diejenigen, die Beschlüsse herbeiführen, auch die notwendigen Arbeitsbedingungen ermöglichen sollten, damit diejenigen, die arbeiten, gute Arbeitsbedingungen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte Herrn Vorsitzenden Dr. Klejdzinski danken, daß er den Haushalt in dieser Form unter den schwierigen Umständen vorgelegt und interpretiert hat und sich insbesondere auch für die Anliegen der Abgeordneten und Mitglieder der Versammlung der WEU nachdrücklich eingesetzt hat. Ich gehöre nunmehr seit knapp einem Jahr dem Haushaltsausschuß an. Ich dachte, es sei ähnlich wie in einem nationalen Parlament, daß man über den Haushalt verfügen kann. Aber ich komme mir hier wie der bekannte Komiker aus München, Karl Valentin, vor, der seinerzeit sagte: Wollen haben wir mögen, aber dürfen haben wir uns nicht trauen.

Die Situation ist so: Es liegt an der Struktur der WEU insgesamt, daß wir lediglich auf das Ministerkomitee angewiesen sind und das nachvollziehen dürfen, was das Ministerkomitee uns letztlich erlaubt. Wir können innerhalb des Rahmens nur kleine und kleinste Verschiebungen anbringen. Das ist eine Frage der Struktur, die zu ändern nicht unsere eigentliche Aufgabe ist. Aber wir sollten dies zumindest in Erinnerung bringen. Wir sind eine Versammlung, wir sind ein Parlament, und wir sollten die Exekutive wissen lassen, **daß das Parlament notwendigerweise das Haushaltsrecht hat**, sonst ist es kein echtes Parlament. So war es

im letzten Jahrhundert: Als die Demokratien voranschritten, haben sich die Parlamente als erstes das Haushaltsrecht erstritten, um der Exekutive und den absolutistischen Herrschern die Grenzen zu zeigen. Ich möchte das nicht mit dem jetzigen Ministerkomitee vergleichen; aber manchmal kommt es einem schon so vor.

Da es aber um unsere eigenen Anliegen als Parlament geht, sollten wir als Abgeordnete darüber wenigstens das erste Wort haben. Es geht gegen unser Selbstverständnis als Abgeordnete, wenn das Ministerkomitee den Haushalt beschließt. Wenn es nur die Minister wären, würde ich darüber noch kein Wort verlieren; denn die Minister sind in der Regel Abgeordnete in ihren Nationalparlamenten und haben Verständnis für die Lage der Abgeordneten. Aber dort entscheiden doch nicht die Minister — wir wissen doch, wie die Situation ist —, sondern die Beamten aus den Auswärtigen Ämtern, die über die Abgeordneten und insbesondere über die Arbeitsverhältnisse der Abgeordneten bestimmen. Das, glaube ich, sollten wir an dieser Stelle zumindest einmal rügen.

Ich möchte auch sagen — ich spreche jetzt die Kollegen aus Großbritannien an —, daß sich besonders der Vertreter Ihrer Majestät gegen die Anliegen der Abgeordneten gewandt hat, als es darum ging, im Ministerkomitee die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der Abgeordneten anzusprechen. Das ist kein Geheimnis; das ist uns im Haushaltsausschuß gesagt worden. Ich bitte Sie, liebe Kollegen, in Ihrem Parlament zur Sprache zu bringen, daß das Selbstverständnis der Abgeordneten von den Vertretern im Ministerrat einigermaßen gewahrt werden muß. Ich appelliere an unsere Kollegen, hier doch einmal nachzusehen.

Was nun unsere Ausstattung betrifft — ich danke dem Kollegen Klejdzinski, daß er das angesprochen hat —, so muß ich feststellen, daß das Ministerkomitee dafür überhaupt kein Verständnis hat. Wenn der Kollege Klejdzinski davon spricht, daß wir nur 0,5 m² als Bürofläche für uns zur Verfügung haben, so ist hinzuzufügen, daß das erst für die Zeit nach dem Umbau gilt, wenn z. B. die großen Delegationen zwei Zimmer haben. Wenn man die jetzigen Verhältnisse berechnet, so ist das doch noch viel weniger.

Wir haben in unserem Staat — so ist es auch in der EG-Kommission-Tierschutzmaßnahmen vorgesehen. Da gibt es Mindestgrößen. Wenn man Tiere hält — ob das Kälber, Schweine oder Hühner sind —, dann wird soundso viel an Mindestfläche vorgeschrieben. Wenn das nicht eingehalten wird, kommt die Aufsicht bzw. die Polizei und stellt Strafanzeige gegen den Tierhalter. Ich glaube nicht, daß es mutige Abgeordnete gibt, die beim Ministerkomitee Strafanzeige stellen, daß wir Abgeordnete schlechter als z. B. die Hühner in einem Mitgliedsland der EG gehalten werden.

Ich darf ein weiteres ansprechen. Ich gehöre zu denen, lieber Kollege Klejdzinski, die öfters telefonieren müssen. Ich habe einen aktiven Wahlkreis, ich habe in Bonn ein sehr arbeitsames Büro. Dort muß man gelegentlich anrufen und muß angerufen werden. Hier ist es so: Wo soll man hin? Ich muß mich bei den Kollegen von der Kommunistischen Fraktion entschuldigen, daß ich in ihrem Fraktionszimmer unerlaubt Hausrecht ausübe. Ich gehe hinein und telefoniere einfach, weil oft dort das einzige Telefon überhaupt ist, das in diesem Hause noch frei ist. Wenn z. B. kein Plenum ist und vorher ein Ausschuß getagt hat und man mit seinem Büro zu Hause telefonieren muß, findet man keines. Auf den Gängen hat man zwei Telefone. Dort drüben ist ein Telefon für die Presse. Die Herren von der Presse, die dort tätig sind und telefonieren, schauen einen komisch an, wenn man dort als Abgeordneter telefonieren möchte. Sie sagen: Wir wollen wieder arbeiten. In unserem Büro sind die nationalen Delegationsmitarbeiter und die Fraktionsmitarbeiter; allein diese haben schon viel zu telefonieren. Dann gibt es noch 18 Abgeordnete und 18 Stellvertreter. Da kann man sich vorstellen, was los ist, daß hier nämlich überhaupt kein Gespräch geführt werden kann.

Daß wir politische Geheimnisse preisgeben könnten, ist so selbstverständlich wie nur was. Die Mitglieder der anderen Fraktionen können mithören, was man gerade für Bonn plant oder was man für eine Rede zusammenstellt, wobei ich sagen muß: Das, was wir hier vorhaben, geht über die Fraktionen und, glaube ich, auch über die Nationen hinweg. Hier sollten die Abgeordneten, die Versammlung im Mittelpunkt stehen. Das wäre ein Weg, entsprechende Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Ich darf noch ein weiteres ansprechen, was für mich eine Selbstverständlichkeit ist. Es gibt hier sehr tüchtige Mitarbeiter, von der Sekretärin über den wissenschaftlichen Mitarbeiter bis hin zu ehemaligen Offizieren usw., die Sorge um ihre Zukunft haben: Was wird aus der WEU? Was wird aus unseren Verträgen? Sie sind gekündigt worden. Ich glaube, als Mitglied des Haushaltsausschusses sollte man sich auch für diese Belange verwenden. Sie wissen nicht, wie es weitergeht. Ich bitte den Präsidenten, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und auch den Kollegen Finsberg vom Geschäftsordnungsausschuß, daß wir uns um diese Frage kümmern; denn wir sind nicht im vorigen Jahrhundert, daß wir uns über unsere Mitarbeiter hinwegsetzen können. Ich möchte auch das angesprochen haben.

Meine Damen und Herren, ich wollte das an die Adresse der Beamten des Ministerkomitees und selbstverständlich auch an die Minister richten, daß sie sich mit einem Federstrich nicht so einfach über die Abgeordneten hinwegsetzen können. Auch an den Generalsekretär appelliere ich, daß er dafür Verständnis hat. Er kommt ja meistens aus dem Stand der Beamten. Für ihn gelten die 0,5 m² Bürofläche nicht. Wie ich gehört habe, müssen für ihn in diesem Hause 26 m² zur Verfügung gehalten werden, ob er da ist oder nicht. Für mich führt dies zu der Feststellung, daß man kann, wenn man will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich Sie, diesen für uns nicht glücklichen Haushalt anzunehmen; anderes können wir nicht tun.

Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

Streitkräftevergleiche (die militärischen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt) Antwort auf den Jahresbericht des Rates

(Drucksache 1204)

Berichterstatter:
Abg. Steiner (Bundesrepublik Deutschland)

Steiner (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, heute unserer Versammlung einen Bericht über die militärischen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt und den dazugehörigen Empfehlungsentwurf für den Ausschuß für Verteidigungs- und Rüstungsfragen vorlegen zu können. Es war für mich eine sehr reizvolle Aufgabe, den Bericht in einer Zeit erstellen zu können, die von **tiefgreifenden Veränderungen im West-Ost-Verhältnis** geprägt ist.

Wir alle sind Zeuge einer Umbruchsituation in der DDR, in ganz Osteuropa, die keiner von uns vorhergesehen hat und in diesem Ausmaß auch nicht vorhersehen konnte. Das geradezu atemberaubende Reformtempo in diesem Teil Europas wird neue und — ich bin davon überzeugt — bestimmt auch positive Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses haben. Und das ist gut so, weil das Ost-West-Verhältnis unverändert eine Schlüsselfunktion im Bemühen um weltweite Sicherheit und Stabilität hat. Die **Fragen nach Sicherheit und Stabilität** dürfen sich dabei aber nicht allein auf den militärischen Bereich beschränken, wie es in der öffentlichen Diskussion häufig den Anschein hat. Ich meine, daß Sicherheit und Stabilität vielmehr gesamtpolitisch zu sehen sind, denn es geht hierbei vor allem um Fragen der Menschenrechte und wichtige andere gesellschaftliche Themen. Gerade dieser Bereich ist in Bewegung geraten. Deshalb müssen die Auswirkungen der Entwicklungen in der DDR und den anderen Staaten des Warschauer Pakts auf Sicherheit und Stabilität umfassend bewertet werden.

Einerseits eröffnen sich große Chancen, die es insbesondere im Bereich der Abrüstung, wie ich meine, zügig zu nutzen gilt, andererseits fordern uns aber die immer deutlich werdenden ökonomischen und sozialen Probleme der Menschen in diesen Staaten zu gemeinsamer Hilfe auf. Die vorangegangene Diskussion hat ja deutlich gemacht, daß wir alle bereit sind, hier, soweit es möglich ist, Hilfe zu gewähren.

Was den **Abrüstungsbereich** betrifft, besteht wohl Übereinstimmung in der Feststellung, daß vom NATO-Gipfeltreffen Ende Mai in Brüssel auf Grund der Initiative des amerikanischen Präsidenten ein qualitativ hervorragender Impuls ausgegangen ist, der den **Wiener KSE-Verhandlungen** neue und entscheidende Schubkraft gegeben hat. Die Brüsseler NATO-Beschlüsse haben zu weiteren bedeutsamen Vorschlägen beider Verhandlungsdelegationen geführt, die nach heutigem Stand die Aussage erlauben: Wir werden im nächsten Jahr ein erstes Abkommen über die Reduzierung von Personal und Waffen im konventionellen Bereich bekommen.

Diese für meinen Bericht und für die Bewertung der darin zusammengetragenen Daten äußerst interessante Entwicklung wollte ich solange als möglich aufnehmen, um der Versammlung eine aktuelle Ausarbeitung vorlegen zu können. Ob mir das bei dem rasanten Verlauf der Ereignisse ganz gelungen ist, will ich nicht behaupten. Ich habe mich jedoch ernsthaft darum bemüht. Denjenigen, die mich in meinem Bemühen um Aktualität und Vollständigkeit unterstützt und beraten haben, danke ich von dieser Stelle. Mein besonderer Dank gilt dabei Herrn Cameron, der in ausgezeichneter Weise verstanden hat, insbesondere die zu führenden Interviews organisatorisch so vorzubereiten, daß sie alle sehr erfolgreich waren.

Meine Damen und Herren, in meinem Bericht muß ich auf Grund der aktuellen Daten aus renommierten Quellen feststellen, daß es im konventionellen und nuklearen Bereich **Disparitäten zwischen den Kräften der NATO und denen des Warschauer Paktes** vom Atlantik bis zum Ural gibt und wohl auch noch einige Zeit geben wird. Falls es in Wien zu dem von uns allen erwarteten und gewünschten Ergebnis im nächsten Jahr kommt, wird ein Großteil an Disparitäten im Bereich der konventionellen Waffensysteme und Truppenstärken verifizierbar beseitigt werden.

Eine vorsichtige Bewertung dieses Vorgangs läßt folgende Schlußfolgerung zu: Dieses erste Abkommen wird das gegenwärtige konventionelle Militärpotential der Sowjetunion erheblich einschränken und somit die europäische Sicherheitslage weiter verbessern. Die Sowjetunion wird nicht mehr in der Lage sein, Westeuropa mit konventionellen Kräften massiv zu bedrohen oder den Warschauer Pakt im gleichen Maße zu dominieren wie bisher. Das KSE-Abkommen wird ferner die politischen Auswirkungen der gegenwärtigen Entwicklungen in Osteuropa vermehren und stärken, was wiederum dazu beitragen wird, die **Zusammenarbeit im KSZE-Rahmen** zu verbessern. In den folgenden Verhandlungsschritten des KSE-Prozesses muß angestrebt werden, das konventionelle Potential beider Bündnisse auf ein noch niedrigeres Niveau zu bringen, weil dadurch die Angriffsoptionen weiter zurückgedrängt und in Verbindung mit einer optimierten Defensivstruktur der Streitkräfte der Grad militärischer Bedrohung zunehmend abnehmen werden.

Mit Befriedigung haben wir die Information zur Kenntnis genommen, daß Anfang nächsten Jahres in Wien ein Seminar für hohe Militärs und Wissenschaftler aus beiden Bündnissen mit dem Ziel stattfinden wird, die Militärdoktrinen und Taktiken der sich geänderten Lage und neuen politischen Zielsetzungen beider Seiten anzupassen; ich meine, eine faszinierende Aussicht, wenn es denn gelingen sollte, auch das Beharrungsvermögen der Militärs zu überwinden und eine baldige Korrektur der militärischen Führungshandbücher zu erreichen. Ich meine, logischer wäre es überhaupt gewesen, den Einstieg in einen Abrüstungsprozeß über eine Veränderung der Militärdoktrinen zu finden. Das haben, wie wir alle wissen, die Umstände und das auf beiden Seiten über viele Jahre dominierende Mißtrauen leider nicht zugelassen. Nun sitzen wir verkehrt herum auf einem Pferd, das aber Gott sei Dank in die richtige Richtung

läuft. Wenn es uns auf diese Art gelingt, die Militärdoktrinen den Verhandlungsergebnissen oder gar den Verhandlungszielen anzupassen, dann sollten wir auch damit zufrieden sein.

Obwohl die Ergebnisse des NATO-Gipfels im Westen weithin Zustimmung fanden, verursacht die Situation im **nuklearen Bereich** immer noch Besorgnisse. Wie wir alle wissen, wurde auf dem NATO-Gipfeltreffen im Mai nach zähem Ringen eine Einigung zustande gebracht, die Entscheidung bezüglich der **Modernisierung der Kurzstreckenraketen** zu verschieben und sich um Verhandlungen über eine Reduzierung der Kurzstreckenraketen — jedoch unter Ausschluß einer Null-Option — zu bemühen. Es ist aber unbestimmt, wann es möglich sein wird, mit diesen Verhandlungen zu beginnen.

Eine Schlüsselrolle spielen die Wiener KSE-Verhandlungen und dabei die Implementierung eines ersten Teilabkommens; denn erst wenn mit der Durchführung eines solchen Abkommens begonnen worden ist, sind die Vereinigten Staaten in Konsultation mit allen NATO-Partnern bereit, in Verhandlungen einzutreten, um eine teilweise Reduzierung der nuklearen Kurzstreckenwaffen zu erreichen.

Bei der Formulierung der NATO-Gipfelerklärung wird zwar den deutschen Interessen Rechnung getragen, ein baldiger Beginn von Verhandlungen über die nuklearen Kurzstreckenwaffen ist danach jedoch nicht möglich. Die Befürworter von alsbaldigen Verhandlungen auch über diese Waffensysteme beharren darauf, daß ein globales Konzept ohne Berücksichtigung der nuklearen Komponente kaum möglich ist.

Sie sagen weiterhin: Wenn wir warten, bis die ersten Ergebnisse der KSE-Verhandlungen umgesetzt werden, wird sehr viel Zeit verlorengehen, da dies etwa — so schätzen sie — einige Jahre, maximal fünf Jahre dauern wird. Ferner sind sie der Auffassung, daß für ein solches Zuwarten keine Rechtfertigung mehr gegeben ist. Ferner sei die massive Konzentration nuklearer Artillerie oder nuklearer Kurzstreckenraketen in Zentraleuropa nicht mehr mit der Notwendigkeit einer Abschreckung zu erklären. Dies gelte insbesondere für die Sowjetunion, die nach den vorliegenden Zahlen über eine Überlegenheit verfügt, die durch nichts zu rechtfertigen ist.

Darüber hinaus bedeutet die in Brüssel gefundene Kompromißformel de facto, daß man Gorbatschows Angebot, konkrete Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen zu führen, ausweicht. Die Befürworter dieser Verhandlungen berufen sich auf die Rede des sowjetischen Generalsekretärs vor dem Europarat im Juli dieses Jahres, als er zur Frage der nuklearen Kurzstreckenwaffen folgendes erklärte:

> Wenn erkennbar wird, daß die NATO-Länder bereit sind, gemeinsam mit uns in Verhandlungen über taktische Nuklearwaffen einzutreten, könnten wir, natürlich nach Konsultation unserer Verbündeten, unverzüglich weitere einseitige Reduzierungen unserer taktischen Nuklearrakten in Europa durchführen.

Das sagte Gorbatschow vor dem Europarat am 7. Juli 1989. Viele von uns haben an dieser Sitzung teilgenommen und haben die Rede gehört.

Nach Auffassung ernstzunehmender Befürworter von Verhandlungen sollte das Angebot Gorbatschows genutzt werden, um die gegenwärtige **enorme Überlegenheit des Warschauer Paktes bei nuklearen Kurzstreckenwaffen** so bald wie möglich zu beenden.

Gegenwärtig fallen jedoch Vorbehalte gegen Verhandlungen über nukleare Kurzstreckenwaffen noch schwerer in die Waagschale. Das Bündnis vertritt deshalb die Auffassung, daß, um das noch immer gültige Ziel der Kriegsverhinderung durch Abschreckung zu erreichen, in absehbarer Zukunft eine geeignete und wirksame Kombination nuklearer und konventioneller Waffen erforderlich ist.

Die nuklearen Kurzstreckenwaffen gehören in diese Kategorie. Die Option der landgestützten Kurzstreckenwaffen müsse deshalb erhalten bleiben, wenn die **NATO-Strategie der „flexible response“** wirksam sein solle. Es wird auch auf Beispiele in der Geschichte hingewiesen, die gezeigt haben, daß konventionelle Waffen einen Angreifer niemals abgeschreckt haben, während es mit den atomaren Waffen seit fast 45 Jahren gelungen sei, den Frieden in Europa zu sichern. Es wird daraus ferner der Schluß abgeleitet, daß eine Kombination konventioneller und atomarer Waffen auch dann notwendig bleibe, wenn es im Bereich der konventionellen Streitkräfte auf relativ niedrigem Niveau ein Gleichgewicht gebe. Die Aufgabe der atomaren Waffen würde dem Ziel zuwiderlaufen, Kriege unführbar zu machen.

Ich nehme für mich nicht in Anspruch, daß ich eine Beilegung des Meinungsstreites über die richtige Einschätzung der Situation durch die Vorlage neuer Vorschläge herbeiführen könnte. Ich bin jedoch überzeugt, daß einer der Schwachpunkte dieser endlosen Diskussion darin besteht, daß allzu große Ängste mit einem Mangel an klaren Konzepten einhergehen. Ich meine, eine objektive Analyse könnte hier weiterhelfen, könnte dazu beitragen, die vorhandenen Defizite zu überwinden.

Ich habe deshalb in meinem Bericht den Vorschlag gemacht, den ich hier gerne wiederhole, dieses Thema in einem besonderen Bericht eingehend zu behandeln, um für die Fragen, die damit zusammenhängen, auch ganz konkrete und einleuchtende Antworten für unsere weitere Arbeit zu finden. Ich meine, es bringt uns auf dem steinigen und dornenreichen Weg zu mehr Sicherheit und Stabilität doch nicht weiter, wenn beide Bündnisseiten zwar immer wieder ihre grundsätzliche Bereitschaft für eine Verringerung der in Europa vorhandenen taktischen Nuklearwaffen bekunden, gleichzeitig aber die Hürden der Vorbedingungen für einen Verhandlungsbeginn aus unterschiedlichen, aber kaum noch verständlichen Gründen so hoch halten, daß keiner darüber hinwegspringen kann.

Ich weise noch einmal auf die in meinem Bericht dargestellte **massive Konzentration nuklearer Artillerie und nuklearer Kurzstreckenraketen in Zentraleuropa** hin, die allein mit Abschreckung nicht mehr zu erklären ist. Dies gilt insbesondere für die Sowjet-

union, die in diesem Bereich, wie ich schon ausführte, nach den uns vorliegenden Zahlen eine erhebliche Überlegenheit besitzt. Dabei ist, so meine ich, die Bezeichnung „Überlegenheit" noch eine sanfte Umschreibung für die tatsächliche Situation.

Lassen Sie mich zum Schluß noch einige Sätze zur europäischen Sicherheit sagen. Wir wollen den europäischen Pfeiler stärken, wir wissen aber auch, daß wir Europäer unsere gemeinsamen Sicherheitsanstrengungen besser als bisher koordinieren müssen. Das war der Kernpunkt der Aussagen des belgischen Verteidigungsministers, die er heute nachmittag vor uns ausgebreitet hat. Dies kann allerdings nur im Gesamtzusammenhang der NATO — zur Zeit noch der NATO — und deshalb in transatlantischer Abstimmung verstanden werden. Auch die Sowjetunion akzeptiert ausdrücklich die Mitverantwortung und die Präsenz der Vereinigten Staaten für die europäische Sicherheit. Staatspräsident Gorbatschow hat das in seiner Rede vor dem Europarat in dieser Form ausdrücklich bestätigt.

Zur Zeit gilt es, westeuropäische Sicherheitsinteressen zu bündeln und in den gesamtstrategischen Dialog einzubringen — eine, wie ich meine, sicherlich nicht leichte Aufgabe.

Mit meinen Beschlußempfehlungen, die heute zur Abstimmung vorliegen und deren Annahme ich empfehle, möchte ich unsere gemeinsamen Bemühungen für eine enge politische und militärische Zusammenarbeit und den Grundgedanken der gemeinsamen Sicherheit stärken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Bericht ist wie folgt einzuschätzen! Ich finde, er kommt zur rechten Zeit und paßt in die gegenwärtige Diskussionslandschaft. Nach der Nachdenklichkeit, die wir der Entwicklung in Berlin und in der DDR heute gewidmet haben, und wissend über die „Ins and Outs" — wie die „New York Herald Tribune" gestern schrieb —, wie wichtig der politische, ökonomische und gesellschaftliche Prozeß der demokratischen Wandlungsbemühungen drüben ist, nun ein Bericht, in dem nüchterne Zahlen für Vernichtungspotentiale stehen. Wer weiß, welche Sprengkraft eine Lance-Rakete hat, nämlich die mehrfache Wirkung der Hiroschima-Bombe! Und wir haben Tausende von nuklearen Sprengkörpern in Zentraleuropa stationiert.

Dieser Bericht ist sehr präzise, was die Fakten betrifft, und enthält die wesentlichen Prinzipien, die für unsere zu formulierenden Sicherheitsinteressen relevant sind. Er ist in seinen Empfehlungen an den Rat von dem praktischen Ansatz geleitet, sich mit Nachdruck für die Umsetzung der Prioritäten des Bündnisses, wie im Juni 1987 in Reykjavik beschlossen, einzusetzen.

Mit Nachdruck möchte ich auch auf etwas verweisen, was zwar nicht in der Beschlußempfehlung steht, was aber Herr Steiner in seinem Bericht vorhin mit aller Deutlichkeit noch einmal hervorgehoben hat, nämlich die Forderung nach **Abschaffung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen**. Die nuklearen Gefechtsfeldwaffen sind eine Bedrohung für die jeweils betroffene Bevölkerung. Nukleare Gefechtsfeldwaffen haben eine Reichweite von bis zu 32 km. Wer nukleare Gefechtsfeldwaffen nicht als politische Waffen ansieht, müßte solche Waffen relativ früh einsetzen, nicht erst dann, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, darüber nachzudenken, ob die konventionellen Kräfte so schwach sind, daß man nuklear antworten müßte. Ein später Einsatz heißt, diese Waffen konsequenterweise jeweils auch gegen die eigene Zivilbevölkerung einzusetzen. Ich muß mit aller Deutlichkeit sagen, daß dies kein Kriegsszenario ist, das ich mir vorstellen will. Ich bin der Meinung, man kann es grundsätzlich weder meinem Volk noch den Europäern überhaupt zumuten, zu sagen, daß das eine Antwort sein könnte.

Größte Aufmerksamkeit sollte man dem Vorschlag des französischen Premierministers vom 7. September 1989 widmen, für die WEU ein besonderes Programm der unverzüglichen Zusammenarbeit im Hinblick auf Verifikation und Abrüstung einzuleiten. Ich meine insbesondere **einen Aufklärungssatelliten zur Verifikation und Rüstungskontrolle** einschließlich der notwendigen Bodenorganisation zur Verarbeitung der anfallenden Datenflut. Ungefilterte Analysedaten lassen uns realistische Vorwarnzeiten finden, falls — ich betone: falls — die gegenwärtige Entspannungsphase sich wieder, was ich mir nicht wünsche, ändern sollte.

Abschließend bemerkt: Der belgische Außenminister Coëme hat heute den Bericht meines Kollegen Steiner gewürdigt und einzelne Passagen als richtungsweisend zitiert. Ich möchte mich dem anschließen und uns wünschen, daß dieser Bericht einen wichtigen Beitrag zur Entspannung und Sicherung des Friedens in der Welt leisten wird.

Herzlichen Dank.

Steiner (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zuerst einmal den drei Rednern für die freundlichen Worte danken, die sie für meinen Bericht gefunden haben.

Herr Speed hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es **Koordinierungsprobleme innerhalb der Westeuropäischen Union** in bestimmten Bereichen gibt; Sie nannten hier als Beispiel die Hubschrauber. Das ist ein Thema, das wir jetzt im Rahmen der weiteren Beratungen sicherlich behandeln und aufmerksam beobachten müssen.

Die maritimen Kräfte, die Sie angesprochen haben, waren nicht Gegenstand meines Berichtes, denn diese haben wir bereits in einem anderen Bericht ausgiebig behandelt. Aber ich glaube, die aktuelle Situation würde es auch erlauben, hierzu noch einen Nachfolgebericht zu erstellen.

Herr Klejdzinski hat hier die **Abschaffung der nuklearen Gefechtsfeldwaffen** zur Debatte gestellt. Ich meine, das ist sehr berechtigt. Auch ich selbst habe ja in meinem Bericht darauf hingewiesen, daß wir uns grundsätzlich mit diesem Thema beschäftigen sollten, und zwar zukunftsweisend, wobei hier Nachholbedarf besteht und ein umfassendes abrüstungspolitisches Konzept ohne diesen Bereich einfach nicht zustande kommen kann. Ich bin sicher, wir werden im Fachaus-

schuß zügig einen Berichtsauftrag vergeben. Dieser Bericht wird dann möglicherweise die Fragen beantworten, die ja teilweise noch im Meinungsstreit sind: Welche strategischen und politischen Funktionen nehmen denn die Kernwaffen der USA sowie Frankreich und Großbritanniens für die Verteidigung Westeuropas wahr? Welche Funktionen sind unverzichtbar bzw. verzichtbar? Welche Kernwaffen sind dann zur Erfüllung dieser Funktionen notwendig? Ist ein völliger Verzicht auf landgestützte Systeme auf dem Territorium fremder Staaten vorstellbar, wünschbar und politisch durchsetzbar? Das alles sind Fragen, die in diesem Zusammenhang wieder aufkommen. Ich meine, das ist wirklich wichtig, und wir werden uns bald mit diesem Thema beschäftigen müssen.

Richtig sind auch die Bedenken, die der Kollege Hardy hier geäußert hat, daß zwischen den Abrüstungsschritten keine großen Pausen eingelegt werden sollten, weil dann sehr viel Zeit verstreichen würde, die wir sinnvoller für weitere Aktivitäten nutzen könnten.

Im **Bereich der Chemiewaffen** sollten wir versuchen, zumindest die neue Initiative, die jetzt von der Rede des amerikanischen Präsidenten Bush vor den Vereinten Nationen ausgegangen ist, zu nutzen, um gemeinsam zum Ausdruck zu bringen, daß wir hinter dieser Initiative stehen, auch angesichts der zwischen den beiden Großmächten bereits im Ansatz sichtbar gewordenen Bemühungen, jetzt doch von einem großen Teil dieser Waffen wegzukommen — man spricht von etwa 98 % —, wenn es gelingen könnte, weltweit zu einem Verbot zu kommen.

Allerdings sind wir uns alle der Probleme bewußt, die mit einem weltweiten Verbot zusammenhängen, weil das Ratifizierungsverfahren, das dann damit verbunden wäre, sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde. Deshalb war ja auch mein Vorschlag, daß wir zumindest versuchen sollten, in den Bereich, in dem wir Einfluß ausüben können, zu einem gänzlichen Verzicht und Verbot von Chemiewaffen zu kommen.

Herr Präsident, vielleicht ist es sinnvoll, schon jetzt kurz zu dem Änderungsantrag Stellung zu nehmen. Ich habe mir diesen Änderungsantrag, der mir heute zugegangen ist, angesehen. Es wird lediglich eine Einschränkung verlangt, die ich in meinem Empfehlungsentwurf allerdings nicht vorgesehen habe, die Einschränkung nämlich, daß sich die Empfehlung nur auf die beiden Großmächte beziehen soll. Als ich den Empfehlungsentwurf formulierte, habe ich bewußt auch an die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union gedacht und wollte das allgemein formuliert haben. Es ist ja keine zwingende Verpflichtung vorgesehen, sich an diese Empfehlung zu halten, wenn es denn gute übergeordnete Gründe geben sollte, der Empfehlung nicht zu folgen. Ich meine aber, hinter der Empfehlung sollte zumindest ein moralischer Druck stehen, in Anbetracht der aktuellen Entwicklung auf diese Empfehlung Rücksicht zu nehmen.

Ich würde mich freuen, wenn die Urfassung der Empfehlung bestätigt werden könnte. Allerdings würde ich, wenn die Änderung erfolgen sollte, nicht unbedingt den ganzen Passus aufgeben wollen. Ich bitte Sie aber, der Urfassung zuzustimmen.

Richtlinie 73

betr. die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa

Die Versammlung

i) nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß die Sowjetunion und mehrere mittel- und osteuropäische Staaten Maßnahmen ergriffen haben, um

- eine stärkere Beachtung der persönlichen Freiheiten und der Menschenrechte zu gewährleisten,
- freie Meinungsäußerung, freie Wahlmöglichkeiten für die Wähler und die Entfaltung von politischem Pluralismus in bestimmtem Umfang zu fördern,
- den freien Personenverkehr zu erleichtern,
- Informationsfreiheit zu gewähren;

ii) begrüßt insbesondere mit großer Freude die Aufhebung von Einschränkungen des freien Personenverkehrs am 9. November 1989 in Berlin;

iii) begrüßt darüber hinaus die erzielten Fortschritte in Richtung auf Vereinbarungen über die Begrenzung der strategischen Nuklearwaffen, der chemischen und konventionellen Waffen;

iv) begrüßt es, daß der Rat am 13. November auf ministerieller Ebene „einen umfassenden Meinungsaustausch über die jüngsten Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere in der Deutschen Demokratischen Republik" geführt hat;

v) ist der Ansicht, daß die Versammlung unverzüglich die neuen Perspektiven überprüfen sollte, die sich durch diese Entwicklungen für die Gestaltung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eröffnen und die Rolle erläutern sollte, die der WEU unter diesen neuen Umständen zufällt;

IST DER ANSICHT,

1. daß diese schnelle Entwicklung die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende Spaltung Europas beträchtlich mildern und in Übereinstimmung mit dem Ziel, das sich die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses im Dezember 1967 gesetzt haben, „die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa" beschleunigen könnte;

BESCHLIESST,

2. im ersten Halbjahr 1990 ein außerordentliches Treffen zu veranstalten, um die sich durch die Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa eröffnenden Perspektiven im Hinblick auf die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa zu untersuchen;

WEIST DEN POLITISCHEN AUSSCHUSS AN,

3. ihr einen Bericht zu diesem Thema vorzulegen.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Verteidigungsministers von Belgien, Guy Coëme

(Themen: Reformbewegung in Osteuropa — Suche nach einer europäischen Identität — Rolle der NATO als Diskussionsforum — Aufgaben der WEU als europäische Gruppe in der NATO — Wiener KSE-Verhandlungen)

Tagesordnungspunkt

Jahresabschluß der Verwaltungsausgaben der Versammlung für das Haushaltsjahr 1988 — Bericht des Rechnungsprüfers und Antrag auf Entlastung

(Drucksache 1194 und Addendum)

Berichterstatter: Abg. Dr. Klejdzinski (Bundesrepublik Deutschland)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dem, was schriftlich vorgelegt ist, inhaltlich nichts hinzuzufügen. Ich kann nur sagen: Die Ausgaben sind überprüft worden, der Rechnungsprüfungsbericht liegt vor. Ich habe keine weiteren Bemerkungen zu diesem Punkt zu machen.

Tagesordnungspunkt

Die Schaffung einer Friedens- und Sicherheitsordnung in Europa

(Dringlichkeitsdebatte)

(Drucksache 1212)

Berichterstatter: Abg. Finsberg (Großbritannien)

Niegel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Kollegen Finsberg für die Begründung des Antrages und für seine grundsätzliche Haltung zu dieser Frage. Ich bedanke mich auch beim Politischen Ausschuß, daß er dieses Problem antragsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt hat. Als frei gewählter Abgeordneter der Bundesrepublik Deutschland, der seine Heimat und seinen Wahlkreis 20 km von der Demarkationslinie zur DDR entfernt hat, sollte man, glaube ich, diese Probleme ganz besonders im Auge haben.

Es ist bedauerlich, daß ein Bericht erst später erfolgen kann, aber das liegt in der Struktur dieser Versammlung begründet. Trotzdem ist es berechtigt, in der jetzigen aktuellen Stunde zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Ich meine sogar: Wenn wir die Gelegenheit dieser Versammlung hätten vorbeigehen lassen, ohne dazu Stellung zu nehmen, hätten wir uns eines Versäumnisses schuldig gemacht.

Niemand hätte geglaubt, daß die Entwicklung so schnell vor sich gehen würde, wir nicht, Sie nicht und auch nicht unsere Verbündeten, unsere Freunde.

An und für sich sollte man meinen, daß alle froh darüber sind, daß diese Entwicklung eingetreten ist, daß man jetzt nicht mehr darüber spricht, die Folgen der Teilung erträglicher zu machen, sondern darüber, wie man die Teilung überwinden kann. Wir alle haben das doch gewollt; anders kann ich es mir nicht vorstellen. Freunde — und unsere Verbündeten sind doch unsere Freunde — stehen zusammen. Da habe ich bei Freunden keine Zweifel. Freunde unterstützen ihre Freunde, auch ihren Freund Deutschland.

Übrigens: Das demokratische Deutschland heute ist ein anderes Deutschland als das von 1933 bis 1945.

Ich sagte, Freunde unterstützen ihre Freunde. Das haben uns unsere Freunde schon 1954 und 1955 versichert, seinerzeit, als man Deutschland wieder gebraucht hat, um die westliche Freiheit gegen die Bedrohung aus dem Osten mit zu verteidigen. Als ich gestern den Herrn Verteidigungsminister von Frankreich nach den Gründen für die Weiterarbeit der WEU gefragt habe, hat er zwar einige Ausreden gebraucht, aber er hat sich grundsätzlich dazu bekannt.

Ich darf daran erinnern, daß eine der Grundlagen unserer WEU der WEU-Vertrag ist, dazu eine Erklärung vom 3. Oktober 1954, unterschrieben von den Regierungen der Vereinigten Staaten, des Vereinigten Königreichs und der Französischen Republik. Diese drei besagten Regierungen erklären, daß ein durch friedliche Mittel geschaffenes völlig freies und vereintes Deutschland weiterhin ein wesentliches Ziel ihrer Politik bleibt. Das, meine Damen und Herren, ist nicht geändert worden, das gilt heute noch.

Weiter: Am 23. Oktober 1954, bevor die Bundesrepublik in die NATO aufgenommen wurde, ist zwischen den gleichen drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland ein Deutschlandvertrag abgeschlossen worden. Dort heißt es in Artikel 7 Abs. 2:

> „Bis zum Abschluß der friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, — besitzt und das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist."

Ist das alles bis jetzt politisch richtig gewesen? Wenn es politisch richtig war, dann gilt es auch für morgen, für die **Wiedervereinigung Deutschlands**. Die drei Siegermächte haben sich hier festgelegt, alle Besatzungszonen, die drei der westlichen Mächte und die sowjetische Besatzungszone, wieder zusammenzuschließen.

Zu Recht stellten seinerzeit die 15 Mitglieder der NATO im Ministerrat der NATO am 14. Dezember 1967 im Harmel-Bericht, in welchem auch die Ursachen der Spannungen herausgestellt wurden, wörtlich fest:

„Aber die Möglichkeit einer Krise kann nicht ausgeschlossen werden, solange die zentralen politischen Fragen in Europa, zuerst und zunächst die Deutschlandfrage, ungelöst bleiben ...".

„Eine endgültige und stabile Regelung in Europa ist jedoch nicht möglich ohne eine Lösung der Deutschlandfrage, die den Kern der gegenwärtigen Spannungen in Europa bildet. Jede derartige Regelung muß die unnatürlichen Schranken zwischen Ost- und Westeuropa beseitigen, die sich in der Teilung Deutschlands am deutlichsten und grausamsten offenbaren ..."

Und dann kommt ein entscheidender Satz:

„Die Bündnispartner werden laufend politische Maßnahmen prüfen, die darauf gerichtet sind, eine gerechte und dauerhafte Ordnung in Europa zu erreichen, die Teilung Deutschlands zu überwinden und die europäische Sicherheit zu fördern."

Als ich bei der NATO-Versammlung im Oktober den Herrn NATO-Generalsekretär fragte, ob das noch zutreffe, bejahte er dies.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, deshalb, die **Frage der Selbstbestimmung des deutschen Volkes** ernst zu nehmen.

Ich habe — das darf ich abschließend sagen — gestern im französischen Fernsehen Bilder aus der Demonstration vom vergangenen Montag in Leipzig gesehen. Dort wurden Transparente herumgetragen, auf denen zu lesen war: „40 Jahre Gemeinheit — Wir wollen jetzt die Einheit."

Als frei gewählte Abgeordnete sollten wir dem zustimmen, damit Deutschland als ein friedliches Volk wieder in die volle Friedensgemeinschaft der freien Völker zurückkehren kann. Der Zipfel des Mantels der Geschichte sollte festgehalten werden. Verpaßte Gelegenheiten kommen nicht wieder.

Ich bedanke mich.

Frau Luuk (SPD): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die dramatischen Entwicklungen in Osteuropa und besonders in der DDR haben eine Situation geschaffen, in der wir Politiker den geschichtlichen Entwicklungen hinterherlaufen müssen, bei denen sich in Tagen vollzogen hat, wofür sonst Jahre gebraucht werden. Wir haben oft über diese Entwicklungen und Perspektiven gesprochen, haben sie herbeigewünscht. Und doch sind wir nicht genügend auf sie vorbereitet.

Die bisherige Debatte hat auch gezeigt, daß wir behutsam und vorsichtig vorgehen müssen, um nichts von dem bisher Geschehenen zu gefährden. Sicherlich ist es nicht vorstellbar — wie einer meiner Vorredner gesagt hat —, daß die DDR eines Tages als Teil der NATO gesehen werden kann. Vielmehr müssen wir uns vornehmen, zusammen mit anderen europäischen Nachbarn und mit anderen Gedanken an der gemeinsamen Sicherheit zu arbeiten. Aber wir dürfen auch nicht zögern, unsere Hilfe und Zusammenarbeit vor allem im wirtschaftlichen Bereich ohne Vorbedingungen in die Länder Osteuropas einzubringen.

Ich möchte eine besondere Bemerkung zu der Situation machen, die sich in der DDR entwickelt hat, weil ich sie sehr nahe — man kann sagen: hautnah — miterlebt habe. Es ist schon bewegend, zu erleben, daß die Menschen frei von Angst geworden sind. Diese Freiheit von Angst läßt sie offen ihre Meinung sagen, läßt sie sich organisieren, läßt sie auch abrechnen mit der bisherigen Führung. Ich denke, die Popularität von Gorbatschow nicht nur in der DDR und, wie wir soeben hörten, in Italien, sondern überall hat damit zu tun, daß sowjetische Soldaten, wie sie in der DDR ja stationiert sind, nicht mehr eingesetzt werden können — und das wußte man —, um freiheitliche Bewegungen zu unterdrücken. Das heißt, daß die Angst in der DDR Gott sei Dank nicht mehr besteht, daß die Menschen endlich das Gefühl der Angst und Bevormundung abgeschüttelt haben, frei sprechen, sich artikulieren, sich organisieren, sich auf die Straße begeben können, ohne daß Panzer sie daran hindern. Das ist die wesentliche Veränderung — und der Hauptgrund für die Dankbarkeit —, die das neue Denken von Gorbatschow auch in die Politik Europas gebracht hat.

Wir müssen auch verstehen, daß die Deutschen in beiden Teilen besonders verbunden sind in der Freude, sich wirklich wiedersehen zu können. Die Aufbruchstimmung ruft in beiden deutschen Staaten Emotionen wach. Das Gemeinsame zwischen den Deutschen hüben und drüben ist die Freude, daß es dazu gekommen ist.

Ich bin Berliner Bundestagsabgeordnete und war auch Abgeordnete im Berliner Abgeordnetenhaus. Ich habe Kinder in Berlin. Ich lebe in Berlin keinen Kilometer von der Mauer entfernt. Ich war am 9. November in Berlin und habe mitbekommen, was sich in dieser Stadt auf den Straßen abgespielt hat. Auch meine eigenen Kinder sind nicht zu Hause geblieben, sondern haben auf den Straßen getanzt, sind auf die Mauer geklettert und haben nach dieser Nacht übermüdete Besucher aus dem anderen Teil der Stadt, die nicht wußten, wo sie schlafen sollten, zu uns nach Hause gebracht. Von mir kann man nicht erwarten — überhaupt kann man das sehr schwer von Berlinern oder Deutschen in diesen Tagen erwarten —, daß wir zu diesen Ereignissen Distanz halten. Obwohl man sich in der Politik immer um Distanz bemühen muß, bekenne ich, daß ich diese Distanz nicht habe herstellen können. Ich habe am 14. August 1961, als die Mauer aufgerichtet wurde, zusammen mit meinen Studienkameraden auf dem Potsdamer Platz gestanden, und wir konnten nicht begreifen, was dort passierte. Neben mir stand eine Freundin aus Ost-Berlin. Sie war im Kino gewesen und wollte nach Ost-Berlin zurück. Sie mußte sich jetzt entscheiden: Bleibe ich hier, oder gehe ich zurück? — Alles das bricht natürlich nicht nur bei mir, sondern bei allen Menschen in Berlin wieder auf.

Was mich aber am meisten beeindruckt hat: Nicht nur diejenigen, die mein Alter und meine Erinnerungen haben, Verwandte, Freunde und Bekannte, sondern auch diejenigen, die wie meine Kinder nach dem Bau der Mauer geboren wurden, haben sich gefreut, sind sich in die Arme gefallen, haben geweint und gelacht, zusammen mit denen, die in der DDR nach dem Bau der Mauer geboren und aufgewachsen sind. Dieser

Wille zusammenzugehören, sich einfach in einer neuen Rolle zu sehen, das ist das, was ich nicht vergessen kann, was auch politisch wirkt und in der zukünftigen Politik berücksichtigt werden muß.

Berlin wächst so schnell zusammen, wie es nicht vorstellbar war. Ich denke dabei nicht nur an Sportvereine, die bereits Spiele miteinander austragen, die sich treffen, nicht nur daran, daß Kinder aus Ost-Berlin an Spezialschulen in West-Berlin angemeldet worden sind, sondern auch an die überfällige Zusammenarbeit im Umweltschutz. Es war ja ein Witz, wenn in einem Teil der Stadt Smog-Alarm ausgerufen wurde, nicht aber in dem anderen Teil der Stadt, weil dort ganz andere Werte galten. Auch U-Bahnen, die den Ostteil der Stadt ohne Stopp durchfuhren, halten jetzt wieder dort, und die Menschen können einsteigen und aussteigen.

Wir haben in West-Berlin eine Infrastruktur, die auf 2 Millionen Menschen ausgerichtet ist. In den letzten Wochen und Tagen aber waren 4 Millionen dort. Wir müssen sehr viel tun und sehr schnell handeln, damit diese Stadt auch als Vier-Millionen-Stadt funktionieren kann und die Menschen ohne die noch vorhandenen vielen Belastungen und Probleme zusammenleben können.

Ich darf mit großer Freude sagen, daß gestern der Regierende Bürgermeister von West-Berlin und der Oberbürgermeister von Ost-Berlin so etwas wie gemeinsame Kommissionen eingerichtet haben, wo überall die Dinge, die die Stadt gemeinsam betreffen, gesprochen wird. Die beiden Stadthälften können auch dadurch schneller zusammenwachsen.

Seit dem 9. November können die Menschen aus Ost-Berlin und aus der DDR in unseren Teil der Stadt kommen. Ab Januar nächsten Jahres können die Menschen aus unserem Teil Berlins und Deutschlands ohne Zwangsumtausch — 25 DM pro Person und Tag — in die DDR und nach Ost-Berlin fahren. Wir müssen auch nicht mehr den bürokratischen Prozeß der Beantragung von Besuchserlaubnissen hinter uns bringen. Wir können spontan Freunde besuchen oder mit dem Rad in die Umgebung fahren.

Ich meine, daß sich hier tatsächlich in beide Richtungen zum erstenmal eine Zukunftsperspektive für die Stadt Berlin, für die ich hier stehe, ergibt. Ich möchte an einer Entwicklung für die Sicherheit des europäischen Hauses mitarbeiten. Auch die **Politik der kleinen Schritte** muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden; denn sie hat den Zusammenhalt der Menschen bewahrt.

In der bisherigen Debatte haben viele Nachbarn und Verbündete den Gedanken einer Vereinigung Deutschlands diskutiert und ihr Bekenntnis zum Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung und Einheit geäußert. Im Zuge der Entwicklungen nach dem 9. November sind aber auch Ängste aufgekommen, und es gibt Zweifel an der Vertragstreue der Deutschen. Ich meine aber, daß die Ost- und die Gewaltverzichtspolitik auf **unsere Bündnistreue** gegründet sind. Unverändert lautet der Kern dieser Politik, nach nichts zu trachten, was unsere Nachbarn nicht akzeptieren könnten. Das hat hier vor zwei Tagen auch Staatsminister Schäfer ausgeführt. Ich möchte das unterstreichen.

Wir wissen, daß wir der DDR keine Ratschläge erteilen dürfen, da sie mit eigener Kraft eine Revolution begonnen hat und dabei ist, einen lebensfähigen Staat zu formen. Das Selbstbestimmungsrecht heißt für uns, darauf zu warten, was die 17 Millionen in der DDR und nicht die 60 Millionen in der Bundesrepublik entscheiden werden. Wir werden sie nicht majorisieren, sondern wir werden zusammen mit unseren Freunden in Europa und mit den Menschen in der DDR unsere Zukunft schrittweise und in Verbindung mit den europäischen Prozessen formen.

Ich danke für das Verständnis, das ich in den Diskussionsbeiträgen der anderen Redner hier gehört habe. Ich wünsche mir als jemand, der aus Berlin kommt, daß wir eines Tages über alle Schwierigkeiten hinweg, die insbesondere im Sicherheitsbereich und auch im gesellschaftspolitischen Bereich noch zu bewältigen sind, doch zu einer Einheit kommen, die diese Stadt dringend braucht, um leben zu können. Das ist natürlich am ehesten durch die **Einigung Deutschlands in einem vereinten Europa** und in einem von Europa begleiteten Prozeß möglich. Für dieses Verständnis möchte ich mich ganz herzlich bedanken, das ich in vielen Redebeiträgen gehört habe.

Empfehlung 476

betr. Streitkräftevergleiche (die militärischen Potentiale von NATO und Warschauer Pakt) Antwort auf den Jahresbericht des Rates

Die Versammlung

(i) stellt fest, daß die Unterzeichnung des INF-Abkommens im Jahr 1987 eine Veränderung in den Ost-West-Beziehungen — besonders im Rahmen des Prozesses der Rüstungsbegrenzung — bewirkt hat, die die Verabschiedung weiterer Abrüstungsmaßnahmen ermutigt;

(ii) begrüßt es, daß das INF-Abkommen zu einer generellen Verbesserung des Ost-West-Klimas geführt hat und damit wesentlich zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Supermächten beiträgt;

(iii) ist sich bewußt, daß dieses Übereinkommen die bis jetzt detailliertesten und umfassendsten Verifikationsmaßnahmen — in Form von Inspektionen — vorsieht und daß die auf diese Weise gemachten Erfahrungen einen wertvollen Beitrag im Hinblick auf den Abschluß weiterer Vereinbarungen über andere Waffenkategorien leisten könnten;

(iv) ist der Ansicht, daß es unerläßlich ist, den Rüstungsbegrenzungs- und Abrüstungsprozeß schrittweise in Europa und weltweit fortzusetzen;

(v) ist der Ansicht, daß die durch den INF-Vertrag erzeugte Dynamik zielstrebig zur Herbeiführung von Rüstungskontrolle und weiteren Reduzierungen genutzt werden sollte;

(vi) betont die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion im Hinblick auf den Abschluß eines Übereinkommens über ein weltweites Verbot der chemischen Waffen und den Abschluß eines START-Vertrags, welcher eine 50%ige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen vorsieht;

(vii) begrüßt die von Generalsekretär Gorbatschow in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember 1988 angekündigte einseitige Rüstungsreduzierung, in deren Folge auch andere Warschauer-Pakt-Staaten (mit Ausnahme von Rumänien) erklärten, daß sie einseitige Streitkräfte- und Rüstungsreduzierungen im Verlauf der nächsten beiden Jahre vornehmen würden;

(viii) unterstützt uneingeschränkt die von Präsident Bush auf der NATO-Gipfelkonferenz am 29. März 1989 in Brüssel vorgelegte Abrüstungsinitiative, die geeignet ist, entscheidende Fortschritte im konventionellen Abrüstungsprozeß herbeizuführen;

(ix) unterstützt insbesondere die Einbeziehung von Kampfflugzeugen und Kampfhubschraubern in die erste Verhandlungsrunde über konventionelle Abrüstung sowie das von westlicher Seite vorgelegte Angebot einer wesentlichen Reduzierung der Streitkräftestärke;

(x) ist der Ansicht, daß der von den Mitgliedstaaten der NATO am 22. November 1989 in Wien vorgelegte Vorschlagkomplex, welcher eine Ergänzung wichtiger Aspekte der westlichen Vorschläge vom 13. Juli 1989 darstellt, besonders geeignet ist, die Schaffung einer neuen Friedensordnung in Europa auf der Grundlage von gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamer Sicherheit zu fördern;

(xi) ist darüber besorgt, daß die Frage der Kurzstrekkenraketen (Reichweite unter 500 km), die für Westeuropa wegen der Stationierung, Reichweite und numerischen Überlegenheit der sowjetischen Flugkörper besonders wichtig ist, noch nicht Gegenstand von Verhandlungen ist;

(xii) ist der Ansicht, daß die Sicherheitsinteressen der Mitgliedstaaten der WEU nur im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses verteidigt werden können, daß diese aber in Zukunft im verstärkten Maße untereinander abgestimmt werden müssen;

(xiii) begrüßt den Vorschlag des französischen Premierministers vom 7. September 1989, daß die WEU ein besonderes Programm der unverzüglichen Zusammenarbeit im Hinblick auf Verifikation und Abrüstung einleiten sollte;

(xiv) begrüßt es, daß der Rat in seiner Antwort auf die Empfehlung 470 einen Beitrag der WEU zum VKSE-Verifikationssystem in Betracht zieht und dabei „die Nutzung der europäischen Kapazitäten und die Bündelung der Stärken der einzelnen Mitgliedstaaten" betont;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. sich mit Nachdruck für eine Umsetzung der Prioritäten des Bündnisses, wie von den Außenministern der NATO anläßlich ihres Treffens im Juni 1987 in Reykjavik beschlossen, einzusetzen, d. h. insbesondere für:

   a) eine 50%ige Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen;

   b) ein weltweites Verbot der chemischen Waffen;

   c) die Schaffung eines stabilen weltweiten Gleichgewichts im konventionellen Bereich durch die Abschaffung von Ungleichgewichten und Reduzierung von Truppenstärken und Waffen;

   d) bedeutende, verifizierbare Reduzierungen der amerikanischen und sowjetischen landgestützten Nuklearwaffen kürzerer Reichweite;

   und in dieser Hinsicht jede Möglichkeit zu nutzen, um tätig zu werden;

2. den vom französischen Premierminister am 7. September 1989 vorgelegten Vorschlag aufzugreifen und ein Programm der WEU im Hinblick auf eine tatkräftige Zusammenarbeit im Bereich der Verifizierung und Abrüstung zu erarbeiten;

3. durch geeignete Initiativen Druck auszuüben, um im Rahmen der VKSE zu raschen Erfolgen zu gelangen, damit eine unverzügliche Aufnahme der SNF-Verhandlungen ermöglicht wird;

4. schon jetzt die erforderlichen konzeptionellen Voraussetzungen festzulegen, damit die SNF-Verhandlungen unverzüglich nach der Implementierung des ersten VSKE-Übereinkommens aufgenommen werden können;

5. im Rahmen der VSKE Maßnahmen zu ergreifen, um einen verifizierbaren Produktionsstop von neuen Generationen von konventionellen Waffen zu erreichen;

6. im Hinblick auf den erfolgreichen Ablauf der VSKE sich dafür einzusetzen, daß von der Entwicklung und Stationierung neuer Nuklearwaffen in Europa Abstand genommen wird;

7. sich zumindest für ein verifizierbares Verbot der chemischen Waffen in Europa einzusetzen, falls die von Präsident Bush vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. September 1989 vorgeschlagene Übereinkunft hinsichtlich des Abschlusses eines Vertrags über das weltweite Verbot chemischer Waffen nicht bis zum Jahre 1990 erreicht wird.

Donnerstag, 7. Dezember 1989

Tagesordnungspunkt

Die Zukunft der Koordinierungsausschüsse für multilaterale Exportkontrolle (COCOM)

(Drucksache 1207)

Berichterstatter:
Abg. Atkinson (Großbritannien)

Dr. Klejdzinski (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Europa verändert sich gegenwärtig in einem atemberaubenden Tempo. Wir beobachten mit großer Zufriedenheit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozeß des Wandels in den Staaten des Warschauer Paktes. Wir dürfen und wollen nicht nur zuschauen, sondern wir haben die Pflicht, alle Schritte, die mehr Liberalisierung bedeuten, die Schritte, die geeignet sind, Menschenrechte und Freiheitsrechte zu verwirklichen, zu unterstützen.

Wir wissen — dieses ist belegt —: Neben der politischen Unterstützung für diejenigen Kräfte, die demokratische Reformen durchsetzen wollen, bedarf es der wirtschaftlichen Unterstützung. Technologische Unterstützung ist geeignet, die gesellschaftliche Umorientierung im Einflußbereich des Warschauer Paktes zu stabilisieren. Wer die hochgezüchtete Waffentechnik der UdSSR beurteilt, kann nur zu dem Schluß kommen: Der technologische Abstand zwischen dem westlichen Bündnis und der UdSSR ist in den letzten Jahren sehr verringert worden.

Gleichzeitig ist allerdings festzustellen, daß die Konzentration der wissenschaftlichen Potentiale und der Produktionsmittel einseitig zugunsten der Hochrüstung erhebliche Mängel in der zivilen Güterversorgung der Bevölkerung in der UdSSR bewirkt hat. Die im wirtschaftlichen Verbund mit der UdSSR stehenden Staaten sind in einzelnen Teilbereichen noch härter betroffen.

Ungarn, Polen und auch die DDR bedürfen in ihrem Liberalisierungsprozeß der **Hilfe aus dem Westen**. Unsere Hilfe ist ein Beitrag, um letztlich sich selbst helfen zu können. Wenn ich dies hier sage, bin ich mir bewußt: Es ist weiter notwendig, die relevanten Technologien — ich betone: die relevanten Technologien —, die unsere Verteidigungsfähigkeit sichern und ermöglichen, zu schützen. Wir sind nicht blauäugig genug: Ankündigungen alleine reichen nicht aus, Taten müssen folgen. Beiderseitige Rüstungskontrolle, Reduzierung der Waffenpotentiale, vertrauensbildende Maßnahmen sind die Stichworte.

Dies ist die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist: Die **notwendige Hilfe für den Aufbau einer leistungsfähigen Konsumgüterindustrie** kann nicht bedeuten, finanzielle Hilfen zu geben, sondern heißt, moderne Maschinenbautechnik anzubieten. Die Problematik liegt darin, daß eine Reihe von Technologien sowohl eine erhebliche zivile Bedeutung als auch eine mögliche militärische Nutzung hat.

Ich will mich nicht dazu äußern, daß die COCOM-Liste gelegentlich genutzt wird, Exportbemühungen europäischer Nationen zu unterlaufen oder sie in Einzelfällen sogar auszubooten, sondern ich möchte mich mit Nachdruck dafür einsetzen, **die gegenwärtigen COCOM-Listen grundsätzlich neu zu bewerten**. Ziel der Überprüfung muß sein, den Handel auf eine breite Basis zu stellen, Spitzentechnologien und Zukunftstechnologien nicht nur neu zu bewerten, welchen möglichen Einfluß sie in bezug auf eine militärische Nutzung haben könnten, sondern als Technikfolgeabschätzung zu beurteilen und danach zu fragen: Welche Bedeutung haben sie auf die gestaltbare Umwelt und Natur sowie auf die Lebensbedingungen der Menschen?

Ich favorisiere Punkt 4 der Entschließung — die Einführung von Verifikationsverfahren vor Ort als eine vertrauensbildende Maßnahme —, wenn dadurch wesentliche Vorbehalte gegen eine weitgehende Liberalisierung der COCOM-Liste hinfällig werden.

Doch bei allen Überlegungen zur Thematik darf uns eines nicht passieren — wir sollten noch nicht einmal den Anschein dafür liefern —, eines Tages die Verantwortung dafür übernehmen zu müssen, daß der von uns so sehr begrüßte Demokratisierungsprozeß in einzelnen Staaten des Warschauer Paktes scheiterte, weil wir in Fragen des Technologietransfers und der technologischen Unterstützung den von uns gewünschten Beitrag nicht geleistet haben.

Unabhängig von dem Wissen — das sei meine letzte Feststellung —, daß ein moderner Prozeßrechner Verkehrsleittechnik für die Schiene bereitstellt und je nach Programmierung eine Folgeabschätzung für eine mögliche gegenseitige Waffeneinschätzung und Waffenerfolgsquote liefern kann, ist dies die Problematik, in der wir uns befinden.

Mit dieser letzten Bemerkung möchte ich schließen und diejenigen, die bei der Zusammenstellung der COCOM-Liste sehr viel Einfluß haben, ganz einfach bitten, wirklich zu überlegen: Was ist notwendig, um bestimmte Verfahrenstechnologien zu schützen, und was muß notwendigerweise freigegeben werden, damit wir durch Handel einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung des Friedens leisten können?

Herzlichen Dank.

Empfehlung 477

betr. die Zukunft des Koordinierungsausschusses für multilaterale Exportkontrolle (COCOM)

Die Versammlung

(i) ist sich bewußt, daß sich der technologische Abstand zwischen dem westlichen Bündnis und dem Sowjetblock im Bereich der hochentwickelten Rüstung in den letzten Jahren verringert hat;

(ii) bestätigt die Notwendigkeit, die westliche Verteidigungstechnologie auf dem Weg über den COCOM weiterhin zu schützen, bis Rüstungskontrolle, Waffenreduzierung, vertrauensbil-

dende Maßnahmen und verstärkte Sicherheit lange genug bestehen, um eine erneute Überprüfung dieser Notwendigkeit zu rechtfertigen;

(iii) ist besorgt über die erfolgten Verletzungen der COCOM-Bestimmungen, die zu einem bedeutenden Transfer strategischer Technologien in vom Embargo betroffene Länder geführt haben, wodurch der Sowjetunion ermöglicht wurde, ihre Offensivkapazität in entscheidenden Bereichen auf Kosten der westlichen Sicherheit zu erhöhen;

(iv) ist besorgt über die unterschiedlichen Methoden, nach denen die Exportkontrollen in den einzelnen COCOM-Staaten durchgeführt werden;

(v) nimmt die Besorgnis der WEU-Mitgliedstaaten in bezug auf die von den Vereinigten Staaten gestellten extraterritorialen Forderungen zur Kenntnis, die sich lähmend auf den Export militärisch nicht relevanter Technologien auswirken;

(vi) erkennt die von westlichen Spitzentechnologie-Unternehmen geäußerten Klagen an, denen zufolge diese Unternehmen durch die COCOM-Bestimmungen daran gehindert werden, von günstigen Handelsmöglichkeiten, einschließlich joint ventures im Sowjetblock, zu profitieren;

(vii) begrüßt die in den letzten Jahren erfolgten Verbesserungen in bezug auf die Überprüfungsverfahren innerhalb des COCOM, die zu einer Kürzung der Liste für militärisch relevante Produkte geführt haben, befürchtet jedoch, daß sie noch nicht mit dem technologischen Fortschritt Schritt halten können;

(viii) ist sich des von Präsident Gorbatschow am 6. Juni 1989 an die Parlamentarische Versammlung des Europarates gerichteten Appells bewußt, die COCOM-Bestimmungen abzuschaffen;

(ix) nimmt die Forderungen nach Ausnahmeregelungen zugunsten Ungarns und Polens in bezug auf die COCOM-Bestimmungen sowie die von der Sowjetunion formulierte Forderung zur Kenntnis, bei der Entwicklung militärisch relevanter Technologien enger mit dem Westen zusammenzuarbeiten;

EMPFIEHLT DEM RAT,

folgendes zu fordern:

1. eine grundlegende Neueinschätzung des derzeitigen sowjetischen Technologiestandes;
2. eine vollständige Überprüfung der COCOM-Listen unter Berücksichtigung dieser Neueinschätzung, mit dem Ziel, eine möglichst große Zahl von Handelsmöglichkeiten zu ermutigen und eine weltweite Zusammenarbeit, mit der verhindert werden soll, daß terroristische Gruppen in den Besitz von Waffen und militärisch verwendbarer Produkte gelangen;
3. gemeinsame Ausfuhr- und Wiederausfuhrkontrollen sowie gemeinsame Politiken zur Durchführung dieser Kontrollen in den Mitgliedsländern des COCOM;
4. Verhandlungen mit dem vom Embargo betroffenen Ländern im Hinblick auf die Einführung von Verifikationsverfahren vor Ort, die im Bedarfsfalle als Gegenleistung für die weitere Liberalisierung der COCOM-Liste bei allen zukünftigen Verkäufen westlicher strategischer Technologien durchgeführt werden müssen;
5. die Eröffnung von Gesprächen über Ost-West-Handel mit Spitzentechnologie und die diesbezügliche Rolle des COCOM im Rahmen der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die vom 19. März bis 11. April 1990 in Bonn stattfinden wird;
6. die Schaffung eines Expertenkomitees im Rahmen der KSZE, das Empfehlungen für den Austausch von Spitzentechnologie zwischen Ost und West ausarbeiten soll.

Tagesordnungspunkt

Ansprache des Staatssekretärs für Auswärtige Angelegenheiten, Claudio Vitalone (Italien)

(Themen: Aussichten für Frieden und Sicherheit in Europa — Antwort Westeuropas auf Reformprozeß in Mittel- und Osteuropa — zukünftige Abrüstungsverhandlungen zum Abbau der Asymmetrien — wachsende Kooperation in Verifikationsfragen)

Tagesordnungspunkt

Die Sicherheit Westeuropas: die Entwicklung der geopolitischen Situation in der Volksrepublik China und ihre Auswirkungen im Verteidigungsbereich

(Drucksache 1203)

Berichterstatter: Abg. Cox (Großbritannien)

(Themen: Mißbilligung der von China ergriffenen Repressionsmaßnahmen und Freiheitsbeschränkungen — Zukunft Hong Kongs — Besetzung von Tibet — Ausbau der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zur Volksrepublik China — Grundlagen für einen dauerhaften Frieden in Ostasien)

Empfehlung 478

betr. die Sicherheit Westeuropas: Die Entwicklung der geopolitischen Situation in der Volksrepublik China und ihre Auswirkungen im Verteidigungsbereich

Die Versammlung

(i) erkennt das unveräußerliche Recht der chinesischen Regierung und des chinesischen Volkes

an, seine inneren Angelegenheiten selbst zu bestimmen, ist jedoch zutiefst betroffen und erschüttert über die Ereignisse im Mai und Juni 1989 in Peking und in anderen Großstädten sowie über die seitdem begangenen Menschenrechtsverletzungen und weist darauf hin, daß alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sich durch ihr Mitwirken in dieser Organisation vor der Völkergemeinschaft feierlich verpflichtet haben, bei der Gestaltung ihrer inneren Angelegenheiten die Grundsätze der Allgemeinen Menschenrechtserklärung zu beachten;

(ii) erkennt die Rolle an, die China übernommen hat, um das Gleichgewicht in der Welt zu erhalten und zur Aufrechterhaltung friedlicher internationaler Beziehungen beizutragen;

(iii) ist der Ansicht, daß, insoweit die Interessen Chinas und Westeuropas in vielen Bereichen zusammenlaufen, diese Interessen unabhängig von ideologischen und institutionellen Unterschieden weiterentwickelt werden sollten, unter der Voraussetzung, daß die Menschenrechte beachtet werden;

(iv) ist der Ansicht, daß das Hauptziel der chinesischen Regierung weiterhin die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes ist;

(v) begrüßt die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft und jede Art von Austausch zwischen China und Westeuropa, bedauert aber das Ausbleiben einer dazu parallel verlaufenden Verbesserung der politischen Situation;

(vi) begrüßt die Übereinstimmung zwischen den von China und den Staaten Westeuropas ergriffenen diplomatischen Maßnahmen in dem Bemühen, eine Lösung herbeizuführen, welche die Unabhängigkeit Kambodschas garantiert;

(vii) stellt fest, daß die Ereignisse in China Besorgnis bei den Einwohnern Hong Kongs und Macaus über deren Zukunft hervorgerufen hat, und nimmt zur Kenntnis, daß die chinesische Regierung sich verpflichtet hat, die Rechte und die Sicherheit dieser Menschen zu gewährleisten;

(viii) stellt fest, daß die Chinesen seit vielen Jahren Tibet besetzt haben und dem tibetanischen Volk die Wahrnehmung seiner Menschenrechte vorenthalten;

EMPFIEHLT DEM RAT,

1. die chinesische Regierung aufzufordern, den beiden Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen, nämlich dem Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beizutreten;
2. sicherzustellen, daß die Mitgliedstaaten weiterhin mit Nachdruck ihre Mißbilligung über die von China 1989 ergriffenen Repressionsmaßnahmen und Freiheitsbeschränkungen zum Ausdruck bringen und gegebenenfalls wieder regelmäßige Konsultationen mit der Regierung der Volksrepublik China über Fragen in Verbindung mit der Erhaltung des internationalen Friedens aufnehmen;
3. die Regierungen der Mitgliedstaaten zum geeigneten Zeitpunkt aufzufordern, unter Berücksichtigung der in Abs. 1 geforderten Bedingungen, ihre politischen, technologischen, wirtschaftlichen, kommerziellen und kulturellen Beziehungen mit der Volksrepublik China weiter auszubauen;
4. die notwendigen Initiativen zu ergreifen, um eine Annäherung der Standpunkte zwischen den Mitgliedstaaten und der Volksrepublik China in der Frage der Rüstungskontrolle und Abrüstung herbeizuführen, und insbesondere darauf zu achten, daß die Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung in Europa nicht dazu führen, daß die Zahl der in Asien stationierten Truppen und Waffen zunimmt;
5. sich um eine mögliche Verständigung unter den Mitgliedstaaten zu bemühen im Hinblick auf eine Politik, welche die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden in Ostasien legen könnte, um in Übereinstimmung mit den auf der Pariser Konferenz im August 1989 festgelegten Zielen die Unabhängigkeit Kambodschas zu erhalten.

Tagesordnungspunkt

Die Informationspolitik der Westeuropäischen Union

(Drucksache 1205)

Berichterstatter: Abg. Shelton (Großbritannien)

(Themen: Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit der WEU — Veröffentlichung von Informationsdokumenten — Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden WEU-Veröffentlichung — Errichtung von WEU-Informationsstellen)

Richtlinie 74

betr. die Informationspolitik der Westeuropäischen Union

Die Versammlung

(i) betont die Bedeutung der öffentlichen Meinung bei der Verfolgung einer soliden europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik;

(ii) ist jedoch der Ansicht, daß die Verbreitung des öffentlichen Bewußtseins in bezug auf die Verteidigung und die Sicherheitserfordernisse Westeuropas noch stark zu wünschen läßt;

(iii) stellt fest, daß Rolle und Tätigkeit der WEU in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannt sind;

(iv) ist überzeugt, daß es nicht der Versammlung, dem Generalsekretär oder der Presse überlassen sein kann, die Arbeit der Organisation und die von ihr vertretene Haltung bekannt zu machen, sondern daß der Rat selbst stärkere Anstrengungen unternehmen muß, um die Öffentlichkeit zu informieren;

WEIST IHREN PRÄSIDIALAUSSCHUSS AN,

1. im Rahmen seiner Kontakte mit dem Rat:

   a) dem Rat die Frage zu stellen, in welcher Weise er beabsichtigt, nach dem Seminar der WEU über Veränderungen in der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Verteidigung Europas, die Anstrengungen der Organisation im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern;

   b) den Rat aufzufordern, die Versammlung über die vom Generalsekretär in diesem Zusammenhang gemachten Vorschläge zu unterrichten;

2. den Rat aufzufordern, das Problem der Informationspolitik der WEU als dringende Angelegenheit auf seine Tagesordnung zu setzen, damit besondere Initiativen untersucht werden können, wie z. B.:

   a) Veröffentlichung von für die Presse bestimmten Leitlinien nach einem Treffen des Ständigen Rates;

   b) Ausarbeitung und Veröffentlichung grundlegender Informationsdokumente in allgemein verständlicher Sprache, mit dem Ziel einer weiten Verbreitung in allen Mitgliedstaaten;

   c) Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden WEU-Veröffentlichung in den offiziellen Sprachen der Mitgliedstaaten, in der Artikel, Kommuniqués und aktuelle Informationen über die Tätigkeit der WEU publiziert werden;

   d) Einrichtung von WEU-Informationsstellen in den europäischen Mitgliedstaaten des Bündnisses und insbesondere in den Vereinigten Staaten und in Kanada;

   e) Entwurf eines Signet für die Westeuropäische Union, welches vielleicht durch einen Wettbewerb in den Mitgliedstaaten gefunden werden könnte;

   f) Ermutigung der Regierungen der Mitgliedstaaten, mehr Informationen über die WEU zu verbreiten;

   g) Festlegung der Modalitäten für die Durchführung von Meinungsumfragen auf europäischer Ebene;

   h) Prüfung der Frage, wie die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden geeigneten privaten Gruppen, Verbänden und Instituten verstärkt werden könnte, um das Interesse an Untersuchungen über westeuropäische Sicherheitsfragen zu fördern;

   i) Untersuchung der Frage, wie Zusammenarbeit, Gespräche und Meinungsaustausch mit sozialen Gruppen, industriellen Einrichtungen, Gewerkschaften, kulturellen Verbänden, Schulen und Universitäten gefördert werden kann;

   j) stärkere Nutzung des Fernsehens zur Darstellung der WEU;

3. den Rat aufzufordern, im Hinblick auf die oben erwähnten Überlegungen die finanziellen Mittel bereitzustellen, die für die Politik der WEU zur Unterrichtung der Öffentlichkeit benötigt werden;

4. den Rat daran zu erinnern, daß die Versammlung bereit ist, mit ihm Mittel und Wege der Zusammenarbeit im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu erörtern, wobei vorausgesetzt wird, daß die Unabhängigkeit der Versammlung strikt gewahrt bleibt.

Tagesordnungspunkt

Der Entwurf einer neuen Informationsbroschüre über die WEU

(Drucksache 1206)

Berichterstatter: Abg. Tummers (Niederlande)

Richtlinie 75

betr. den Entwurf einer neuen Informationsbroschüre über die Westeuropäische Union (WEU)

Die Versammlung

(i) nimmt den vom Ausschuß für die Beziehungen zu den Parlamenten und zur Öffentlichkeit vorgelegten Bericht über den Entwurf einer neuen Informationsbroschüre über die WEU zur Kenntnis;

(ii) ist der Ansicht, daß dieser Text eine geeignete Grundlage für die allgemeine Information der Parlamentarier und der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten darstellt;

WEIST IHREN AUSSCHUSS FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN PARLAMENTEN UND ZUR ÖFFENTLICHKEIT AN,

1. dafür zu sorgen, daß eine auf dem vorgelegten Text basierende Broschüre in den sieben Sprachen der Mitgliedstaaten der WEU veröffentlicht wird;

2. dafür zu sorgen, daß für den Fall, daß in der Zwischenzeit bis zur Veröffentlichung dieses Textes wichtige Entwicklungen innerhalb der WEU eintreten, dieser Text auf den neuesten Stand gebracht wird.

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333